DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

225 20. JAHRGANG Juni 2003 4,50 €

ABI VON UNTEN

Bildung für Alle?.... für den Standort oder was?

Bundesbildungsministerin Bulmahn kündigte vor dem Bundestag eine Modernisierung des Bildungssystem an, in deren Mittelpunkt eine bestmögliche Bildung für alle Menschen steht. »Wir werden unser Bildungssystem modernisieren und zukunftsfähig machen«, versprach Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn am 30. Oktober 2002 vor dem Deutschen Bundestag. Das Ziel sei eine bestmögliche Bildung für alle Menschen und ein wissenschaftlicher Fortschritt, der allen Menschen zugute komme. (REGIERUNGonline – Bestmögliche Bildung für alle Menschen.htm 1.11.2002)

Von Gerhard Kem ● Bei der Reflexion des ersten Erfahrungsberichtes zu der 2002 gegründeten ABI (Alternative/Anarchistische Bildung) kam die Idee auf, einen Schwerpunkt zum Thema Bildung für CONTRASTE zu machen. Es sollte darum gehen eine »Bildung von unten« ins Gespräch zu bringen. Uns kann es schließlich nicht darum gehen den Kapitalismus durch eine staatskonforme Bildung schöner, sondern das Leben aller Menschen in einem besseren Gesellschaftssystem erträglicher zu machen.

Da alle Ansätze der politischen Klasse den Menschen, wenn aus ihrer Sicht nötig, die »Demokratie« (sprich Kapitalstaat) *mit Zwangsmaßnahmen, z.B. mit Krieg und* Terror bringen wollen, kann das wohl nicht die Unterstützung der emanzipatorischen Linken finden.. Es kann nicht *sein, dass Bildungssysteme* akzeptiert werden, die nichts anderes zum *Ziel haben als die Bürger* an ein Wirtschaftssystem anzupassen, welches auf der *Grundlage* der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht.

Wie so oft: wenn etwas Gutes werden soll, so müssen wir es selbst in die Hand nehmen.

Zur Erinnerung: ABI soll besonders jungen Menschen nach der Schule die Möglichkeit geben in Zusammenarbeit mit Projekten aus der linken Szene und Einzelpersonen ein »Studium« zu machen, welches nach ca. drei Jahren mit einem qualifizierenden Abschluss endet. (1)

Mittlerweile hat ja der erste Student seinen ersten Erfahrungsbericht schon vorgestellt und bestätigt darin, dass so etwas mit etwas Selbstdisziplin und Unterstützung auch funktionieren kann. (2)

(Kapital)Staat und Bildung

Während in den Gesellschaften der BRD und der EU, der Sinn und Zweck der Erziehung an sich, der Pädagogik und den daran anknüpfenden Ausbildungsvarianten kaum hinterfragt wird, meinen wir, dass radikale Kritik angebracht ist. Die Pisa-Studie hat einigen Aufruhr in der Erziehungslandschaft bewirkt und wie sollte es anders sein, aus unserer Sicht katastrophale Lösungsvorschläge hervor gebracht. Die herrschende Politik kann ja auch gar nicht anders, als eben solche Vorschläge aufgrund des Pisa-Ergebnisses (für den Standort) zu erarbeiten. Außerdem kann man sagen: auch all die gut gemeinten Reformvorschläge- und Projekte linksliberaler Provenienz sind nicht geeignet, das Dilemma für die Bildung in einem emanzipatorischen Sinne zu beheben. Eine Kritik der Pädagogik und Erziehung müsste viel radikaler sein und das Gesellschaftssystem mit einbeziehen. Da aber gilt: so wie es eine verkürzte Kapitalismuskritik gibt, so auch für die Kritik an Pädagogik/Erziehung/Bildung.

Da Kritik immer auch eine Bewertung des Gegenstandes enthält, in unserem Falle des Systems und der enthaltenen Bildung, zielt sie auch auf eine radikale Veränderung hin. Vor einschneidenden Gesellschaftsveränderungen oder auch währenddessen rücken stets die Themen Bildung, Erziehung und Schule in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit. Auch die politische Linke macht da keine Ausnahme. Nun hat die Linke seit jeher das Problem, dass sie im Bildungsbereich tun kann was sie will. Die Früchte der Bemühungen kommen nach den bildungspolitischen Initiativen fast zwangsläufig der politischen Klasse zugute. Linke Kindertagesstätten, Volkshochschulen, Reformschulprojekte, Sommer- oder Alternativunis; sie alle waren jeweils in unterschiedlicher Form Ideengeber und dann in abgemilderter Form Systemerhaltungsmassnahmen. Ja, man kann sogar soweit gehen und sagen, dass sie die Herschaftsform des Kapitalstaates erträglicher gemacht haben und zwar mit Hilfe der demokratischen Ideologie. Im Sinne Slavoy Zizeks müssen wir die *Demokratie hinterfragen. Ist sie nicht die Gesellschaftsform, die sich am besten dazu eignet den Kapitalismus in* Vollendung zu realisieren? (3)

Schule und Bildung bestimmen das soziale Niveau des Menschen

Man könnte schlussfolgern: machen wir die bessere Schule, die bessere Pädagogik und die Armut, das Leiden wird von der Erdoberfläche verschwinden. Diese Argumentation vergisst den Entwicklungszwang durch die herrschende Ökonomie. Nach wie vor bestimmen nicht irgendwelche Ideale, wie z.B. Menschenrechte und Humanismus das Leben der Menschen; deren Einfluss ist rudimentär und nur in reichen Gesellschaften für den vermögenden Teil erreichbar. Die beherrschte Klasse hat nur einen Anteil daran.

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT:

SYRIEN, IRAN, NORDKOREA ?

Wer wissen möchte, wie die Militarisierung der US-Außenpolitik in den nächsten Jahren vermutlich aussehen und die Transformation des Nahen und Mittleren Ostens weitergehen wird, findet in einem bisher viel zu wenig beachteten Dokument Antworten: Es trägt den Titel »Rebuildung America's Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century« und wurde im September 2000 verfasst von einem der derzeit maßgeblichen Think-Tanks der USA. Seite 3

GEGEN DIE ARBEIT – FÜR DAS LEBEN

Am Dienstag, den 6. Mai 2003 demonstrierten in Erfurt ca. 100 Arbeitende und Nicht-Arbeitende gemeinsam vor dem Sozialamt und auf dem Anger »Gegen die Arbeit – für das Leben«. Wichtiger als die Demo war den OrganisatorInnen die Diskussion. Seite 5

WENDLAND

Als in Deutschland mit der (wirtschaftlichen) Nutzung der Kernenergie begonnen wurde, war eigentlich klar, dass Reststoffe, die sehr lange strahlen und deswegen sehr gefährlich sind, sehr sicher entsorgt werden müssen. Eine Option war die Einlagerung in tiefe geologische Schichten. Der Standort Gorleben im Wendland, scharf an der Grenze zur ehemaligen DDR und nahe der Elbe, wurde als zentrale unterirdische Deponie ausgewählt. Ein Bericht über die »Alternative Region Wendland« auf Seite 6.

DIE GESCHICHTE DES KB

Für den Verlauf der 70er Jahre in der Bundesrepublik besagen Schätzungen, dass rund 100.000 hauptsächlich junge Leute in der ein oder anderen Form direkt oder im Umfeld einer politischen Gruppe engagiert waren, die sich am Maoismus orientierte. »Geschichten vom Trüffelschwein«, eine Rezension des Buches zur Geschichte des »Kommunistischen Bundes« (KB) auf Seite 11.

INNOVA EG

Sind Genossenschaften für Erwerbslose eine Alternative zu aussichtsloser Jobsuche oder Gründung einer Ich-AG? Bieten sie Möglichkeiten, selbstbestimmte Arbeitsplätze zu schaffen? Lässt sich der Kollektivgedanke selbstverwalteter Betriebe heute neu beleben? Die Antwort wird aus der Praxis kommen, und es gibt Ansätze, eine solche Praxis zu befördern: Die bundesweit tätige Entwicklungspartnerschaft innova ist eins von 110 EQUAL-Projekten in Deutschland. Sie entstand auf Initiative des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. und des NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V., und unterstützt Erwerbslose bei der Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze in Genossenschaften. Seite 12

www.contraste.org

D 8008

ZUR KRITIK DER AUTORITÄREN ARBEITSGESELLSCHAFT

Terror der Arbeit

Der jahrelang beklagte und verspottete Reform-Stau hat sich mittlerweile aufgelöst. Inzwischen herrscht enthemmter Reform-Taumel. Die Agenda 2010 übertrifft die kühnsten Sozialabbau-Träume der damaligen Gefolgsleute Helmut Kohls.

Anne, Anders Arbeiten, Berlin ● Schröders GenossInnen, phantasielos wie nicht anders zu erwarten, meckern und motzen jetzt zwar noch ein wenig. Letztlich werden sie sich auf die traditionelle sozialdemokratische Tugend der devoten Unterordnung besinnen und ihrem unersetzlichen Herrn, dem Gerhard »Rücktritt« Schröder, treu dienen. Die Reform-GestalterInnen loben sich selbst für ihren Mut, auch schmerzliche Reformen durchzusetzen. Ihr Mut besteht im wesentlichen darin, Anderen Schmerzen zu bereiten, insbesondere die Lebenssituation der Arbeitslosen immer bedrohlicher zu verschlechtern, und damit die Nicht-Arbeitslosen nachhaltig zu disziplinieren. Disziplinieren wofür? Für die Arbeit.

Und hier könnte die Ursache dafür liegen, warum es bisher keine nennenswerte Opposition gegen diese ganz große Koalition der autoritären Einschüchterung gibt. So lange die Gewerkschaften, die PDS, attac und andere Linke weiterhin fromm und demütig die heilige Kuh »Arbeit« anbeten, wird ihnen nichts anderes übrig bleiben als genauso fromm und opferbereit »notwendige Einschnitte« hinzunehmen, notwendig dafür, auf dass endlich »Arbeit« komme. Sie beklagen, konform mit allen kapitalistischen FoltermeisterInnen, die Arbeitslosigkeit als das Grundübel, als das Krebsgeschwür unserer Gesellschaft.

Dabei ist bei Licht besehen die Arbeitslosigkeit nicht das Problem, sondern die Lösung: In einer Produktivität-steigernden und Arbeit-einsparenden kapitalistischen Ökonomie bräuchte eigentlich immer weniger gearbeitet werden. Allgemeine Entlastung von unangenehmer, unattraktiver Arbeit, bislang ungekannter Zeitreichtum könnte die Perspektive sein. Nur, was heißt dieses »bräuchte« und dieses »könnte«? Diese Konjunktive heißen, dass es zwar reale Möglichkeiten sind, dass der Zug der tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklung jedoch immer schneller in die entgegengesetzte Richtung rast, nämlich in die Richtung der Gesellschaft des Arbeitszwanges. Je überflüssiger die Leute für die Arbeit werden, desto härter müssen sie – deshalb! – gegeneinander um Arbeit konkurrieren, und zwar nicht um Traumberufe, sondern um immer unattraktivere und immer sinnlosere Jobs.

Diese Entwicklung ist unschön, idiotisch und auch gefährlich (Armut macht krank, verkürzt das Leben), aber vorerst nicht aufzuhalten, denn alle spielen brav mit: Die Arbeitslosen fordern nicht, wie es am vernünftigsten wäre, einfach mehr Geld, und zwar langfristig, , sondern gehen der ganzen Welt damit auf die Nerven, indem sie ständig beteuern, wie gern sie doch arbeiten würden, wenn man sie nur ließe. Und die in Lohnarbeit Beschäftigten passen argwöhnisch auf die Arbeitslosen auf, dass diese nur ja nicht zu viel Spaß am Leben haben.

Worauf kommt es an? Einmal: Der Arbeit den Respekt aufzukündigen, diese Art von unterwürfiger Verehrung beenden, die noch nie besonders viel mit der Würde des Menschen zu tun hatte. Und: Die Lohnabhängigkeit als die peinliche gesellschaftlich bedingte Grundsituation aller Individuen a) zu erkennen und b) zu kritisieren und c) so weitgehend als möglich abzuschaffen. Lehnen wir uns zurück und freuen uns über eine Welt, in der es immer weniger Arbeit gibt!●

Wer noch Fragen und Einwände hat, ist herzlich eingeladen zur DISKUSSIONS-VERANSTALTUNG der Initiative Anders Arbeiten – oder gar nicht: TERROR DER ARBEIT – ZUR KRITIK DER AUTORITÄREN ARBEITSGESELLSCHAFT Montag, den 23.6.2003 um 19.30 Uhr im Kato am U-Bahnhof Schlesisches Tor in Berlin-Kreuzberg
Die Veranstaltung versteht sich als Opposition zur Vorherrschaft von Sozialabbau und autoritärer Arbeitsgesellschaft.

Kontakt:
Anders Arbeiten, c/o Netzwerk Berlin, Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin, Tel.: (0 30) 691 30 72, Fax 691 30 05
Email: buero@andersarbeiten.de
www.andersarbeiten.de

AKTION 2003:

Nicht viel Neues ...

gibt es für den Monat Mai zu berichten. Bis zum 28.5.2003 gingen 17 EUR auf unserem Spendenkonto ein. Damit sind bisher 4.715,28 EUR über Spenden und sonstige Mehreinnahmen zusammen gekommen. Für die für dieses Jahr errechnete Deckungslücke benötigen wir noch 300,96 EUR. Ein weiteres Ziel ist ein Teilabbau unserer Schulden aus vergangenen Jahren. Insgesamt fehlen dem Zeitungsprojekt jetzt noch 2.801,34 EUR. Einhundert Spenden über 28 EUR würden uns ins Ziel bringen und unsere Unabhängigkeit auch für die Zukunft gewährleisten.

Redaktion Heidelberg ● Folgende Spenden gingen auf unserem Spendenkonto ein:
- Martin Gräther, Freiburg (5 EUR)
- Büchertisch Berlin (10 EUR)
- Angelika Thormann, Berlin (2 EUR)

CONTRASTE bedankt sich ganz herzlich bei allen SpenderInnen und Mitgliedern des Fördervereins, die es ermöglichen, dass CONTRASTE weiter erscheinen kann.

Abokampagne 100+

Es gab zwei Neuabos und eine Kündigung. Somit benötigen wir mittlerweile 118+ an Neuabos, damit wir die für 2004 zu erwartende Deckungslücke verhindern und unsere Situation dauerhaft stabilisieren können. Wir benötigen dringend neue Kreise von Leserinnen und Lesern. 118+: Das ist eigentlich kein zu hoch gestecktes Ziel, aber mit unseren Mitteln der Abowerbung schwer zu erreichen. Wir benötigen dazu die Hilfe unserer LeserInnen, denn Ihr seid die besten MultiplikatorInnen.

Redaktionsplenum 2003

Vom 13. bis 15. Juni wird sich das Redaktionsplenum bei unserer neuen Redaktion Dresden treffen und Maßnahmen diskutieren, die die Qualität der Zeitung verbessern sollen. Neue AutorInnen sollen angesprochen werden, die ehrenamtlich arbeitende Redaktion soll aufgestockt und Werbemaßnahmen ergriffen werden, die neue LeserInnenkreise erschliessen, damit das Ziel der Abokampagne erreicht wird. Wir werden darüber berichten.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Umstellungen helfen, das Zeitungsprojekt zu stabilisieren. (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter Tel. (0 62 21) 16 24 67.●

> »Das Korrektiv mehrerer Zeitungen leisten sich außer den Fachleuten nur wenige Menschen – und so entsteht ein Weltbild, wie es entstehen soll, nicht, wie es ist.«
>
> Kurt Tucholsky, 1921

SPENDEN- UND ABOZÄHLER

Das Zeitungsprojekt benötigt noch 2.801,34 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 118+ Neuabos

Ökorilla – Antiatomradtour von Gundremmingen nach Gorleben

Vom 25.7. bis 10.8. von Gundremmingen via Grafenrheinfeld und Morsleben nach Gorleben. Tagesetappen ca. 60 km.

Vom 25.7. bis 10.8. findet die Ökorilla – Antiatomradtour statt. Startort ist Gundremmingen, über Grafenrheinfeld und Asse 2 /Morsleben geht es nach Gorleben. Veranstalter ist der DJN (Deutscher Jugendbund für Naturbeobachtung).

Die Ökorilla soll Menschen abseits der üblichen Demoroute informieren und motivieren. An zwei Tagen sind Aktionstage in Zusammenarbeit mit den örtlichen BIs geplant (s.u.). Ansonsten laufen ständig gewaltfreie Aktionen (angemeldete Demos, Straßentheater, Straßenbemalen, Spuckies und Plakate verteilen etc.).

Schwerpunkt ist der Uranabbau, hier ist unserer Meinung nach der schwächste Punkt der Atomindustrie, bei dem am wenigsten gelogen werden kann und die meisten Peinlichkeiten in Form von Fakten bestehen. Naturerlebnis wird außerdem während der Fahrt ein Hauptmotivationsgrund sein, es geht durch Biosphärenreservate, Naturparks, Grünes Band...

Kosten sind 6 EUR pro Tag incl. Veg. Verpfl. und Übernachtung im eigenen Zelt auf möglichst kostenlosen Wiesen.

Teilmnahmealter ist 14 - 25, einzelne Etappen können von allen mitgefahren werden.

Übernachtungsmöglichkeiten in Form von Wiesen oder Grillplätzen o.ä. werden noch gesucht!! Bitte meldet euch, falls ihr jemand kennt! Die Etappen sind nicht länger als ca. 60 km.

Infos und Anmeldungen an oekorilla@web.de, infos zum DJN unter www.naturbeobachtung.de (ab Mai neu!)

Der DJN ist international im YEE (Youth and Environment Europe) organisiert, besteht seit 1950, ist als gemeinnnützig anerkannt und parteipolitisch und konfessionell unabhängig. Die Organisation erfolgt stets basisdemokratisch. Ab 25 wird man aus dem Verein ausgeschlossen, um Altershierarchien zu vermeiden.
Homepage: www.naturbeobachtung.de

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

Sozialprojekte im Online-Dialog

Wien (profact) ● In Zeiten lahmender Konjunktur haben es Träger sozialer Arbeitsprojekte besonders schwer. Clevere Marketingstrategien sind meist genauso wenig vorhanden wie dicke Werbebudgets. Entsprechend hilflos agieren beispielsweise Werkstätten für behinderte Menschen oder Wiedereingliederungsinitiativen am Markt. Sie bekommen denn auch die auf Eis gelegte Investitionsbereitschaft der Firmen mit als erste zu spüren. Doch diese in der Regel mit minimalen Mitteln ausgestatteten Projekte sind auf den Verkauf ihrer Produkte und Dienstleistungen angewiesen. Was den meisten fehlt, ist der zugleich kostengünstige wie überschaubare Zugang zu potenziellen Kunden. Genau dies will der Verein zur Förderung Sozialer Arbeitsprojekte möglich machen. Die österreichische Initiative startete unter der Adresse www.sozialprojekte.com ein Online-Portal, das Anbieter und Nachfrager zusammenbringen soll. Über die Landesgrenzen hinweg, wie Vereins-Obmann Reinhard Bogg versichert. »Unsere Initiative spricht Unternehmen und Sozialprojekte in Österreich ebenso an wie in Deutschland und in der Schweiz.«

Ohne Umwege zu Aufträgen

»Träger sozialer Arbeitsprojekte haben nun die Möglichkeit, ihre Produkte und Dienstleistungen online zu präsentieren und damit ohne Umwege zu Aufträgen zu kommen«, erklärt Bogg. Umgekehrt könnten sich Unternehmen gezielt nach Lieferanten oder Anbietern erkundigen. Die hinter dem Web-Auftritt stehende Datenbank vereinfache den Kontakt zwischen Wirtschaft und sozialen Trägergesellschaften enorm, so Bogg. Zudem ließen sich Gewinn orientiertes Wirtschaften effizient mit sozialer Verantwortung verbinden. »Uns liegt aber auch daran, die breite Öffentlichkeit über die Leistungsfähigkeit sozialer Projekte zu informieren«, erklärt der Obmann.

Kostenlose Nutzung

Die Nutzung der Präsentationsplattform ist nach Auskunft des Vereins sowohl für Anbieter aus dem sozialen Bereich als auch für Firmen kostenlos. Erforderlich sei lediglich eine Registrierung. Danach könnten beispielsweise Projektverantwortliche ihre Einrichtung darstellen, und Firmen sei es möglich, Auslagerungsprojekte oder Kooperationen anzubieten. »Diese Plattform ist kein zeitlich limitiertes Projekt«, sagt Bogg. »Sie soll langfristig, sich ständig weiterentwickelnd, an aktuelle Trends und das Benutzerverhalten angepasst werden.«●

Adresse des Vereins:
Verein zur Förderung Sozialer Arbeitsprojekte, Kochgasse 13, A-1080 Wien, Tel./Fax 00431-4032223
Web: www.sozialprojekte.com

Digitales Diskussions-Desaster

Bei Anruf Streit

Das Internet als Kommunikations- und Diskussionsraum hat unbestrittene Vorteile. Das hatte die Linke schon Ende der achtziger Jahre erkannt. Folglich wurden damals alle Rechner – auch die unserer Zeitung – mit Modem und Crosspoint (einem Mailboxclientprogramm) ausgestattet, um im CL-Netz (heute www.kommunikationssystem.de)

Dabei wurden von Anfang an aber auch durchaus zwiespältige Erfahrungen mit dem Einsatz der neuen Medien gemacht. Das elektronische Vernetzungspotenzial erwies sich von Beginn an gleichsam auch als veritables Zerfetzungspotenzial. Streiterprobte linke Kämpen schwangen alsbald auch die digitale Keule. Verletzungen und Missverständnisse blieben nicht aus.

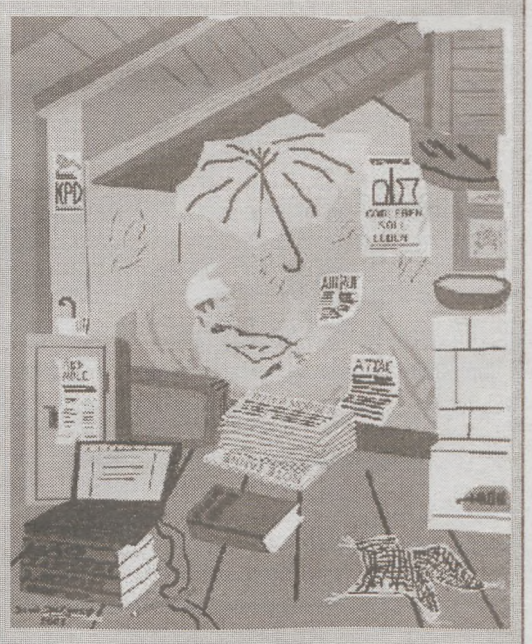
So hatte auch unsere Zeitung CONTRASTE bereits Anfang der neunziger Jahre nach erfolgter Computervernetzung der aktivsten Redaktionen sehr schnell Kommunikationsstress. JedeR gab per Email äußerst subito seinen/ihren Senf zum Besten, oft auch ungefragt und/oder unüberlegt. Die Technik der Auseinandersetzung verstärkte den Streit, wenn um Mitternacht noch eilends Brandbriefe geschrieben werden konnten und mit der Zitierfunktion jedes Wort auf die Bitwaage zu legen war.

»Nicht miteinander rechnen – besser miteinander reden!« mahnten daher alsbald besonnene Beiträge in der Zeitung. Denn die Verbesserung der Kontakte durch unsere PCs war gleichzeitig eine Verschlechterung und Verkürzung, damit also keinesfalls ein Ersatz für Treffen und eine Auseinandersetzung »face-to-face«.

Im WWW-Zeitalter sind solche Probleme eher noch größer geworden. Portale wie Indymedia verfolgen den Anspruch des »Open Publishing« und haben hierfür auch die entsprechende Software. Die Möglichkeit zur Selbstzerfetzung steigert sich ins Gigantische und wird mit freudiger Begeisterung wahrgenommen. Da lallern sich unter Pseudonym Vermummte die Seele vom Leib, kotzen gegen die »Antideutschen«, denunzieren die Antifa als Antisemiten und vollführen einen politischen Szenestriptease, der staatliche Überwachungsorgane und politische Gegner nur mehr erfreuen kann.

Nachrichten- und Meinungsfülle kann jedoch Qualität nicht ersetzen. Das Wort vom Polit-SPAM, der die neuen Infokanäle verstopft, macht die Runde. Nicht unberechtigt ist auch der Verdacht, dass unter täglich ca. 10.000 NutzerInnen von Indymedia sicher auch einige einen Schlapphut aufhaben oder ein braunes Hemd tragen und dort nur im Trüben fischen.

Wenn dann eine Indymedia-Redaktionsgruppe einmal eingreift und etwas im (für alle trotzdem einsehbaren) »Zensurkübel« landet, setzt sie sich unweigerlich auch dem Zensur-Vorwurf aus. Das kennen wir bei der CONTRASTE auch (siehe z.B. unser Antirepressionsschwerpunkt vom vergangenen Herbst) und es steht uns vielleicht auch noch mal ins Haus, wenn wir über den Rauswurf unseres Jugendumweltredaktionsmitglieds Jörg beim Besuch/als Nichtgast der Kommune Lutter berichten werden.



Ich selber bin bekanntermaßen einem heftigen Streit noch nie ausgewichen. Pro- und Contrakontroversen gehören in die CONTRASTE, damit sie veritables FORUM für Selbstorganisation bleibt.

Im Interesse des dahinsiechenden zarten Pflänzchens unserer Nochleserschaft einer abonnierten gedruckten Auflage plädiere ich jedoch herzlich dafür:
- Pro und Contra bitteschön, aber nicht als zerhackselte Emailauseinandersetzung oder Abdruck sich nicht aufeinanderbeziehender Websites oder gar von Polit-SPAM.
- Für eine gedruckte Zeitung, die ich nach wie vor bevorzuge, obwohl immer mehr CONTRASTE offensichtlich nur noch aus dem Internet kennen, ist die Nachrichtenhülle mglw. wichtiger als die Nachrichtenfülle, damit sie lesbar und verständlich bleibt und
- na klar doch: keine Zensur, aber bitte auch nicht immer gleich die Zensurkeule, wenn Sachen nicht abgedruckt werden, weil sie unverständlich bleiben, ein Redaktionsplenum ihren Abdruck nur diskursiv (d.h. unter Einbeziehung von miteinander argumentierendem Pro und Contra) beschließt oder schlichtweg Termine nicht eingehalten werden.

So, das wars. Obersurflehrer Kurt:
6 – bitte setzen!●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 - D-69035 Heidelberg

Syrien, Iran, Nordkorea:

Wer ist als Nächster dran?

Wer wissen möchte, wie die Militarisierung der US-Außenpolitik in den nächsten Jahren vermutlich aussehen und die Transformation des Nahen und Mittleren Ostens weitergehen wird, findet in einem bisher viel zu wenig beachteten Dokument Antworten: Es trägt den Titel »Rebuildung America's Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century« und wurde im September 2000 verfasst von einem der derzeit maßgeblichen Think-Tanks der USA: Der 1997 gegründeten Gruppe »Project for the New American Century«. Zu den wesentlichen Autoren dieser äußerst einflussreichen neokonservativen Gruppe gehören u.a. Paul Wolfowitz, Lewis Libby, Stabschef von Vizepräsident Cheney, Jeb Bush, Gouverneur in Florida und Bruder von Georg W. Bush, William Kristol, Robert Kagan und John R. Bolton.

Clemens Ronnefeldt, Versöhnungsbund-Referent ● Ein wesentlicher Kernpunkt ihres Papiers ist Folgender: »Derzeit sieht sich die USA keinem globalen Rivalen ausgesetzt. Die Grand Strategy der USA sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position so weit wie möglich in die Zukunft zu bewahren und auszuweiten«. Auf Seite 51 ihres Dokumentes, das die Dominanz der USA für die nächsten Jahrzehnte zum Inhalt hat, findet sich vor dem Hintergrund des 11.9.2001 ein Satz von fast hellseherisch-prophetischer Klarheit, geschrieben im September 2000: »Further, the process of transformation, even if it brings revolutionary change, is likely to be a long one, absent some catastrophic and catalyzing event – like a new Pearl Harbor«.

In US-Strategiepapieren verwenden Autoren wie Ronald D. Asmus, Kenneth M. Pollack oder auch Zbigniew Brezinski den Begriff »Greater Middle East«, um die US-Interessen und den Zugriff auf Ressourcen von der Golfregion über den Kaukasus bis nach Mittelasien hin zu beschreiben.

Der Lebensstil in den USA drängt zu neuen Kriegen

Um ihr Außenhandelsbilanz auszugleichen, brauchen die USA einen täglichen(!) Kapitalzufluss von rund 2 Milliarden US-Dollar. Von den Triademächten USA, Europa und Japan sind lediglich die beiden letztgenannten in der Lage, die Waren, die sie konsumieren, auch zu bezahlen – in völligem Kontrast zu den USA. Die Welt kann in weiten Bereichen mehr und mehr auf die USA verzichten, diese aber nicht auf den Rest der Welt.

Knapp 60 Jahre wirtschaftlicher Aufstieg Europas und Japans, dazu ein sich wirtschaftlich langsam erholendes Russland, lassen das US-Imperium immer mehr in Panik geraten und auf Schwächere losgehen: »Die beschränkten wirtschaftlichen, militärischen und ideologischen Ressourcen lassen den Vereinigten Staaten, wenn sie ihre Rolle als Weltmacht behaupten wollen, keine andere Möglichkeit, als den kleinen Mächten übel mitzuspielen. In dem an einen Alkoholiker erinnernden Benehmen der amerikanischen Diplomatie steckt durchaus eine Logik. Das wahre Amerika ist so schwach, dass es nur mit militärischen Zwergen eine Konfrontation suchen kann. ... Seine wirtschaftliche Abhängigkeit von der Welt macht auf die eine oder andere Art universelle Präsenz notwendig« (S.168), schreibt Emmanuel Todd in seinem äußerst aufschlussreichen Buch »Weltmacht USA. Ein Nachruf«.

Schurkenstaaten sind Staaten, die nicht mehr in US-Dollar abrechnen

Bereits seit Ende des Jahres 2000 berechnete Irak seine tägliche Ölförderung nicht mehr in Dollar, sondern in Euro. Iran verkauft bereits seit geraumer Zeit sein Öl nicht mehr in Dollar, sondern zum größten Teil in Euro. Nordkorea hat seine gesamten Devisen in Euro eingewechselt, so eine dpa-Meldung am 12.11.02. China kündigte bereits im November 2001 an, seine 200 Milliarden Dollar-Devisen-Reserve zu einem großen Teil in Euro umzutauschen (1). Wenn diese Beispiele Schule machen – und dies tun sie – ist der American way of life aufs Höchste gefährdet.

Nur so lange der US-Dollar auf der gesamten Welt akzeptiert wird, kann die US-Wirtschaftspolitik mitsamt dem ständigen Drucken von neuen Dollarscheinen ohne Ängste vor einer instabilen Währung funktionieren. Mit diesem Mechanismus schöpfen die USA seit Jahrzehnten nicht unerhebliche Reichtümer anderer Volkswirtschaften in der Welt ungeniert ab und transferieren sie in ihr eigenes Land. Für die US-Wirtschaft war in der Vergangenheit sehr vorteilhaft, dass die im arabischen Raum eingesetzten US-Dollar zur Begleichung der US-Ölrechnungen oft wieder in Rüstungsgeschäfte investiert und somit »recycelt« wurden. Dieses Verfahren kommt mit dem Euro als neuer Weltwährungskonkurrenz nun an seine Grenzen.

Derzeit sind drei Staaten besonders gefährdet, unter die Räder des im Niedergang begriffenen US-Imperiums zu kommen: Syrien, Iran und Nordkorea.

Syrien

Syrien, etwa halb so groß wie Deutschland, allerdings mit 17,2 Millionen Einwohnern weitaus dünner besiedelt, trägt schon länger aus US-Sicht das Etikett »Schurkenstaat«.

Richard Perle sagte der International Herald Tribune Mitte April 2003, im Falle eines Waffenfundes in Syrien würden die USA verlangen, dass diese abgegeben werden müssten, um die Bedrohung zu beseitigen. Falls dies nicht geschehe, »würde wohl keiner ausschließen wollen, dass wir die volle Breite unserer Möglichkeiten ausschöpfen«. Da es keinerlei UN-Mission oder UN-Resolution bezüglich der Suche oder gar Zerstörung syrischer Massenvernichtungswaffen gibt, stellt sich die offene Frage, an welches durchführende Organ Richard Perle dabei gedacht haben mag.

Auf journalistische Nachfragen, ob die Anschuldigungen gegen Syrien in einen neuen Krieg münden könnten, antwortete Georg W. Bush: »Wir sind nun hier im Irak. Und als zweiten Punkt erwarten wir Kooperation von Syrien. Und ich bin zuversichtlich, dass wir Zusammenarbeit erhalten«.

Mit der Baath-Partei im Irak ist die syrische Baath-Partei seit vielen Jahren verfeindet. Wie die Washington Post am 21.6.02 berichtete, kooperierte die syrische Regierung mit der CIA bei der Verfolgung von Al Quaida-Terroristen.

Seit der Endphase der Krieges gegen Irak wirft die US-Regierung Präsident Baschar al-Assad ein ganzes Bündel von Verfehlungen vor:

- Syrien habe angeblich Rüstungsgüter während des jüngsten Krieges an Irak geliefert.
- Syrien kooperiere immer noch mit dem gestürzten Regime von Saddam Hussein.
- Syrien beherberge Mitglieder der irakischen Führung.
- Syrien produziere Massenvernichtungswaffen.
- Syrien unterstütze Terroristen.

Entscheidend für die scharfen Töne Washingtons ist derzeit wahrscheinlich der letzte Punkt: »Darin sind sich alle Politiker in der Region einig: Die USA legen der syrischen Führung jetzt nicht wegen der möglichen Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen die Daumenschrauben an. Vielmehr zielten sie auf die Ausschaltung radikaler Gruppen ab, die Damaskus unterstützt und die eine Lösung des Nahost-Konflikts nach den Vorstellungen Israels torpedieren könnten. Das sind allen voran die palästinensischen Islamisten-Organisationen Hamas und Dschihad, mehrere militante linke palästinensische Splittergruppen sowie die pro-iranische Schiitenmiliz Hisbollah in Südlibanon«, berichtete die FR am 15.4.03.

Konkret soll wohl Syrien zum Verzicht auf die von Israel seit 1967 völkerrechtswidrig annektierten Golanhöhen gezwungen werden. Damit kämen die Vertreter der »Groß-Israel«-Forderungen sowohl in den USA als auch in Israel einen großen Schritt weiter. Bei einem US-Angriff würde die letzte unmittelbar betroffene Regionalmacht ausgeschaltet, die diesem Vorhaben im Wege steht.

Statt eines neuen Krieges gegen Syrien bräuchte die Gesamtregion eine Lösung des Israel-Palästina-Konfliktes durch eine starke Vermittlung von außen, die eine Zwei-Staaten-Lösung mit Ostjerusalem als Hauptstadt der Palästinenser, eine gerechte Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien, Syrien und Libanon durchsetzt sowie für eine Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen Israelis und Palästinensern sorgt.

Iran

Am 3.1.2002 fingen israelische Behörden ein angeblich aus Iran kommendes Schiff mit Waffen für die Palästinensische Autonomieverwaltung ab. Dies wurde sowohl in Israel als auch in den USA als Unterstützung Teherans für den internationalen Terrorismus gewertet. Der US-Sondergesandte – ehemals für Afghanistan, seit Ende 2002 für Irak – Zalmay Khalilzad, Mitbegründer des New American Century-Pojektes, warf am 19.1.2002 dem Iran vor, Waffen an bestimmte warlords in Afghanistan zu schicken, Afghanistan destabilisierende Gruppen zu finanzieren sowie Mitglieder der Revolutionären Garden zu entsenden. Er betonte, dass Irans Politik sich auf »das Prinzip der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans« gründen müsse.

Die Aufnahme in die Länderreihe der »Achse des Bösen« erfolgte, obwohl die iranische Regierung den Bombenkrieg der US-Regierung in Afghanistan unterstützte und überdies anbot, abgestürzte US-Piloten zu bergen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Sogar einen Hafen für US-Hilfslieferungen hatte Teheran geöffnet. Neben Ägypten ist Iran nicht nur der bevölkerungs-, sondern auch einer der einflussreichsten Staaten der Region. Iran bemühte sich auf diplomatischer Ebene Kontakte zu US-Verbündeten wie Kuwait, Saudi-Arabien und Pakistan aufzubauen, was Washington missfällt. Besonders stört Washington die bereits fertig gestellte Gaspipeline aus Turkmenistan in den Iran sowie die Tatsache, dass die iranische Regierung mit Indien über den Bau einer Pipeline verhandelt.

Die US-Airforce soll »gemäß israelischer Quellen derzeit einen befestigten, mit Untergrundbunkern ausgestatteten Militärflughafen nahe Herat im Westen Afghanistans einrichten. Für Angriffe gegen Irak wäre dieser Stützpunkt nur begrenzt brauchbar, liegt doch die Basis rund 110 Kilometer von der iranischen Grenze. Anzahl und Ausmaß der US-Stützpunkte in Zentralasien übersteigen das für den Anti-Terror-Kampf notwendige. Für Einsätze gegen Iran wären auch sie hingegen ideal« (2), schrieb Sidney E. Dean bereits im September 2002.

In einem 204 Seiten starken Bericht des US-Außenministeriums über die »Paten des globalen Terrorismus« vom Mai 2002 wurde Iran als aktivster staatlicher Terrorunterstützer beschrieben. Die Islamischen Revolutionären Garden und die iranischen Geheimdienste seien in Terroranschläge insbesondere im Rahmen der palästinensischen Intifada verstrickt, ebenso in Afrika, der Golfregion und in Zentralasien. Die israelische Regierung hat angekündigt, dass sie nicht bereit ist, die Inbetriebnahme eines derzeit noch in der Bauendphase befindlichen Atomkraftwerkes in Iran hinzunehmen. Auch die US-Regierung wird dem baldigen Anfahren des Reaktors wohl nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Am 23.4.03 warnte die US-Regierung Iran davor, Agenten unter die schiitische Bevölkerung Iraks zu mischen. Die einflussreichste schiitische Oppostionsgruppe im Irak, Sciri, lehnt bewaffnete Widerstandsaktionen gegen die alliierten Besatzungstruppen im Irak ab.

Je mehr die rhetorische Schärfe gegenüber Teheran zunimmt, desto größere Schwierigkeiten wird der von Präsident Khatami eingeleitete Reformprozess zu überwinden haben, desto mehr Menschen werden in die Hände der religiösen Führer getrieben.

Nordkorea

Nordkorea, von Hans W. Maull als »Zombi-Staat« bezeichnet, unterhält trotz größter Armut und Verelendung im Land eine Armee von mehr als einer Million Soldaten ohne Reservisten. Ein Sechstel des Bruttosozialprodutes fließt in den Militärsektor, mehr als 600 Jagdflugzeuge und mehr als 300 Transportflugzeuge und Hubschrauber, zwischen 100 und 500 Scud-Raketen sowie die Entwicklung von Mittel- und Langstreckenraketen machen den Staat zu einer beachtlichen Militärmacht.

Nach Angaben des südkoreanischen Verteidigungsministeriums lagern in Nordkorea zwischen 2.500 und 5.000 Tonnen chemischer und biologischer Waffen. Der US-Verbündete Pakistan steht in engem Austausch mit dem »Achse-des-Bösen-Staat« Nordkorea. »So gibt es Anlass zur Vermutung, dass Nordkorea im Austausch für die Lieferung von Raketentechnologien an Pakistan von diesem wissenschaftliches und technisches Know how für das neue Programm zur Urananreicherung erhalten hat« (3).

Lediglich 40 Kilometer von der nordkoreanischen Grenze entfernt liegt die südkoreanische Hauptstadt Seoul mit ihren 11 Millionen Einwohnern, die im Falle eines Angriffes auch von US-Truppen nicht zu verteidigen wären. Weil Nordkorea nicht nur über Atomwaffen verfügt, sondern auch mit seiner Armee bei weitem nicht so leicht zu besiegen wäre wie das sehr viel schwächere Irak, werden die US-Strategen wohl nicht so schnell mit einer Bodentruppen-Invasion beginnen: »Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass eine eine halbe Million US-Soldaten umfassende US-Streitmacht in einem Krieg gegen Nordkorea binnen 90 Tagen mit mindestens 50.000 Gefallenen allein auf Seiten des Expeditionskorps zu rechnen hätte« (4).

Die Spannungen der jüngsten Zeit beruhen zu einem großen Teil auf der Nichteinhaltung des am 21.10.1994 unterzeichneten »Agreed Framework« durch die USA und Nordkorea. Darin verpflichtete sich Nordkorea, seinen Forschungsreaktor, seine Brennelementefabrik und eine im Bau befindliche Wiederaufarbeitungsanlage stillzulegen sowie den Bau zweier neuer Atomreaktoren zu stoppen. Im Gegenzug für diesen Verzicht sollte die Regierung in Pjönjang bis zum Jahre 2003 zwei Leichtwasserreaktoren mit 2.000 Megawatt Leistung erhalten, um den defizitären Energiebedarf zu decken. Finanziert werden sollte dies von dem internationalen KEDO-Konsortium, hinter dem vor allem Japan und Südkorea stehen. Die US-Regierung selbst verpflichtete sich, bis zur Fertigstellung der beiden Leichtwasserreaktoren jährlich 500.000 Tonnen schweres Heizöl sowie Lebensmittel zu liefern und die verhängten Sanktionen zu liften.

Aus heutiger Sicht haben beide Seiten Vertragsbrüche zu verantworten. Nordkorea forschte wohl seit 1995 im Geheimen doch an Uran-Anreicherungsprogrammen weiter, auf der anderen Seite ließ die Asienkrise von 1997 die Geldströme Japans und Nordkoreas für das KEDO-Programm versiegen. Die US-Regierung hielt ihre Handelszusagen und Lieferverträge nicht ein, weil der Druck des Kongresses zu stark war.

Nordkorea kam wohl auch deshalb auf die Liste der Länder der »Achse des Bösen«, weil die stalinistisch-kommunistische Regierung in Pjönjang nach Ansicht der US-Regierung bei Zugeständnissen im Rahmen der Inspektion von Nuklearanlagen und weit reichenden Raketen Washington nicht genügend entgegenkam. Der zweite wichtige Grund hat weniger mit Nordkorea als mit der innenpolitischen Situation in den USA zu tun: Je mehr die US-Regierung den Konflikt gegenüber Nordkorea verschärft, desto größer wird die inneramerikanische Unterstützung für die Raketenabwehrbefürwortung. »Die potenzielle nordkoreanische Raketenbedrohung diente dabei als willkommenes Feigenblatt, um nicht öffentlich einräumen zu müssen, dass das Abwehrprogramm eigentlich gegen die wachsende Bedrohung durch chinesische Raketen gerichtet ist«, so Hans-Joachim Schmidt von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (in: FR-Dokumentation, 19.2.2002).

Sollte die nordkoreanische Regierung sich auf den Normalisierungsprozess gegenüber Südkorea einlassen, auf die Wiederaufnahme von Raketentests ab 2003 verzichten, seine beiden Leichtwasserreaktoren für Inspektionen der Internationalen Atom-Energie-Behörde in Wien öffnen und der Chemiewaffenkonvention beitreten, käme die US-Regierung mit ihrer Raketenabwehrlegitimation gehörig ins Schleudern.

Am 24.4.03 trafen sich zum erstenmal seit Okotober 2002 wieder US-und nordkoreanische Diplomaten – allerdings auf niedriger Ebene. Die Gespräche waren belastet durch »Zeitungsartikel, denen zufolge die USA aktiv einen Regimewechsel in Nordkorea durchsetzen wollen. Die New York Times zitierte ein internes Memorandum aus dem Weißen Haus, demzufolge die USA gemeinsam mit China auf einen Sturz von Kim Jong Il hinarbeiten sollten« (FR, 23.4.03). Gestützt auf hochrangige Quellen in Washington hatte die australische Zeitung »The Australian« berichtet, dass die USA Pläne für einen Militärschlag gegen das Atomzentrum Yongbyong ausgearbeitet hätten.

Fortsetzung auf Seite 4

Brief an die amerikanischen und englischen Soldaten, die sich am Angriffskrieg auf den Irak beteiligt haben

Schlaft gut Soldaten

Wie fühlt Ihr Euch? Als Helden, als Sieger? Um Menschenleben zu töten, musstet Ihr ja nicht Euer Gewissen befragen. Ihr musstet ja nur Euren obersten Chefs, Bush und Blair, gehorchen. Aber wie fühlt man sich trotzdem, wenn man von oberster Stelle gesagt bekommt: Tötet Menschen, zerstört Gebäude, zerstört die Infrastruktur, die lebensnotwendig für die weiterlebenden Menschen sind. Mit welchem Gefühl seid Ihr in diesen Krieg gezogen? Denn der stand ja von vornherein außer Zweifel. Hierzu waren die angewandten Mittel zu ungleich. Das hatte man Euch zur Beruhigung sicherlich mitgeteilt. Also wirkliche Angst brauchtet Ihr ja nicht zu haben. Die Zahlen des vorangegangen Krieges hatten ja auch gezeigt, dass die Gefahr nicht zu groß ist. Und diesmal war der Gegner ja auch noch weitaus geschwächter. Das tatsächlich vorhandene Waffenpotential betrug ja nur noch 20%, die Waffen waren wiederum mehr als 10 Jahre veraltet. Eure Waffen wiederum auf dem neusten Stand.

Also – kein Risiko, oder nur ein geringes.

An die Kanoniere auf den Schiffen

Wie fühlt man sich, wenn man aus sicherer Entfernung Bomben auf eine Großstadt abfeuert? Was denkt man? Schade, daß ich nicht sehen kann, ob ich auch wirklich getroffen habe. Denkt man an die verwundeten und Toten, die es ja mit Sicherheit bei der Explosion der Bombe geben wird. Glaubt man wirklich »Es sind ja *nur* Soldaten?« Seid Ihr nicht auch Ihr *nur* Soldaten? Soldaten mit Frauen und Kindern !

An die Piloten

Wie fühlt man sich, wenn man nachts auf eine Großstadt zufliegt, in der mehr als 5 Millionen Menschen wohnen und dann mit möglichst hoher Präzision versucht, nicht-zivile Ziele zu treffen? Man weiß ja, dass die Flak einem so gut wie nichts anhaben kann. Die Flak wird nebenbei noch sehr schnell beseitigt. Also, Angst muß man ja nicht haben, die Flugabwehr ist sehr schwach, keine gegnerischen Flugzeuge. Und unten 5 Millionen Menschen, die mit großem Bangen den Flugzeugen entgegensehen. Wie fühlt man sich, wenn man dann von oben die Einschläge beobachtet und die zusammenberstenden Häuser, den Brand, die Rauchentwicklung sieht? Toll – ich habe getroffen, ich habe meinen Job gutgemacht? Ich kann stolz zu meiner Militärbasis zurückfliegen?

Denkt man an die eventuell doch getöteten, verängstigten Menschen in der Stadt nach, was sie fühlen, glaubt man, dass diese Menschen die Amerikaner und Engländer lieben? Glaubt man wirklich, man tötet für eine gute Sache? Wie fühlt man sich, wenn man dann »aus Versehen« doch mal daneben getroffen hat und Hunderte von Zivilisten ums Leben gebracht hat? Wie fühlt man sich, wenn man Streubomben abwirft, die schlimmer noch als die vor 30 Jahren benutzten Napalm-Bomben einen noch verheerenderen Schaden unter der Zivilbevölkerung anrichten? Wie fühlt man sich?

An die Panzerfahrer

Wie fühlt man sich, in seinem doppelt und dreifach gepanzerten Fahrzeug mit Waffen höchster Präzision einem Gegner gegenüberzustehen, der maximal die Hälfte der Reichweite und nur ein Fünftel der Schutzgenauigkeit im Verhältnis zu konventioneller Munition besitzt – wie fühlt man sich? Wie fühlt man aus für ihn unerreichbarer Entfernung auf so einen Panzer schießt, mit einer Munition, die als menschenrechtsverachtend bezeichnet wird, weil sie atomare Sprengkörper enthält? Wie fühlt man sich, wenn man dann einen Panzer getroffen hat, ohne selbst getroffen werden zu können? Hurra, stolz? Wie fühlt man sich, wenn man dann an diesem ausgebrannten Panzer vorbeifährt? Es riecht wahrscheinlich nach Leichen und nach verbranntem Öl? Egal – weiter – der nächste? Wie viele Panzer kann man noch knacken, wie groß ist die Gefahr, dass ich geknackt werde? Gott sei Dank gering, also weiter? Bush und Blair haben es ja befohlen! Wir sind ja nicht verantwortlich. Schnell noch mal auftanken, und dann geht's weiter! Wo bleibt der Nachschub?

An die Fußsoldaten

Zu Fuß müsst Ihr ja nicht gehen. Ihr habt ja LKWs und Fahrzeuge neuster Bauart, bequem und relativ sicher. Ihr seid gut ausgerüstet, schusssichere Westen, Helme neuester Bauart, Präzisionsgewehre mit Nachtsichtgerät und Fernrohr, viel zu essen und zu trinken, und der Gegner: mit alter Kalaschnikow, wenn überhaupt, uralten Armeehelmen, meist selbstgeschneiderten Uniformen, zum Teil barfuß, zum Teil mit Sandalen. Ist dieser Gegner eigentlich ein Gegner? Wie fühlt man sich, wenn man dann auf den Gegner zielt, für den Gegner dann auch noch außer Reichweite? Dein neues Gewehr kann ja doppelt so weit schießen als Sein altes, 10mal so genau, wie fühlt man sich, wenn man sogar in der Nacht diesen Gegner beschießen kann, wobei er einen selbst ja nicht sieht? Was ist das für ein Gefühl, wenn man die Anzahl der Gegner zählt, die man erschossen hat? Die Gegner? Die meisten der Gegner sind doch Zivilisten, die in eine Uniform gesteckt wurden, schlecht ausgebildet, aber mit dem Willen das eigene Land gegen einen ungerechten Angriffskrieg zu verteidigen. Unabhängig von dem ungerechten Regime im eigenen Land. Wie fühlt man sich, wenn man dann von den vielen Toten des Gegners hört und sieht und beruhigt feststellt, wie wenige der eigenen Kameraden gestorben sind? Fühlt man sich als Held?

An alle

Wie fühlt ihr euch, wenn Ihr von den Plünderungen in den Städten und den Plünderungen in den Museen hört und Ihr steht daneben und tut nichts, wenn Euch endlich bewusst wird, wie viel Menschenleben doch dieser Krieg gekostet hat? Wenn Ihr die zerstörten Gebäude betrachtet und in die Gesichter nicht nur der wenigen jubelnden Iraker sondern auch der weinenden Kinder und verzweifelten Erwachsenen, die sowohl ihr Hab und Gut als auch einen Teil ihrer Angehörigen verloren haben? Schaut Ihr eigentlich in ihre Gesichter? Denkt Ihr darüber nach, welches Leid ihr in diesem Land sowohl in der Zivilbevölkerung und auch unter den dienenden Soldaten angerichtet habt? Meint Ihr wirklich, dieser Krieg war gerechtfertigt? Denkt bitte noch einmal darüber nach, bevor Ihr beim nächsten Krieg wieder denselben Fehler macht.

Ich war während der Zeit des Bombardements in Bagdad und weiß, was die Zivilbevölkerung und auch die Soldaten erlebten. Ich möchte das niemandem, insbesondere keinem Kind zumuten.

Schlaft gut Soldaten.●

Reinhold Waßmann

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Vor diesem Hintergrund kommt einer vermittelnden EU-Politik größte Bedeutung zum. Die EU hat zwar ein großes Interesse am Handel mit beiden Ländern, ist allerdings ansonsten weitaus »neutraler« gegenüber beiden Koreas als die USA und hat erhebliche Einflussmöglichkeiten auf einen Entspannungsprozess. Insbesondere eine Aufgabe auch der Regierung in Berlin wäre, darauf zu achten, dass der gegenseitige Prozess der Information über militärische Vertrauensbildung zwischen Seoul und Pjönjang nicht wieder völlig abreißt. In beiden Koreas besteht vereinzelt Bereitschaft, speziell aus der deutschen Wiedervereinigung zu lernen.

Ein Ausweg aus der jetzigen total verfahrenen Situation könnte die Einberufung einer regionalen Friedens- und Sicherheitskonferenz darstellen, an deren Ende die hoffnungsvoll begonnene »Sonnenschein-Politik« des ehemaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jungs doch noch in einen Friedens- und Stabilitätspakt mündet. Die Wahrscheinlichkeit eines US-Angriffes auf Nordkorea sinkt auch in dem Maße, wie der Nachfolger Kim Dae-Jungs, Präsident Roh, den Kurs seines Vorgängers neu aufgreift.

Fazit: Die USA und mit ihr die gesamte Welt stehen vor einer Zeitenwende

»Schauen wir zu, wie das gegenwärtige Amerika seine verbliebenen Kräfte im »Kampf gegen den Terrorismus« vergeudet als Ersatz für den Kampf zur Verteidigung einer Hegemonie, die nicht mehr existiert. Wenn Amerika weiter darauf beharrt, seine Allmacht zu demonstrieren, wird es schießlich der Welt nur seine Ohnmacht enthüllen«, schreibt Emmanuel Todd am Ende seines bereits zitierten Buches.

Statt dem Geschehen nur zuzuschauen, empfiehlt ein anderer derzeitiger Bestseller-Autor, Chalmer Johnson, in seiner Analyse »Ein Imperium verfällt. Ist die USA am Ende?« der US-Führung eine Reihe konkreter Schritte, um aus ihrer offensichtlichen Krise einen Ausweg zu finden: »Anpassung an und Unterstützung der Rückkehr Chinas als bedeutende Macht auf die weltpolitische Bühne; Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordkorea und Abzug der Bodentruppen aus Südkorea, Begleichung der bei den Vereinten Nationen noch ausstehenden Beiträge; Förderung der globalen wirtschaftlichen Diversität statt der Globalisierung der Weltwirtschaft; Beendigung der Handel-für-Militärbasen-Deals mit den reichen ostasiatischen Ländern, nötigenfalls auch gegen deren Willen; Aufwertung des Begriffs »Verteidigung« im Verteidigungsministerium und dafür Sorge tragen, dass es seinem Namen auch gerecht wird; einseitige Reduzierung des Atomwaffenarsenals und Verkündigung des prinzipiellen Verzichts auf einen atomaren Erstschlag; Unterzeichnung und Ratifizierung des Landminenvertrags, Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags über die Einrichtung eines Internationalen Kriegsverbrechertribunals«.

Falls diese Schritte nicht eingeleitet werden, sieht Johnson eine Beschleunigung des Zerfalls des US-Imperiums. Sein Schlusssatz deckt sich mit der scharfsinnigen Analyse Emmanuel Todds: »Die Vereinigten Staaten sehen sich gerne als den Sieger des Kalten Krieges. Aller Voraussicht nach werden die, die in einem Jahrhundert zurückblicken, keinen Sieger erkennen können, vor allem dann nicht, wenn die Vereinigten Staaten weiter an ihrem derzeit imperialen Kurs festhalten«.

Bleibt zu hoffen, dass das absehbare Ende des US-Imperiums nicht mehr all zu viele Kriege, Tote und weiteres unsägliches Leiden wie im Irak nach sich zieht.●

Anmerkungen:

(1) vgl. dazu: Behrooz Abdolvand und Matthias Adolf, Verteidigung des Dollar mit anderen Mitteln. Der »Ölkrieg« im Kontext der kommenden Währungsbipolarität, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2003.

(2) Sidney E. Dean, Blick nach Amerika, in: Europäische Sicherheit 9/2002, S. 31.

(3) Hans J. Giessmann, Nordkorea – Washingtons »Next Target«?, in: Wissenschaft und Frieden 2/2003, S. 32.

(4) Hans J. Giessman, a.a.O., S. 30.

NETZ NRW NACHRICHTEN

Ausbildungsfibel 2003 – Tipps und Hilfen für Unternehmen, die neu in die Berufsausbildung einsteigen

Ausbilden lohnt sich! Jungen Menschen mit einem Ausbildungsplatz den Start ins Berufsleben zu ermöglichen, ist nicht nur für die Jugendlichen sondern auch für die Ausbildungsbetriebe von Bedeutung, denn: Ausbildung sichert den zukünftigen Fachkräftebedarf und schafft motivierte, im eigenen Betrieb erprobte Mitarbeiter/innen.

Die gedruckte Fassung der »Ausbildungsfibel 2003 – Tipps und Hilfen für Betriebe« kann auf schriftliche Bestellung bezogen werden bei:
Bundesanstalt für Arbeit, Referat 1c3, Postfach, D-90327 Nürnberg, Fax: (09 11) 179 35 55
Einzelexemplare werden kostenlos abgegeben. Ab vier Exemplaren wird je Exemplar eine Schutzgebühr von 1,28 Euro erhoben. Im Internet ist eine Kurzfassung der Ausbildungsfibel unter:
http://www.bibb.de/ausbildungsfibel.htm

Mini-Job-Broschüre

Das Bundessozialministerium informiert in seiner Broschüre »Geringfügige Beschäftigung und Beschäftigung in der Gleitzone« über die Neuregelungen.
http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/aktuelles/pm/bmgs03/bmgs2_3002.cfm

Unbekannt verzogen? – Anschriftenermittlung per Internet

EinE KundIn oder eineE SchuldnerIn taucht unter – abgemeldet nach unbekannt.
Aber deshalb auch unauffindbar?
http://www.supercheck.de

IDEE-Förderpreis 2003

Ab sofort können sich Existenzgründerinnen und Jungunternehmerinnen um den mit 75.000 Euro dotierten IDEE-Frauen-Förderpreis bewerben. Der Einsendeschluss für die Bewerbung ist der 30.06.2003.
http://www.frauen-ans-netz.de/

Kleinunternehmen-Förderung

Abbau der Bürokratie – dieses Ziel verfolgt die Bundesregierung mit dem Entwurf eines Kleinunternehmerförderungsgesetz. Kernpunkt aus steuerlicher Sicht ist der neue § 5b EStG. Diese Regelung sieht eine vereinfachte Gewinnermittlung vor. Künftig können – soweit die Betriebseinnahmen 17.500 Euro im Vorjahr und 50.000 Euro im laufenden Jahr nicht übersteigen – die Betriebsausgaben pauschal mit 50 Prozent der Einnahmen angesetzt werden. Lediglich die Betriebseinnahmen und Entnahmen müssen dann noch aufgeführt werden – weitergehende Aufzeichnungspflichten soll es nicht geben.
http://www.steuernetz.de/aktuell/kleinuntf.pdf

Selbstständig im Handwerk - Broschüre zum Download

Sie haben vor sich im Handwerk selbständig zu machen? Sie planen eine eigene Existenz im Nebenerwerb? Sie wollen einen Betrieb übernehmen? Sie sind InhaberIn eines Handwerksbetriebes und suchen eineN NachfolgerIn? Sie haben Fragen zu Rating?

Ganz gleich, was Sie vorhaben: Umfassende Information und gute Vorbereitung sind wichtige Grundvoraussetzungen für das Gelingen eines Vorhabens.
http://snurl.com/1crj

Home-Office – von zu Hause aus arbeiten

Für viele ist es ein Traum – für manche ist es eine Notwendigkeit: das Büro in der eigenen Wohnung. Die räumliche Verbindung von Arbeitsplatz und Wohnung bedeutet eine Verschmelzung von Job und Privatleben. Selbst wenn Sie einen deutlich abgegrenzten Arbeitsraum haben und buchstäblich die Tür zumachen können: Sie haben die Arbeit immer zu Hause präsent.

Offenbar ist das Home-Office nur für wenige Menschen tatsächlich ein Ideal. Auch wenn es vordergründig für viele praktisch ist: Beim näheren Nachfragen kommen die Feinheiten des Pro und Contra heraus.
http://www.netz-nrw.de/link.php?id=21

Öko-Acker im Internet – Informationssystems Integrierte Pflanzenproduktion

Einen intelligenten Weg, den Computer in Sachen umweltfreundliche Pflanzenproduktion wirkungsvoll vor den eigenen Pflug zu spannen, bietet ein neues Informationsportal aus Niedersachsen. Unter (http://www.isip.de) ISIP.de finden Landwirte jetzt qualitativ hochwertige und dennoch benutzerfreundlich aufgearbeitete Informationen für eine umweltfreundliche Pflanzenproduktion. Der Clou des Informationssystems Integrierte Pflanzenproduktion (ISIP): Der Landwirt kann nicht nur Daten abfragen, er kann mit dem System in einen Dialog treten, indem er Daten seiner Ackerflächen, der angesäten Pflanzenarten und/oder der verwendeten Düngemittel angibt. ISIP verknüpft diese Informationen mit aktuellen externen Daten und gibt dann Empfehlungen zu weiteren Maßnahmen des Pflanzenbaus und des Pflanzenschutzes. Das unabhängige Beratungssystem der Landwirtschaftskammern und Bundesländer ist dabei auch technisch auf der Höhe der Zeit: Per SMS oder eMail werden automatisch Warnmeldungen vor Schaderregerbefall an betroffene Landwirte versandt.
http://www.netz-nrw.de/link.php?id=8

Englisch Lernen – Online

Englisch an allen Orten. Nicht nur in der Computerwelt, auch im beruflichen Alltag ist die englische Sprache mittlerweile unerlässlich. Möchten Sie Ihre Kenntnisse auffrischen? Und das auch noch kostenlos?
http://www.netz-nrw.de/link.php?id=11

»GEGEN DIE ARBEIT – FÜR DAS LEBEN«

Vernetzen gegen die Arbeit

Am Dienstag, den 6. Mai 2003 demonstrierten in Erfurt ca. 100 Arbeitende und Nicht-Arbeitende gemeinsam vor dem Sozialamt und auf dem Anger »Gegen die Arbeit – für das Leben«. Wichtiger als die Demo war den OrganisatorInnen die Diskussion.

Mit Sonnenschirm und Liegestuhl gegen den Arbeitswahn

Kalle, Erfurt ● Ein diffuses Vorbereitungsbündnis von »Arbeitenden und Nichtarbeitenden aus Thüringen« hatte aufgerufen, die Kritik an der Arbeit als gesellschaftliches Prinzip auf die Straße zu tragen. Wichtiger als die Mobilisierung von möglichst vielen Menschen zur Demo war dem Bündnis dabei, eine grundsätzliche Diskussion um die Arbeit anzustoßen. Deswegen fanden im Vorfeld der Demonstration mehrere Veranstaltungen statt, bei denen die Arbeitskritik bei GewerkschafterInnen, Parteien und Initiativen ins Gespräch gebracht wurde.

Kaum verwunderlich war dabei, dass schon am Anfang die größte Schwierigkeit darin bestand, den Arbeitsbegriff klar zu fassen. »Gerade bei Gewerkschaften und linken Parteien gibt es das Problem, dass Arbeit als Naturnotwendigkeit verstanden wird.«, sagt Anton von den OrganisatorInnen und fügt hinzu: »Aber Arbeit ist nur eine historische entstandene Form, in der Menschen Dinge herstellen. Arbeit ist die Produktion für den Tausch, mit dem Ziel, aus Geld mehr Geld zu machen, über den Umweg der Ware. Wer den Ackerbau eines Bauern im Mittelalter als Arbeit bezeichnet, projiziert damit die moderne und kapitalistisch geprägte Sicht der Dinge auf die ganze Menschheitsgeschichte.«

Weitere Irritationen rief das Fehlen einer Alternative im Aufruf zur Demonstration hervor. Gerade bei bewegungsorientierten Gruppen wurde eindringlich darauf gedrungen, »doch mal zu sagen, was wir jetzt machen sollen«, denn: »Es wird ja immer nur kritisiert und nicht gesagt, wie es besser gehen soll« – so eine Vertreterin von Attac. Von einer Organisation, die ausschließlich damit beschäftigt ist, Verbesserungsvorschläge zu machen, verwundert diese Einschätzung. So wenig sie zutrifft, denn Politik ist ja gerade die Aushandlung des Machbaren, macht sie deutlich, dass diejenigen, die auf ein Übel hinweisen, auch gleich noch das Kochrezept zu seiner Auflösung mitliefern müssen. Wer das nicht tut, wird als Utopist gebrandmarkt.

Die ArbeitsgegnerInnen spielen den Ball zurück: »Utopisch und weltfremd sind die, die meinen, die Krise der Arbeitsgesellschaft ließe sich lösen, indem wir zum sozialstaatlichen Modell und keynesianischer Regulierungspolitik zurückkehren. So lange Arbeit, Ware, Wert und der Äquivalententausch den beherrschenden gesellschaftlichen Zusammenhang herstellen, werden Menschen und Natur immer nur als Arbeitskraftbehälter und Rohstoffquelle Bedeutung haben.«

Überraschender als die ablehnende Haltung bei den Diskussionen war für die OrganisatorInnen das positive Echo von zahlreichen Gruppen und Einzelpersonen. 15 Initiativen aus Thüringen und Sachsen haben den Aufruf zur Demonstration unterstützt und zahlreiche E-Mails und Briefe bekundeten Zuspruch und Interesse an der Diskussion, die auf jeden Fall weiter geführt werden soll.

Schon vor der Demo, nämlich am 1.Mai, haben sich in Erfurt und Leipzig ArbeitskritikerInnen an den Gewerkschafts-Festen beteiligt und mit Sonnenschirm und Liegestühlen gegen den Arbeitswahn gefaulenzt – sehr zur Verwirrung der KollegInnen und GenossInnen von DGB, SPD und PDS, aber nicht ohne Zustimmung: »Sehr angenehm ist, dass viele Leute offen und interessiert auf unsere Kritik eingehen. Aber wir sagen auch deutlich, dass wir Menschen, die arbeiten gehen, nicht für blöd halten und die Lösung nicht in individueller Verweigerung sondern in einem grundsätzlichen Systemwechsel sehen.«, sagt Berta im Liegestuhl zwischen Bratwurststand und KPD-AgitatorInnen.

Nach der Demonstration fand eine abschließende Veranstaltung statt, bei der die Arbeitskritik tiefergehender als bei den Veranstaltungen in Vorfeld diskutiert wurde. Auch diese Diskussion kam nicht ohne die leidige Verwirrung um den Arbeitsbegriff aus. Dafür wurde mehr über Spielräume und Interventionsmöglichkeiten gestritten – von »Individuell kann man gar nicht machen« über »Vernetzen, um den Zumutungen gemeinsam besser entgegen treten zu können« bis zu »Organisierter Kaufhausklau« war alles zu hören.

Dass die Vernetzung an der grundsätzlichen Kritik am Modus der Produktion und Verteilung weiter gehen wird, ist indes keine Frage mehr: Als nächste Aktion ist eine bundesweite Demonstration vor dem Bundeskanzleramt in Planung.

Wer sich an der Diskussion und Vernetzung gegen die Arbeit und für das Leben beteiligen möchte, kann sich per Mail an ameisen@arranca.de wenden. Texte und Informationen gibt es im Internet unter http://ameisen.arranca.de●

Jugendkulturen von innen betrachten

Redaktion Heidelberg ● Um über Jugendkulturen tatsächlich etwas aussagen zu können, kommt man an der Beschäftigung mit ihren Fanzines nicht vorbei. Sie stellen die Sprachrohre jugendlicher Subkulturen dar. Das Wort »Fanzine« setzt sich aus den englischen Begriffen »fan« und »magazine« zusammen. Das macht bereits klar, worum es sich dabei dreht: Um ein Magazin von Fans für Fans. Bei einem klassischen Fanzine handelt es sich um ein kopiertes Heft, das selbstverlegt wird, meist eine geringe Auflage von wenigen hundert Stück hat und dessen Verkaufspreis gerade einmal die Kosten deckt. Es dient der szeneinternen Diskussion und aufgrund seines persönlichen Charakters oft auch als Medium zur Selbstdarstellung seiner Herausgeber.

Seit seinen Anfängen hat das Archiv der Jugendkulturen etwa 12.000 Fanzines zusammengetragen. Es besitzt damit die größte öffentlich zugängliche Sammlung dieser Underground-Zeitschriften in Deutschland. Sein Bestand umfasst Fanzines von den 70er Jahren bis heute, u.a. aus den Bereichen Punk, Skinheads, Dark Wave, Science Fiction, Fantasy, Independent, Techno und Heavy Metal.

Bislang war die Arbeit mit Fanzines schwierig. Den Heften fehlt nicht selten ein Impressum oder Inhaltsverzeichnis und oft sind nicht einmal Herausgeber, Erscheinungsjahr und Ort bekannt, an dem es veröffentlicht wurde. Die Suche nach bestimmten Themen war deshalb extrem zeitaufwendig und nervenaufreibend. Ein Grund dafür, warum sich Forscher und Journalisten bei ihren Recherchen bisher kaum auf Fanzines gestützt haben.

Um seinen Nutzern den Zugang zu dieser »Guerilla-Literatur« zu vereinfachen, arbeitet das Archiv der Jugendkulturen seit Beginn diesen Jahres mit Unterstützung der Kulturstiftung des Bundes an der inhaltlichen und formalen Erfassung seines Fanzine-Bestands in einer elektronischen Datenbank. 2.500 Fanzines können bereits online über die Homepage des Archivs (http://www.jugendkulturen.de) abgerufen werden. In der Internetdatenbank kann nach Titel, Erscheinungsjahr, Schlagwort und Autor recherchiert werden. So wird auch die Suche nach speziellen Themen möglich, die bislang noch kaum bearbeitet worden sind:

- »Das Bild der DDR-Punk-Szene der 80er Jahre in den Szeneberichten westdeutscher Fanzines«,
- »Die Diskussion innerhalb der Skinheadszene zu den Pogromen in Rostock 1992«,
- »Die szeneinterne Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Tendenzen in der Dark Wave-Szene«,
- »Die Wahrnehmung von Frauen in der Heavy Metal-Szene«

sind nur einige wenige denkbare Felder, die sich dabei eröffnen.

Mit der Recherche in seiner Datenbank bietet das Archiv der Jugendkulturen einen in Europa einmaligen Service an. Es schafft damit die Möglichkeit, über die bisherige journalistische und wissenschaftliche Arbeit hinaus, Jugendkulturen von innen zu betrachten und zu verstehen.●

Kontakt: Archiv der Jugendkulturen e.V., Fidicinstr. 3, D-10965 Berlin, Tel.: (0 30) 694 29 34, Fax: 691 30 16
www.jugendkulturen.de

MANNHEIM: HANDWERKERGENOSSENSCHAFT E.G.

Die RobinKruso-Insel

1981 wurde die Handwerkergenossenschaft e.G. in Ludwigshafen als Betrieb in Selbstverwaltung gegründet. Die beiden ersten Jahre war die Genossenschaft ausschließlich als Schreinerei tätig. Seit 1983 ist das Unternehmen im Handelshafen Mannheim ansässig und erweiterte das Angebot um eine Autowerkstatt. 1987 kam das Fachgeschäft RobinKruso hinzu.

Redaktion Heidelberg ● Das war ein wichtiger Schritt zur Profilierung als Anbieter für Naturwaren im Bereich Schlafen und Wohnen. 1994 wurde die Autowerkstatt geschlossen. Gleichzeitig wurde das Angebot um den ökologischen Innenausbau erweitert. Die Genossenschaft hat sich mittlerweile im Rhein-Neckar-Raum als führender Komplettanbieter für ökologische Produkte und Dienstleistungen etabliert. Zur Zeit arbeiten bei RobinKruso 8 BetriebsinhaberInnen mit 11 MitarbeiterInnen.

Das Angebot umfasst alle Bereiche beim Einrichten und Ausbauen. Produziert und verkauft wird nach den Leitlinien der Genossenschaft Ökologie, Qualität und Design.

Herausforderung

Seit 1983 ist die Genossenschaft auf dem Gelände am Linken Ufer des Verbindungskanals. Die Gebäude waren von der Deutschen Bahn AG angemietet. Das Gelände selbst gehört dem Hafenamt Mannheim. Ende dieses Jahres läuft der bisherige Mietvertrag aus und die Genossenschaft steht vor der wichtigen Frage: Dableiben oder Weggehen.

Nach reiflicher Überlegung hat sich die Genossenschaft RobinKruso für's Dableiben entschieden. Sie hat sich am Verbindungskanal etabliert und über die Jahre ein »Refugium« geschaffen. Ein neuer Standort hätte größere, finanzielle Belastungen zur Folge gehabt. Und schließlich ist RobinKruso seinen KundInnen seit 20 Jahren bestens bekannt.

Nach Verhandlungen mit den beteiligten Vermietern kam es zu einem guten Ergebnis, mit dem Hafenamt konnte ein langfristiger Mietvertrag über 30 Jahre abgeschlossen werden und von der Bahn AG können 2/3 der Gebäude erworben und im November 2003 übernommen werden. Die anderen Gebäude werden abgerissen. Damit konnte der Standort erhalten und gefestigt werden. Die 19 Arbeits- und Ausbildungsplätze bei RobinKruso sind gesichert und die Laufzeit lässt eine langfristige Unternehmensplanung zu.

Aufgaben

Die Schreinerei wird bis Ende Oktober 2003 umziehen. Das jetzige Lager wird zur Schreinereiwerkstatt umgebaut werden. Auch die anderen Gebäude müssen erheblich renoviert und saniert, die Verkaufsräume modernisiert und schrittweise vergrößert werden. Während des Umbaus soll der Betrieb nicht geschlossen werden. Ziele sind Konzentration und Modernisierung, damit die Angebote von RobinKruso besser präsentiert werden können.

Investitionen

Nach einem detaillierten Investitionsplan werden ca. 200.000 Euro benötigt. Ein Teil der Summe kann durch eigene Mittel finanziert werden. Wo möglich, will die Genossenschaft Arbeiten in Eigenleistung erbringen. Für den anderen Teil muss Fremdkapital aufgenommen werden. Aufgrund der wirtschaftspolitischen Situation und bisheriger Erfahrungen möchten die GenossInnen dabei möglichst unabhängig von Banken bleieben und agieren. Deshalb werden KundInnen und FreundInnen gesucht, die den Betrieb finanziell unterstützen.

Es werden zwei Modelle zur Unterstützung des ökologischen und genossenschaftlichen Unternehmens angeboten:

Die Stille Beteiligung (ab 1.000 Euro möglich)
- Mit Beteiligung an zukünftigen Unternehmensgewinnen
- Stärkung des Eigenkapitals von RobinKruso

Direktkredit (ab 300 Euro möglich)
- mit einem attraktiven Zinssatz von 4,5%●

Kontakt:
RobinKruso, Verbindungskanal linkes Ufer 20-24, D-68159 Mannheim, Tel. (06 21) 170 26 21 (Herr Hoppner, 14 bis 18 Uhr), E-Mail: RobinKruso@t-online.de, Web: www.robinkruso.de

Support your local Buchladen!

Die BiBaBuZe wurde 25

1977, mitten im Deutschen Herbst, wurde die Bilker Basis Buch Zentrale als Buch- und Infoladen gegründet. Angetreten sind die MacherInnen mit dem Vorhaben, Strukturen zur Gegeninformation zu schaffen und kollektive Arbeitsformen zu realisieren. In den Achtzigern wurde in der Politszene, bei Hausbesetzungen und beim Volkszählungsboykott mitgemischt. Was macht einen linken Buchladen heute aus?

Klar, wer ein Buch zur Geschichte Linker Bewegungen sucht, Aktuelles zu Ökonomiekritik oder zeitgenössische afrikanische Literatur, geht nicht als erstes zum Sternverlag... Die BiBaBuZe hat sich aber weitaus mehr auf ihre Fahnen geschrieben, als die Pflege eines ausgesuchten Büchersortiments: Zusammen mit der Robert Burns Gesellschaft Düsseldorf e.V. werden nicht nur regelmäßig AutorInnenlesungen veranstaltet, sondern auch Diskussionsforen zu historischen Themen und aktueller Politik organisiert. Die Veranstaltungsreihe »Negationen – Zumutungen aus 100 Jahren«, die im Herbst 2000 an den Start ging, hat den Anspruch »Gesellschaftstheorie diskussionswürdig zu halten«, weswegen es mit Veranstaltungen zu einzelnen Aspekten in den Werken Giordano Brunos, Karl Marx', Karl Kraus' und Gilles Deleuzes/Felix Guattaris auch gleich ans Eingemachte ging. Im letzten Frühling wurde u.a. um Noam Chomskys Imperialismuskritik und Guy Debords Theorie des Spektakels gestritten, und für dieses Frühjahr stehen, wie sollte es anders sein, Veranstaltungen rund um den Komplex »Globalisierung« ins Haus (das »Empire« lässt grüßen).

Wichtig ist den MacherInnen die Debatte, die Auseinandersetzung der LeserInnen miteinander um den Text, weshalb die meisten der Veranstaltungen auch im Kaffe-Klub der Roten Dichter stattfinden, dem gemütlichen Hinterzimmer der Buchhandlung. Hier gibt es auch ständig wechselnde Ausstellungen, weil zum Lesen, Rotweintrinken und Debattieren die Kunst schließlich irgendwie dazugehört. Ganz schön was los für 'nen ollen Buchladen. Nebenbei organisiert das Buchladenkollektiv auch noch Kooperationsveranstaltungen mit der Mahn- und Gedenkstätte, der komma, dem Heinrich-Heine-Salon und anderen Düsseldorfer Initiativen, besorgt leckere Weine, stellt völlig unkompliziert Büchertische zu allen erdenklichen Themen zusammen und besorgt so ziemlich jedes Buch, was man haben will. Ein netter Laden eben ...●

KRÜMEL

Aus terz, November 2002

BiBaBuZe. Literatur und Politik. Aachener Straße 1, Düsseldorf Bilk Geöffnet täglich von 9.30 bis 18.30 Uhr (samstags bis 14 Uhr)

WIND GEGEN ATOM

Alternative Region Wendland

Als in Deutschland mit der (wirtschaftlichen) Nutzung der Kernenergie begonnen wurde, war eigentlich klar, dass Reststoffe, die sehr lange strahlen und deswegen sehr gefährlich sind, sehr sicher entsorgt werden müssen. Eine Option war die Einlagerung in tiefe geologische Schichten. Der Standort Gorleben im Wendland, scharf an der Grenze zur ehemaligen DDR und nahe der Elbe, wurde als zentrale unterirdische Deponie ausgewählt.

Von Rolf Brinkmann ● Dieser Sachverhalt hat seit den späten Siebzigern die Region, beginnend mit zum Teil sehr großen Demonstrationen (bis zu 100.000 TeilnehmerInnen und 30.000 PolizistInnen und Kosten von 111 Mio. DM bei einem Ereignis), in vieler Hinsicht völlig verändert. Heute ist der Kreis Lüchow/Dannenberg dadurch gekennzeichnet, dass gut organisierte Initiativen gegen Endlager und Atom (etwa 30 Gruppen) vernetzt sind, wie geschmiert und intelligent agieren und die politische Landschaft, ja eigentlich auch das Bewusstsein in der Region, vollkommen anders sind. Beteiligte haben Konzepte hauptsächlich bezüglich der naheliegenden alternativen Erzeugung und Einsparung von Energie entwickelt und umgesetzt, die auch kommerziell funktionieren. Zum besseren Verständnis wird zu Beginn die Entwicklung rekapituliert.

Traktorblockade im Wendland 1997

Foto: Matthias Lüdecke/cwi

Kernenergie/Entwicklung in Deutschland

Die Atomwirtschaft in Deutschland ist an einem Scheitelpunkt angelangt: nach dem sogenannten Atomkonsens von 2000 zwischen Bundesregierung und Betreibern, den Energieversorgungsunternehmen (EVUs), soll etwa noch einmal so viel Strom (2.600 Terrawattstunden) hergestellt und damit radioaktive Abfälle erzeugt werden, wie in der Vergangenheit schon produziert wurde/angefallen sind. Seit über dreißig Jahren sind etwa 180.000 m^3 (alte und neue Bundesländer) strahlende Reste übrig geblieben. 63.000 m^3 hiervon sind in Asse bei Wolfenbüttel und Morsleben (ex DDR) eingelagert. Der Atomkonsens impliziert auch, dass das AKW Obrigheim, das dieses Jahr geschlossen werden sollte, weiter laufen darf und auch die umstrittene Pilotkonditionierungsanlage (PKA) Gorleben weiter betrieben werden dürfte. Das mit Abstand größte EVU ist die RWE, dann kommen PreußenElektra, Bayernwerk und fünf kleinere (VEW, HEW, EVS, Badenwerk, Bewag). Diese Gruppe kontrolliert 90% des Strommarkts in Deutschland. Die EVUs, die mit anderen Wirtschaftszweigen stark verflochten sind, gelten mit einem Jahresumsatz von rund 100 Milliarden DM als die einflussreichste Unternehmensgruppe Deutschlands.

In den 60ern wurde in der BRD erstmalig die Kernenergie für »friedliche Zwecke« eingesetzt. Die Herstellung von elektrischem Strom – neben medizinischen Anwendungen – auf so »einfache« Art, muss damals vielen wie ein Wunder erschienen sein. Andere Länder waren hier inzwischen schon weiter. Sie hatten jedoch das Hauptaugenmerk auf die militärische Verwendbarkeit gelegt. Zum Glück war Deutschland von letzterer Entwicklung ausgeschlossen.

Spätestens seit den schrecklichen Folgen der Bombenabwürfe in Japan und den Krebserkrankungen nach oberirdischen Tests in den USA, war die immense Gefährlichkeit der frei werdenden Strahlung klar. In Westdeutschland zieht sich ein regelrechter Streifen kerntechnischer Anlagen von Süden nach Norden durch die Republik. Hauptsächlich auf Grund von Bürgerprotesten sind die AKWs Mülheim-Kärlich und Whyl, die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, der Schnelle Brüter in Kalkar und die Atomanlage von Siemens in Hanau stillgelegt worden. In der DDR vollzog sich eine ähnliche Entwicklung wie bei uns: es gab Kernkraftwerke (AKWs) in Rheinsberg, Greifswald, Stendal, einen Versuchsreaktor bei Dresden und ein Endlager in Morsleben. Wiederaufbereitung von erschöpften Brennelementen findet heute statt in La Hague, Frankreich und Sellafield, England.

Entsorgung

Grundsätzlich waren vier Endlager für strahlendes Restmaterial in Deutschland vorgesehen: Asse bei Wolfenbüttel, Morsleben, Schacht Konrad bei Salzgitter und Gorleben. Faktische Endlagerung hat auch in Karlsruhe stattgefunden. Asse und Morsleben sind als Endlager ausgeschieden. Inzwischen wird auch bei Konrad und Gorleben nicht mehr von Endlagerung gesprochen. Zwischenlagerung war anfänglich vorgesehen in Ahaus, Greifswald und Gorleben. Unter dem Druck nicht vorhandener Lagerkapazität sind jedoch inzwischen bei den AKWs Zwischenlager vorgesehen oder schon in Betrieb. Gorleben war als zentrales Endlager auserkoren worden und 1977 wurde der Standort erstmalig als »Nukleares Entsorgungszentrum« benannt. Es war sehr bald klar, dass es sich um eine politische Entscheidung handelte: das Wendland grenzt scharf an die ehemalige DDR und auf der »anderen Seite« konnte ja keineR demonstrieren. Offizielle Proteste der DDR blieben aus. Dafür wurde im Osten, auch nahe der Grenze (zu Niedersachsen), das Endlager Morsleben in Sachsen-Anhalt eingerichtet.

Flächenmäßig waren für das Endlager Gorleben 12 km^2vorgesehen. Es besteht der Verdacht, dass ein Waldbrand mit Absicht gelegt wurde, um die entsprechenden Landeigentümer verkaufswillig zu machen. Die knappe Hälfte der vorgesehenen Fläche konnte Landwirten 1978 abgekauft werden. Der Großgrundbesitzer Graf Bernstorff, dem der größere Teil gehört, weigert sich bis heute, auch nur einen m^2 zu verkaufen. Inzwischen hat er sich Salzrechte gesichert, so dass eine Enteignung schwieriger ist. Je nach Zweckmäßigkeit werden von den Behörden das Berg- oder das neu geschaffene Atomrecht eingesetzt, um Ansprüche durchzusetzen.

Beim »Salzstock«, in dem die Einlagerung erfolgen sollte, handelt es sich um eine in zylindrischer Form vertikal stehende große Masse von unterirdischem Salzgestein. Andere Lagermöglichkeiten oder Wirtsgesteine wurden gar nicht oder nur halbherzig untersucht. Zu dieser Zeit war die Möglichkeit, strahlende Reste mit Raketen »in die Sonne« zu schießen, schon wegen Unwägbarkeiten zu den Akten gelegt worden. Die Einlagerung auf/in einem Südseeatoll ist noch im Gespräch. Weltweit gibt es bis heute keine Endlager. In den USA wird zur Zeit für diesen Zweck ein Gebirge in der Nähe von Las Vegas untersucht. Es stellte sich bald heraus, dass der Gorlebener Salzstock nicht gut für eine Endlagerung für radioaktive Stoffe mit z.T. Halbwertzeiten (die Zeit, in der die Stoffe jeweils nur noch die Hälfte der gefährlichen, weil krebserregenden Strahlungsintensität haben) von bis zu 20 Mio. (!) Jahren. Zum Einen ist ein dichtes (Strahlen abhaltendes) Deckgebirge nicht durchgängig vorhanden und zum Anderen besteht die Gefahr, dass Wasser durch das Lager sickert und so Radioaktivität in Grund- und Oberflächenwasser befördert wird. Nach amerikanischen Sicherheitskriterien wäre der Standort nie in Frage gekommen. Der Plan in Gorleben war, zwei Schächte von je elf m Durchmesser 840 m abzuteufen. Nach 260 m ist der Salzstock erreicht. Von einem Schacht abgehend sollten die Räume für die Einlagerung geschaffen werden.

An der Oberfläche gibt es bereits eine nicht in Betrieb befindliche Pilotkonditionierungsanlage (PKA). In dieser Einrichtung soll – einfach ausgedrückt – das Material so verpackt werden, dass es gut eingelagert werden kann. Eine hier ursprünglich auch vorgesehene Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) musste 1979 wegen starkem Protest aufgegeben werden, ebenso der Plan, die WAA im 25 km entfernten Dragahn zu bauen. Hieraus resultierte 1985 das Vorhaben, die Anlage im oberpfälzischen Wackersdorf einzurichten.

Die sogenannten Castoren (gußeiserne Behälter) dienen zum Rücktransport des Materials aus Sellafield und La Hague. In Gorleben werden z.Z. oberirdisch Behälter mit radioaktivem Material in einfachen Hallen gelagert, unter anderem etwa 25 Castoren mit je 5-6 Tonnen hochradioaktiven Abfällen und etwa 120 to Gesamtgewicht und einige tausend Fässer Betriebsabfälle von Atomanlagen. Tatsächlich fallen nicht nur sehr gefährliche Abfälle aus den AKWs an, sondern auch (weniger stark strahlende) aus dem medizinischen Bereich und die Überreste stillgelegter Anlagen. Eingelagerter Atommüll der mittel- und hochradioaktiven Art entwickelt Wärme, was besondere Ansprüche an das Umgebungsmaterial stellt. Auch insofern ist der Salzstock problematisch. Von den Fässern mit schwachradioaktiven Abfällen und organischen Substanzen (die hier illegal hineingelangt sind), sind auch schon welche geplatzt. Chlorgas und Radioaktivität wurden freigesetzt. In der Vergangenheit waren die in Frage stehenden Stoffe auch schon mal in Zement eingegossen oder mit Bitumen verfestigt worden, auch Eingießen in Glas (sogenannte Kokillen) ist gängige Praxis. Konditionierungseinrichtungen befinden sich auch in Karlsruhe, Jülich und Duisburg. In Schweden werden radioaktive Abfälle auch verbrannt.

Mindestens in einem Fall, beim Einschmuggeln von über 1.000 Fässern Atommüll aus Belgien nach Gorleben, wurde bekannt, dass erhebliche Schmiergelder gezahlt wurden, um sehr gefährliche plutoniumhaltige Abfälle illegal zu entsorgen.

Widerstand

Das Wendland mit den Städten Lüchow und Dannenberg, nach denen der Landkreis benannt ist, war seit Längerem Rückzugsraum für KünstlerInnen und WochenendurlauberInnen aus Berlin und Hamburg. Dieses großstädtische Potential erwies sich jetzt als Plus und aktivierte weitere Bevölkerungsteile im Sinne von Widerstand gegen das geplante Endlager. Die einheimische Bevölkerung gilt als eigensinnig und widerborstig, ja sogar in gewisser Weise streitsüchtig. Diese Kombination erwies sich nun als gefährliche Mischung und war eine schlechte Voraussetzungen für die Durchsetzung der ungeliebten geplanten Anlagen. Obwohl viel Geld vom Bund mit dem Ziel der Akzeptanz des Endlagers über die Landesregierung Niedersachsen in den Kreis Lüchow/Dannenberg (etwa deckungsgleich mit dem Wendland) geschleust wurde, nahm der Widerstand gegen die Anlagen immer stärker zu. Proteste kamen jetzt von allen Seiten. Die Fremdenverkehrswirtschaft hatte Angst um ihr Geschäft in der landschaftlich schönen Gegend. Massiver Protest kam von den Bauern, die sich in die Enge getrieben sahen, da sie natürlich nicht wegziehen konnten, weil man Ackerland nicht mitnehmen kann. Die größte Demonstration fand nach dem GAU (größter anzunehmender Unfall) beim AKW in Harrisburg, USA, 1980 statt: 100.000 Menschen versammelten sich in Hannover. Ein anderer trauriger und Protest verstärkender Höhepunkt war natürlich der Supergau von Tschernobil 1986, der die »halbe Welt« verseuchte und zu 120.000 Toten führte. Aber auch in Deutschland hat es Unfälle und beinahe-Katastrophen gegeben. Nur mit viel Glück ist es nicht zu GAUs bei uns gekommen. Soweit bekannt, gibt es für solche Situationen keine Notfallpläne, weil man in einem solchen Fall sowieso nicht wirklich helfen kann. Außerdem existieren auch keine Versicherungen für entsprechende Ereignisse. Gegen einen Flugzeugabsturz sind AKWs auch nicht vollständig gesichert.

Inzwischen gibt es um die 30 Gruppen, die in der Bürgerinitiative Lüchow/Dannenberg (BI, etwa 1.000 Mitglieder) organisiert sind, hierzu gehören z.B. die »Bäuerliche Notgemeinschaft«, ÄrztInnen, »Gorleben Frauen«, christliche Initiativen (jeden Sonntag »Gorlebener Gebet«). Eine »Initiative 60« gibt es ebenso, wie SchülerInnen-/Jugendgruppen. In den einzelnen Orten gibt es »Castor-Gruppen«. Die BI ist national und international vernetzt. Dies hat möglicherweise auch schon dazu geführt, das inzwischen auch in Frankreich gegen Castor-Transporte demonstriert wird. Was hier insgesamt an Öffentlichkeitsarbeit, intelligenter Planung, Organisation, Logistik und innovativen Aktionen seit Jahrzehnten in Szene gesetzt wird, wäre allen professionell von ExpertInnen projektierten entsprechenden Maßnahmen mindestens ebenbürtig. Wahrscheinlich sind die Amateur-Aktionen sogar effizienter, weil hier Herzblut als besondere Antriebskraft eine wesentliche Rolle spielt.

Die Gaststätte »Meuchefitz« im gleichnamigen Dorf ist kultiger Treffpunkt der Szene. Nach Einschätzung von Beteiligten ist die übergroße Mehrheit der 51.000 BewohnerInnen des Landkreises gegen die Anlagen. Von 1985 bis 1996 konnten alle Transporte von Strahlenmüll ins Wendland mit Demos verhindert werden. 1996 kam der erste Castor-Transport durch. Nötig war hierfür der größte Polizeieinsatz der deutschen Nachkriegsgeschichte: 30.000 BeamtInnen; die Kosten beliefen sich auf 111 Mio. DM. Danach kamen pro Jahr ein bis zwei Transporte in Gorleben an, wobei der Polizeieinsatz immer sehr groß war. Die Anzahl der Demonstrierenden belief sich jeweils auf bis zu 10.000 aus dem Wendland und 20.000 Angereiste. Die Bäuerliche Notgemeinschaft nahm mit bis zu 800 Traktoren teil. Hüttendörfer wurden als Widerstandsmaßnahmen errichtet und die Fördertürme der Schachtanlagen erklettert/besetzt.

Demonstrationen richten sich in den letzten Jahren hauptsächlich gegen Castor-Transporte. Nach Erkenntnis der »Fachgruppe Radioaktivität«, die fachlichen Rat bzgl. dieser potenziell tödlichen Gefahr gibt, sind auch die PolizistInnen, die Transporte begleiten, gefährdet. Was DemonstrantInnen an folterähnlicher Brutalität (unter anderem Fußtritte, Fingerstechen in Augen und Nase) von Polizei und Grenzschutz bei stark eingeschränktem Demonstrationsrecht erlebt haben, spottet jeder Beschreibung. Wasserwerfereinsätze und Knüppelorgien sowie das Hetzen von Hunden auf Demonstrierende sind wesentliche und gängige Maßnahmen. Planen, unter denen sich DemonstrantInnen gegen das mit hohem Druck verspritzte Nass aus den Wasserkanonen schützen wollten, wurden von oben mit Messern durchschnitten und von PolizistInnen sollen in konzertierter Aktion und größerem Umfang auch schon Steine geworfen worden sein. Provokationen durch die Staatsorgane mit der Absicht zu kriminalisieren, hat es wohl oft gegeben. Es ist davon auszugehen, dass BürgerInnen- und Demorechte vor allem durch das neue Atomrecht massiv eingeschränkt sind. Robert Jungk hatte wohl recht mit seinen Warnungen vor dem Atomstaat. Dass Protestierende auch schon mal ICEs gestoppt und Bahnschwellen durchtrennt haben, ist allerdings eine andere Sache.

Foto: Timo Vogt

Der Widerstand hat den Eindruck, dass die Gerichtsbarkeit sich tendenziell auf die Seite der Behörden und der Atomwirtschaft schlägt. Parteipolitisch gesehen, war die am dünnsten besiedelte Gegend in der BRD früher stark CDU-lastig. Heute gibt es sogar in der CDU eine Untergruppe, die sich »Christdemokraten gegen Atomkraft« nennt. Die Grünen spielen seit Längerem natürlich eine wesentliche Rolle. Inzwischen gibt es aber auch eine grünenkritische kommunale Liste Wendland. Innerhalb der Polizei hat sich eine der Bewegung wohl gesonnene Gruppe namens »kritische Polizisten« gebildet. Zeitweilig waren der Bewegung positiv gesinnte PolitikerInnen bzw. Mitglieder der Initiativen in Parlamenten auf allen Ebenen, bis hinauf nach Brüssel, vertreten.

Das Oberziel der Bewegung ist zweifelsohne der soforti-

Fortsetzung auf Seite 11

Verzicht auf Lernzwang

Bildung für Alle ?

Schulpflicht und Lernfreiheit

Viel beschrieben sind die psycho-pädagogischen Folgen der vorliegenden Lernbedingungen und der von oben vorgegebenen Lerninhalte, die Kinder und Eltern in Stressew bringen, die manche Kinder krank machen. Eltern starren auf die Schule wie das Kaninchen auf die Schlange. Sie halten still, solange ihre Kinder in der Schule »funktionieren«.

von Frercks Hartwig, Redaktion Heidelberg ● Vielleicht hoffen sie, dass ihre Kinder eine nette LehrerIn finden, die ihnen die Schattenseiten der Beschulung erträglich macht und darauf, dass ihre Kinder nicht zu dem Drittel der SchülerInnen gehören werden, die massiv unter den einseitigen Lernbedingungen in der Schule leiden. Obwohl Schule Streit in die Familien trägt und oft genug das Vertrauensverhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen zerstört, wagt niemand ernsthaft, die Schule insgesamt in Frage zu stellen: ohne Schule kein Auf- oder Einstieg in eine erfüllte Zukunft und in gesellschaftliche Anerkennung.

Innere Reformen heißt die Zauberformel, mit der die Hoffnung auf einen Wandel der Schule verknüpft wurde und wird. Doch die Bilanz der vergangenen Jahrzehnte ist vernichtend. Sämtliche Reformbemühungen scheinen gescheitert. Zwar haben reformpädagogische Ansätze den Weg in die staatlichen Schulen gefunden, doch auch Montessori-, Freinet-, oder Waldorfpädagogik konnten nichts Grundsätzliches an den Strukturen schulischen Lernens ändern. Die Veränderungen in der Grundschulpädagogik

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

haben vielleicht den Einstieg für viele Kinder erleichtert, doch die Lernvorgaben bleiben: Lesen und Rechnen, so die Annahme, müssen halt zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort gelernt werden. Wer nicht mitzieht scheidet irgendwann aus und wird degradiert. Es dauert in der Schullaufbahn dann nicht lange, bis die Kinder die Philosophie des heimlichen Lehrplans verinnerlicht haben: Lernen in Angst und Langeweile, Unterdrükkung von Gefühlen, Unterordnung unter Fremdbestimmung, Verleugnung der eigenen Interessen, Aussperrung der Lebenswirklichkeit, Konkurrenzorientierung, und so fort. Der vermeintliche »pädagogische Auftrag« der Schule, den Anspruch des jungen Menschen auf Bereitstellung aller Möglichkeiten zur Erreichung seines individuellen Lebensziels einzulösen, offenbart sich so als polit(päd-agog)ische Konstruktion.

In den Bildungsplänen wird der Schule zugeschrieben, dass sie eine »Erziehung der Jugend zu freien, verantwortungswürdigen und mündigen Bürgern«, zu »Wahrnehmung von Verantwortung, Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft sowie der ihn umgebenden Gemeinschaft« sichere. Was sich tatsächlich abspielt, ist aber das Gegenteil: mittels schulischer Bildung wird Freiheit eingeschränkt um Konformität mit der staatlichen Definition von Bildung zu erreichen. Unterschiedliche Lernstile und unterschiedliche Begabungen und Interessen haben in einer verkopften, rationalisierten und an einer einseitigen Leistungsmessung orientierten Bildung keinen Platz. Lernfreiheit beschränkt sich letztlich auf die Wahl der Schulform. Ganz zu schweigen davon, dass die Abwesenheit von demokratischen Grundprinzipien wie Mitbestimmung und Gewaltenteilung, die Verweigerung der Selbstverantwortung über die eigenen Lernformen, die Nichtbeachtung der Selbstbestimmungsfähigkeit über die tatsächlich für den Einzelnen bedeutsamen Lerninhalte – und damit die Negation von Mündigkeit – selbstbestimmtes Lernen verhindern.

Weiter wird im Bildungsplan suggeriert, dass sich über Schule und Schulzwang Chancengleichheit »unabhängig von Herkunft und wirtschaftlicher Lage« realisieren lasse. Die Wirklichkeit ist nach P.I.S.A. (1) auch aktuell eine andere: schulische Bildung läuft auf mehreren Ebenen dem politischen Postulat von Chancengleichheit zuwider. So hat sich herausgestellt, dass die Auflösung von sozialer Herkunft und schulischem Erfolg nicht realisierbar ist: Unterschiede im Schulerfolg bleiben an Unterschiede in der sozialen Herkunft gebunden. Der heimliche Lehrplan mit der Vermittlung von Leistungs- und Konkurrenzorientierung blockiert solidarische Lernprozesse und damit die Öffnung gegenüber anderen. Statt eigenverantwortlichem Handeln ist die Anpassung an fremdbestimmte Ordnungsvorgaben und Verzicht gefragt. Lernen liegt in der Hand von vermeintlichen ExpertInnen und nicht in der Hand der Lernenden. Mit Teilnahmezwang verbundene Bildungseinrichtungen befördern systematisch Lernbehinderung und behindern selbstbestimmtes, bedeutsames Lernen.

Wer sein Kind nicht mit den »erforderlichen Erziehungsmitteln« in die Schule treibt, muss mit massiven Sanktionen rechnen. Die aus dem Grundgesetz abzulesende »naturrechtliche Interpretation des Rechts der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder« wird im Zusammenhang mit der Schulpflicht im Schatten des Kinderschutz außer Kraft gesetzt. Ganz außer Betracht bleibt das Selbstbestimmungsrecht des Kindes.

Die bekannten Fälle von Schulverweigerungen bleiben in der juristischen Auseinandersetzung auch bei der Frage der Interpretation des Erziehungsrechts der Eltern hängen. Oft führten die Auseinandersetzungen mit den Behörden zu einer »Republikflucht« der Eltern in Staaten im benachbarten europäischen Ausland, die die Schulpflicht und den Schulzwang in der deutschen Variante nicht kennen.

Bemerkenswert ist auch, dass in anderen Gerichtsverfahren für die Begründung von Schulpflicht und Schulzwang nicht mehr die Vermittlung der Kulturtechniken und die Wissensvermittlung herangezogen wird. Vielmehr wird argumentiert, dass die aktuelle Aufgabe der Schule die Vermittlung von sozialem Verhalten und sozialem Lernen sei. Unergründlich, wie diese Begründung angesichts der schulischen Wirklichkeit ernsthaft verwendet werden kann. Schulunterricht bleibt letztlich eine ausgeklinkte Wirklichkeit. Da liegt der Verdacht nahe, dass schulische Reformen lediglich zur politischen Rechtfertigung der Erhaltung des Status quo gedient haben. Ein grober Missbrauch der ehrenwerten Träume der Schulreformer.

An dieser Stelle lohnt sich ein Exkurs in die Geschichte der Schulpflicht, die, wie sich herausstellen wird, nicht unbedingt die soziale Errungenschaft ist, als die sie immer verkauft wird. Historisch gesehen wurzelt die Schulpflicht in der Logik des absolutistischen preußischen Staates. Die Institutionalisierung von Erziehung machte staatliche Schulen von Anbeginn an zu politischen Aktionsfeldern und zu Instrumenten zur Durchsetzung machtpolitischer Zwecke. Deutlich wurde dies in der Formulierung der Schulpflicht im preußischen Generallandschulreglement, den sogenannten »principa regulativa« von 1736 und dem darin festgelegten Erziehungsmonopol des Staates.

Aus politischer Sicht wurde die Pädagogik zu einem Handlanger politischer Interessen. Im Vordergrund stand die Erziehung zum staatstreuen Untertan oder zur staatstreuen Bürgerin und nicht das Recht auf Bildung als einklagbarer Anspruch des Einzelnen an die Gesellschaft. Damit hatten Staat und Schule in weiten Bereichen die Funktionen der Kirche übernommen. Schulbildung schuf einen neuen Mythos vom diesseitigen Glück und ermöglichte die Kontrolle der sozialen Verteilung gesellschaftlicher Chancen. In der Weimarer Verfassung wurde der Einfluss des Staates auf die schulische Erziehung noch durch die Einschränkung des Privatunterrichts verstärkt und gleichzeitig die Schulpflicht bis auf das 18. Lebensjahr ausgedehnt.

Doch der total(itär)e Zugriff auf alle ließ sich erst im *Dritten Reich verwirklichen. Erst mit der Einführung des* Schulzwangs im Jahre 1938 war es möglich, auch das letzte Drittel derjenigen Kinder, die bisher nicht der Schulpflicht gefolgt waren, in staatliche Erziehungsinstitute zu zwingen. Die in der Bundesrepublik vorherrschende rechtliche Wirklichkeit der Schule ist somit Ausdruck einer anderen Historie, die aus der preußisch-absolutistischen und der totalitären Tradition staatlichen Schule – Haltens kommt. So ist festzustellen, dass die staatliche Organisation von Bildungsgütern in der Verknüpfung mit dem Schulzwang ordnungstheoretisch in die Logik des Obrigkeitsstaates passt und systemkonform mit der des totalitären Staates ist.

Schulpflicht und Schulzwang bilden heute den Boden für Bildungseinrichtungen, die unter diesen Vorgaben kaum in der Lage sind, sich an den Lernbedürfnissen der Kinder zu orientieren. So ist es heute noch möglich, Kinder mit Polizeigewalt der Schule zuzuführen und Eltern – bei Nichtmitwirkung – das Sorgerecht zu entziehen. Unter der Befürchtung »Wehe, wenn sie (die Kinder) losgelassen« ist Schule die konsequente Umsetzung eines Feindbilds. Zu stark ist das Interesse, die Schule als wichtigstes Element der sozialen Kontrolle nicht aus der Hand zu geben, zu groß ist die Angst vor der Freiheit »der Andersdenkenden« und das Misstrauen in die Selbstbestimmungsfähigkeit und Demokratiefähigkeit der Kinder und Jugendlichen.

BildungsforscherInnen bestätigen diese politische Handlangerfunktion der Pädagogik auch in den heutigen Schulen. Danach macht die Schulpflicht die Schule zu einer »parapädagogischen Institution«, die von fremdbestimmten Ordnungsschemata geprägt ist und in der die LehrerInnen als Beamte mehr ihrem Dienstherrn als ihren SchülerInnen verpflichtet sind. In der staatlichen Beschränkung des (richtigen) sozialen Verhaltens über die Schulpflicht offenbart sich die Fortsetzung des paternalistischen Prinzips und der Machbarkeitswahn einer »education-minded society«.

Ist ohne eine Kritik an Schulpflicht und -zwang der Glaube an eine Reform der Schule überhaupt noch ernst zu nehmen? Reformen in einem Zwangssystem sind zum Scheitern verurteilt. Wie können Bildungseinrichtungen zu freiheitlichen Einrichtungen werden, von dem aus Schulbildung sich entsprechend freiheitlicher Vorstellungen zu einem Angebot wandelt, in dem Kinder selbstbestimmt entscheiden können, was sie wo, wann und mit wem lernen möchten? Der Dreh- und Angelpunkt muss der Verzicht auf die Schulpflicht und den Schulzwang zugunsten eines einforderbaren Rechts auf freie Bildung sein. Erst durch den Verzicht auf den Lernzwang wird der Weg frei für eine tiefgreifende Neuorganisation des Verhältnisses von Bildung und Lernen.●

Erstmalige Veröffentlichung unter dem Titel »We don't need no education« – Zwischen Lernfreiheit und Bildungszwang. In: Graswurzelrevolution 204.

1) Tageszeitung vom 19.02.2003 Sylke Viola Schnepf: »Leistung lohnt sich nicht«

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Den Pädagogen verbleiben nur geringe Chancen die zukünftige Welt der Zöglinge zu verbessern. Pädagogik und Schule sind durch ihre Marktförmigkeit fast deckungsgleich mit den jeweiligen Intentionen des Staates. Als Täter und Opfer zugleich vermögen die Erziehungsberechtigten nicht zu sehen, dass das dreigliedrige Schulsystem die Weichen stellt für die Klasse der Besitzenden einerseits, die meist schlecht bezahlten Arbeiter und Angestellten und auch für das letzte Drittel der Gesellschaft in Armut und kulturelle Unterentwicklung.

PädagogInnen und nicht nur sie haben ein Menschenbild entwickelt, welches mehr oder weniger explizit von einer Vorstellung ausgeht, welche aus der Zeit der Kolonialisation stammt und besagt, dass es »wilde« und »zivilisierte« Menschen gibt. Im übrigen befinden sie sich ganz und gar im Gleichklang mit der immer noch boomenden New-Age-Bewegung, die ebenfalls tönt: »Denn von Natur aus ist der Mensch unordentlich und schmutzig...« und insofern stehen sie wohl auch wieder auf der Höhe der Zeit. Aus diesem universellen und zeitlosen Urgrund haben sie tiefsinnig den »erziehungsbedürftigen Menschen« konstruiert und lehren seither die Normen der westlichen zivilisierten Gesellschaften. Ein hierarchisch, biologistisch und rassistisches Menschenbild konstruiert ein »Mängelwesen«, dem die Mängel dann aberzogen werden sollen oder dem das Fehlende hinzugefügt werden muss.

Der demokratisch legitimierte Kapitalismus zeigt in all seinen Erscheinungsformen auf was es ankommt: Leistungsfähigkeit auf allen ökonomisch verwertbaren Lebensgebieten ist gefragt und gefordert. Der vom Staat und seinen Dienern angestrebte Mensch ist Fleisch und Blut gewordener »demokratischer Kapitalismus« oder wie die Form der Neuen Herrschaft auch immer genannt werden mag. Ein Mensch ist nur, was er in Geldwert ausgedrückt, hergibt. Diesem Ziel ordnet sich Pädagogik unter!

»Das gesellschaftliche Wissen, das laufend in speziellen Institutionen wie Universitäten usw. entwikkelt wird und zu seiner Weiterentwicklung den Wissenschaftlernachwuchs benötigt, muss seinen Weg in die berufenen Köpfe finden, damit aus seiner Anwendung auch der gewünschte Nutzen gezogen werden kann: Als Dienst an der Wissenschaft und als ihre Anwendung in Ökonomie und Gesellschaft.« (4)

Ohne der Frage ernsthaft und öffentlich nachzugehen, inwieweit die sozialen Verhältnisse der Zöglinge sich prägend auf die Leistungs- und/oder Lernfähigkeit auswirken und abgesehen von dem Diskussionsunwillen über andere gesellschaftliche Formen, die vielleicht den Leistungszwang aufheben könnten, geht die »postmoderne« Pädagogik von der falschen Selbstverständlichkeit aus, dass die derzeitige Gesellschaftsform mit ihrem Heer an ins soziale Abseits gedrängten und einer Menge von unmündig gehaltenen Menschen die richtige sei.

Meinten PädagogInnen und Erziehungswissenschaftler es ernst mit der Aussage, sie erzeugten mit ihren Handlungen den sozialen Menschen, so müssten sie Lehrpläne an sich hinterfragen und ihre Lehranstalten in Bildungsorte verändern. Sie würden den Kapitalismus, den Staat und die Religion in ihrem Unterricht kritisieren und zwar mit den Lernenden gemeinsam. Sie hätten das (Lern)Ziel gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen in denen die Würde aller Menschen nicht antastbar, in denen »wirtschaftlich verwertbare Arbeitskraft« nicht der Maßstab von Achtung ist.

Dem Kapitalismus würden sie den Sozialismus entgegensetzen, anstelle des Staates forderten sie die Anarchie (*) (also die Ordnung ohne Herrschaft) und die Religion wäre zu überwinden durch die Wissenschaft. Doch als Realisten und Realistinnen meinen die Pädagogen und MenschenbildnerInnen es gar nicht so ernst mit der eigenen Forderung: Ein bischen Spaß muss sein, auch wenn er auf Kosten anderer geht.●

Fussnoten:

1) www.doerrwies.de/abi.htm
2) CONTRASTE Nr. 221
3) Slavoj Zizek: »Die Revolution steht bevor, Dreizehn Versuche über Lenin« edition Suhrkamp,2298, hier besonders S. 159 ff. :
».....besteht das Problem der Demokratie darin, dass sie in dem Moment, in dem sie als ein positives formales System etabliert ist, das die Art und Weise reguliert, wie eine Vielzahl politischer Subjekte um die Macht ringen, einige Optionen als nicht demokratisch ausschließen muss, und diese Ausschließung, diese Gründungsentscheidungen darüber, was in das Feld demokratischer Optionen einbezogen und was aus ihm ausgeschlossen wird, ist nicht demokratisch.«
4) Freerk Huisken: »Weder für die Schule noch fürs Leben«. (VSA-Hamburg 1992)

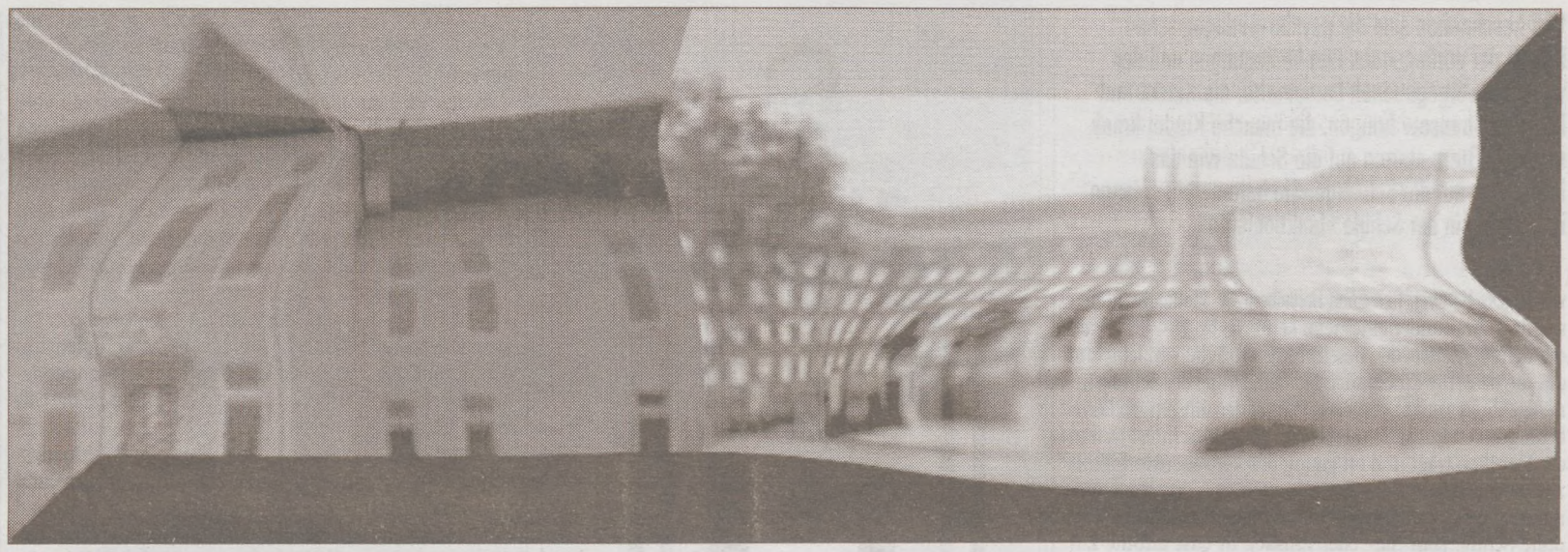
*) »Staatlich produziertes Chaos wird gleichschalterisch gleichgesetzt mit »Anarchie«. An-Archos – aus dem Griechischen kommend, bezeichnet einen idealtypischen Begriff von »Herrschaftslosigkeit« (Abwesenheit von Herrschaft) impliziert wird aber medienweise es bedeute »Haltlosigkeit«. (Ralf Landmesser in einer Mail vom 12.04.03)

»Fördern und Fordern«

Bildung für Alle ?

Schule und Krieg

Ich wollte eigentlich etwas zum Thema »Schulschwänzen« schreiben, weil ich in meiner eigenen Jugend ein ausgewiesener Experte auf diesem Gebiet war, und trotzdem vor jetzt genau 25 Jahren mein Abitur schaffte – mit Ach und Krach, wie man so sagt, aber ohne ein einziges Mal sitzen zu bleiben und ohne eine einzige Abmahnung oder einen »blauen Brief« an die Eltern.



Schule oder Kaserne ?

Fotomontage: Gerhard Kern

Kurt-Werner Pörtner, Redaktion Heidelberg ● Ich habe in den letzten Jahren in der Presse verfolgt, wie es den ca. eine halbe Million notorischen Schulschwänzern allein in Deutschland zunehmend an den Kragen gehen soll – Lernverweigerung als quasi kriminelles Delikt, staatliche Zwangsbeglückung mit Internierungspädagogik und »Erziehungshilfen« via Geldstrafen und einer Art »Schwänzer Task Force« auf den Straßen und in den Spielzeugabteilungen der Warenhäuser. Die Gründe für die Schulverweigerung interessieren nicht weiter, die bürgerliche Erziehungsideologie als Büttel der Kontrollgesellschaft – so wie es Hardt/Negri in »Empire« prophezeit haben. (1)

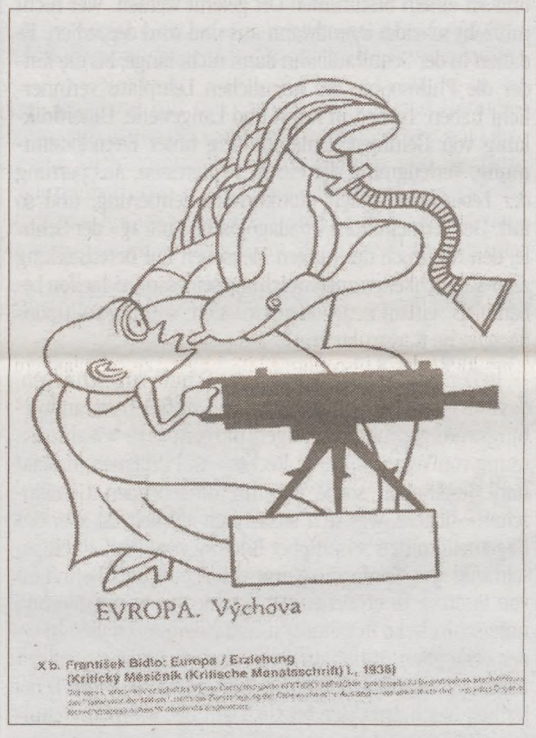
Die »Kuschelpädagogik« sei allemal vorbei, tönt es aus Erziehermund – noch wagen die bürgerlichen Ideologen es nicht, wieder offen den Rohrstock zu propagieren, aber das andauernde modische Geplapper vom »Grenzen ziehen« und der angeblichen Notwendigkeit von »Ritualen« und »Regeln« riecht verdächtig nach Drillanstalt und Kasernenton. Die bürgerliche Ideologie in Krisenzeiten sehnt sich nun mal nach dem autoritären Staat und dem »Führer«, der allen zeigt, wo's lang gehen soll. Und da kann es schon mal – sozusagen zur Einstimmung – nicht schaden, man fängt bei den Kleinen an, die können sich ja kaum wehren, zumal dann, wenn man möglichst früh damit anfängt und die Kleinen noch wirklich sehr klein sind. Je grenzenloser die Freiheiten des Kapitals, desto beschränkter der geistige Horizont der bürgerlichen Ideologie, das ist sozusagen das Gesetz der umgekehrten Proportionalität. Und da man mit der Massenverdummung gar nicht früh genug beginnen kann... nennt man das dann »Fördern und Fordern«, »Festhaltepädagogik«, »Erziehung nach festen Regeln« oder sonst wie. Jedoch in der bürgerlichen Erziehungsideologie sind Namen ja eh Schall und Rauch.

Aber wir haben ja gerade wieder mal einen Krieg hinter uns gebracht. Den dritten in vier Jahren. Der nächste – vermutlich gegen Syrien – wird in Bälde folgen; auf einen mehr oder weniger kommt's da eh nicht mehr an, der militärisch-industrielle Komplex wird's schon richten. »Hurra – die Schule brennt?« – vorläufig nur in Bagdad. Nichtsdestoweniger sollte man sich schon einmal die Frage stellen: was haben Schule und Krieg miteinander zu tun? Wenn man sich allein schon die *Architektur* so mancher Schul- oder auch Universitätsgebäude ansieht – bei vielen älteren ist es eh offensichtlich, dass die früher mal als Kasernen dienten (2), bei den neueren ist es oft eine seltsame Mixtur aus Großraumbüro und Hochsicherheitstrakt, aus Gewerbegebiet und Stammheim, die den »Charme« dieser »Bildungsstätten« ausmacht. (3) Und in solchen, schon äußerlich wenig heimelig anmutenden Örtlichkeiten sollen SchülerInnen also »intrinsisch« dazu motiviert werden, sich später mal als »ArbeitskraftunternehmerInnen« zu verdingen, wie das im Neoliberal-Neusprech heißt. (4)

Viele schaffen es (noch), jedoch in der Tendenz immer weniger, so dass die Sorge um den zukünftigen Arbeitsplatz schon bei 16-Jährigen eine immer größere Rolle spielt. (5) Im Konkurrenzkampf um die wenigen Plätze an der Sonne nicht auf der Strecke bleiben – das ist der alltägliche Bürgerkrieg, der sich an den unterschiedlichsten Orten im »globalisierten« Kapitalismus fortlaufend vollzieht, ob in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Universität. Der Staat wird zum ideell-gesamtkapitalistischen Schrumpfkopf, er spart und knappst an allen Ecken und Enden, bis die Schwarte kracht und die Infrastruktur ächzt. An manchen Örtlichkeiten fehlt inzwischen sogar das Clopapier. (6) Aber da unsere wackeren bürgerlichen Ideologen in ihrem nimmermüden Einsatz für ihren kapitalistischen Pleitestaat es nie an exzentrischen Ideen fehlen lassen, wie sie ihren abgewirtschafteten Saftladen doch noch auf Vordermann bringen, hagelt es aus dieser Ecke geradezu »kreative« Vorschläge, wie man frei nach Gottfried Benn aus Scheiße Maiglöckchen macht: **»Nicht über die Motive des Täters diskutieren, sondern über die Folgen für alle Betroffenen und die Konsequenzen für den Umgang miteinander.«**

Dies ist ein »Ratschlag«, der nach dem Massaker von Erfurt vor jetzt ziemlich genau einem Jahr von einer Staatlichen Schulberatungsstelle in München an Münchner Schulen verschickt wurde. (7) Nicht über die Motive des Täters sprechen... ja, warum soll man dann überhaupt noch über irgendwas sprechen? Warum nicht gleich das Sprechen einstellen, fasten seat belts, den Kapitalisten-Saftladen zu und mit dem Schild: WEGEN ERWIESENER VORZEITIGER VERBLÖDUNG DES BETREIBERS FÜR IMMER GESCHLOSSEN versehen? Mögen die Herrschaften einen Krieg nach dem anderen führen und ihren »geistesaristokratischen«, konservativ-revolutionären Elitedünkel im Pentagon pflegen (8), um die Welt von der »Achse des Bösen« zu befreien (9), oder in deutschen Paukanstalten »Amok-resistente«, frustrationstolerante zukünftige »Arbeitskraftunternehmer« züchten (10) – es stimmt alles hinten und vorne nicht mehr. Selbstbestimmung und Elitedünkel, Demokratieanspruch und unverhohlener Sozialdarwinismus, Menschenrechtsgeschwafel und die »Mutter aller Bomben«, Friedenstauben und nackter »Klassenkampf von oben« (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Kürzung des Krankengeldes, verschärfte Zumutbarkeitsregeln, Hartz-und Rürup-Kommissionen....) – die bürgerliche Ideologie ist nur noch ein »Cluster« von seltsamen Widersprüchen, verschwiegenen Ungereimtheiten und stolz zur Schau getragener Grenzdebilität. Mag den Spießern und Kleinbürgern die »Arbeit« ausgehen – ihre grenzenlose Dummheit nie! Aber wie titelte schon DIE ZEIT vor gut zehn Jahren, als es um »gemeinnützige« Zwangsarbeiten für SozialempfängerInnen ging: »VIEL LAUB UM NICHTS.« Eben.●

1) Vgl.: Michael Hardt/Antonio Negri, Empire. Die Neue Weltordnung, Frankfurt/M. 2002, S. 37 ff. (Campus)
2) In Mainz am Rhein bspw. ist die gesamte Johannes-Gutenberg-Universität auf einem ehemaligen wilhelminischen Kasernengelände untergebracht
3) Nicht wenige Schulen sind z. B. direkt im Gewerbegebiet angesiedelt, wie z. B. die Berufsbildenden Schulen in Wittlich
4) Vgl.: Gerd Günther Voß, Der Arbeitskraftunternehmer und sein Beruf, in: Werner Dostal/Peter Kupka (hrsg.), Globalisierung, veränderte Arbeitsorganisation und Berufswandel, Nürnberg 2001, S. 155-172 (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BetrAB 240, hrsg. vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg)
5) Vgl.: Heiner Keupp, Eine Gesellschaft der Ichlinge?



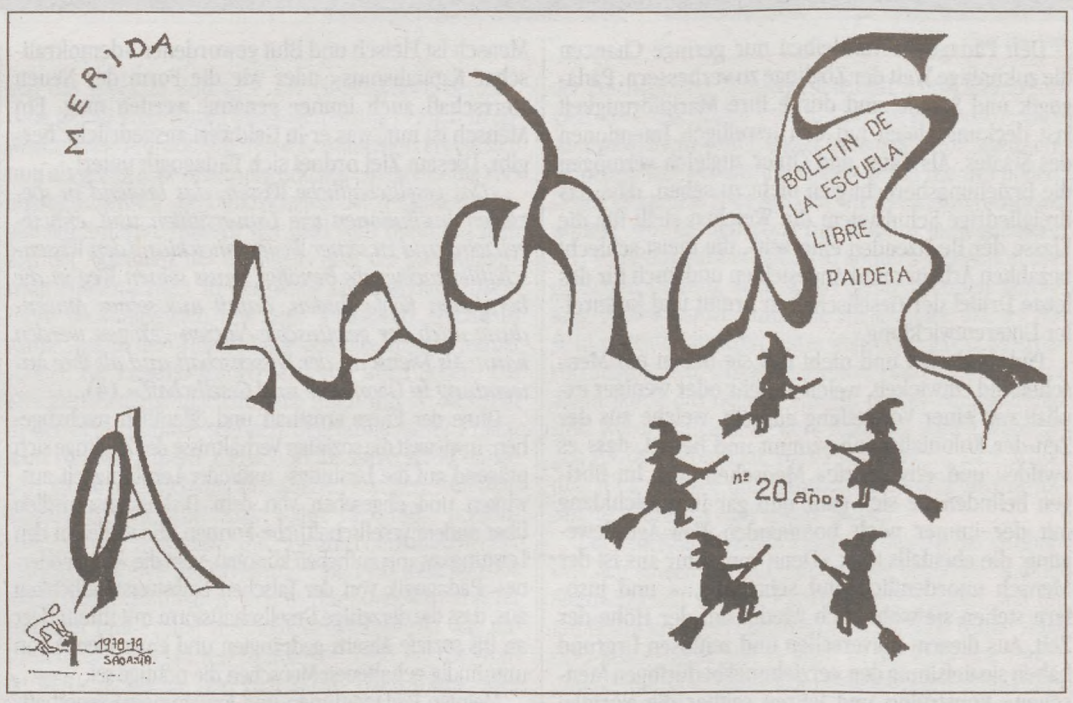
Kb. František Bidlo: Europa / Erziehung (Kritický Měsíčník (Kritische Monatsschrift) I., 1938)

6) Vgl.: Schlagzeile im Trierischen Volksfreund vom5./6.4. 2003, S. 1: »Streichliste trifft Trierer Studenten: Uni und FH sparen sogar am Clopapier.«
7) Zit. n.: Freerk Huisken, z. B. Erfurt. Was das bürgerliche Bildungs- und Einbildungswesen so alles anrichtet, Hamburg 2002, S. 123 (VSA)
8) Vgl.: Robert Misik, Bolschewismus von rechts, URL: http://www.kulturkritik.net/Politik/Rechts/index.html. Der Artikel wurde im März 2003 zuerst in der taz veröffentlicht und schildert die ideologischen Hintergründe der »Neocons«, der Neokonservativen, die derzeit das Weiße Haus und das Pentagon beherrschen und sich an dem deutsch-jüdischen Philosophen Leo Strauss orientieren, der seinerseits (und paradox genug!) ein Anhänger des juristischen Steigbügelhalters der Nazis, Carl Schmitt, war
9) Vgl. auch: Michael Moore, Stupid White Men – Eine Abrechnung mit dem Amerika unter George W. Bush, 24. Auflage, München 2003, insb. S. 53 ff. (Piper; dieses Manuskript wurde allerdings vor dem 11. September 2001 abgeschlossen, wie ausdrücklich erwähnt wird)
10) Vgl.: Gisela Knigge/Jürgen Uhlig-Schoenian, Transferorientiertes Konzept zur Förderung von Sozialkompetenzen, Vierte KOLIBRI-Fachtagung, Workshop 5, 30.9./1.10. 2002, URL: http://www.blk-kolibri.de/Veranstaltungen/FT4-Einladung/FT4-Dokumentation/FT4WS5-Info/FT4WS5-LOK-Team-Material.pdf.

EINE INSEL DER ANARCHIE IN SPANIEN?

Paideia – »Schule der Anarchie«

Seit 25 Jahren existiert in Merida (Banjoz), einer kleinen spanischen Stadt nahe der portugiesischen Grenze, die Freie Schule Paideia. Die »Schule der Anarchie«, wie sie sich selbstbewusst nennt, öffnete am 9. Januar 1978 mit 10 Kindern als Vorschule ihre Pforten. Mittlerweile ist die Schule zu einer Ganztagsgrundschule mit derzeit 46 SchülerInnen angewachsen. Neben den SchülerInnen, die die Schule besuchen, werden weitere betreut, die in Form von Homeshooling aufwachsen.



Cover und Abb. nächste Seite aus der Broschüre zum 20. Jubiläum der Schule

Maurice Schuhmann, Redaktion Heidelberg ● Die Initiative zur Gründung ging von der spanischen Pädagogin Josefa Martin Luengo aus, die aus ähnlichen Beweggründen wie Francisco Ferrer i Guardia und angeregt durch das Schulkonzept von F. De la Sierra (s. zu diesem Thema ihr Buch »Fregenal de la Sierra. Una Expresión en Libertad«) zusammen mit ihren beiden Kolleginnen Cancha Castaño Cesaseca und Ma. Jesús Checa Simo Paideia.

Das Konzept der Schule beruht auf den Stützpfeilern: »Selbstverwaltung«, »Selbstverantwortung«, »Kollektivität/Solidarität«, »anarchistischer Ethik« (1), »Gleichheit«, »Gewaltfreiheit« und »Freiheit«. Gleichzeitig grenzt sie sich klar und deutlich von der Summerhill-Pädagogik als auch von dem Vergleich mit dem Konzept von Jean Jacque Rousseau (2) ab, die einem auf den ersten Blick einfallen.

Anarchistische Pädagogik findet sich nach Luengos Angaben gerade in den oben genannten Stützpfeilern wieder. In ihrem Buch »Paideia – La Escuela de la Anarquia« umreißt sie in acht Grundsätzen dieses Bildungskonzept / u.a. als:

»(...) 2. Bildung gegen Privateigentum. (...)
4. Bildung gegen Egoismus / Egozentrismus (...)
6. Bildung gegen Frustation-Agressivität-Gewalt.
7. Bildung gegen den Wunsch nach Machtverhältnissen.« (Luengo 1993, S. 42)

Diese Art der Bildung wird von ihr häufig auch mit dem problematischen Begriff der »Gegenmanipulation« beschrieben. Ein Ziel von den InitiatorInnen der Schule ist der gesellschaftlichen Manipulation des Individuums, die sie als ein Hauptproblem für die Befreiung der Menschen sieht, entgegenzuwirken.

Einen wichtigen Grundsatz für ihr Konzept bildet darüber hinaus, das eine anarchistische Pädagogik sich ständig auf der Suche nach Formen der Bildungsvermittlung befindet, die die Gleichheit wahrt und die Kreativität der Persönlichkeit und die Autonomie wahrt. In ihren Selbst-

Fortsetzung nächste Seite

GATS versus Bildung?

Bildung für Alle ?

Der Ausverkauf von Bildung hat begonnen...

Über die Zukunft der Bildung wird, nicht erst seit PISA, gestritten. Die einen fordern die staatliche Hand im Bildungssystem, die anderen plädieren für eine stärkere Öffnung des Bildungsssektors für private Anbieter. Durch das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) der Welthandelsorganisation WTO steht eine weitreichende Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen bevor – auch des »Bildungsmarktes«.

Fotomontage: Gerhard Kern

Christoph Lammers, Redaktion Heidelberg ● Wenn Schranken fallen, bedeutet dies nicht nur mehr Freiheit und weniger Staat; zuallererst bringt dies ein mehr an Verantwortung für Eltern und SchülerInnen, da sie einer Vielzahl von Alternativen gegenüberstehen. Doch wessen Angebote werden sich auf dem neuen Markt der Möglichkeiten kurzfristig durchsetzen?

Was ist GATS?

Der kommerzielle Handel mit Dienstleistungen – insbesondere mit der Ressource »Bildung« – ist der dynamischste Wachstumsbereich der Weltwirtschaft. Durch erfolgreiche Lobbyarbeit von Wirtschaftskonzernen, wurde 1995 ein Vertragswerk auf den Weg gebracht, das die komplette Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes anstrebt. Darunter fallen 16 Dienstleistungsbereiche: unter anderem unternehmerische und berufsbezogene Dienstleistungen (Ärzte, EDV-Dienste), Kommunikationsdienstleistungen (Post- und Kurierdienste, Telekommunikationsdienste), Vertriebsdienstleistungen (Groß- und Einzelhandel), medizinische Dienstleistungen (soziale Dienstleistungen, Krankenhausdienstleistungen) und auch Bildungsdienstleistungen (Kindergarten, Schulbildung, Berufs-und Universitätsausbildung). Alles in allem ist vorgesehen, »die Öffnung des staatlichen Beschaffungswesens für ausländische Anbieter und die größere Transparenz bei der Subventionsvergabe im Dienstleistungsbereich« zu sichern (Fritz/Scherrer, 2002, S. 12). Dabei gibt es zwei unterschiedliche Varianten dieser Ausgestaltung. Zum einen die angloamerikanische Variante, in der US-Konzernen die Monopolstellung im Dienstleistungsbereich zukommen soll, die andere – europäische – Variante dient eher dazu, den europäischen Konzernen die Monopolstellung zu sichern.

GATS – zu wessen Nutzen?

»Bereits zur WTO-Gründung hat sich die EU gegenüber den anderen WTO-Mitgliedsstaaten verpflichtet, in den meisten Bildungsbereichen freien Marktzugang und gleiche Behandlung in- und ausländischer Anbieter zu gewährleisten. Im Wesentlichen hat sie sich damals nur vorbehalten, Bildung bzw. Bildungsträger nach eigenem Gutdünken zu subventionieren. Die Aufgabe dieses Vorbehalts würde drastische Änderungen in der Bildungslandschaft hervorrufen.« (Ebd. S. 55)

Greifen wir uns das Beispiel Schulen einmal heraus: In Deutschland war es bislang Politik, private Bildungsangebote nach dem Subsidiaritätsprinzip weitgehend aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren, das Angebot jedoch über die Zulassung als Schulträger zu steuern. »Freie« Schulen im eigentlichen Sinne gibt es wenige, auch die kommerziellen Anbieter verfügen noch über relativ geringe Marktanteile, der größte Teil privater Schulen ist weltanschaulich ausgerichtet, wird von Kirchen, Orden oder kirchlichen Vereinen betrieben bzw. richtet sich an einer Pädagogik auf religiöser oder esoterischer Grundlage aus (Montessorischulen, Waldorfschulen). Die Zahl der Privatschulen in Deutschland ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. »Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, gab es im Schuljahr 2000/2001 in Deutschland 4.076 private Schulen (allgemein bildende und berufliche). Zu den privaten Schulen zählen neben denjenigen privater Träger auch solche, die z.B. von Kirchen oder karitativen Einrichtungen betrieben werden. Gegenüber 1992 (dem ersten Jahr mit gesamtdeutschen Ergebnissen) stieg die Zahl privater Schulen um 27,3% und ihr Anteil an den Schulen insgesamt von 6,1% auf 8,0%.« (Quelle: http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2002/zdw28.htm, vom 12.02.2003). Die Zahl der Schüler an Privatschulen wuchs von rund 570.000 auf etwa 740.000, was einem Anteil von 5,8% entspricht.

Wie hoch der Anteil der staatlichen Finanzierung an privaten Schulen ist, unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland. Da in Zeiten knapper Kassen auch hier nach Einsparungsmöglichkeiten Ausschau gehalten wird, führen vor allem die weltanschaulichen Schulträger öffentlich Klage darüber, dass die Förderung zu gering sei – obwohl sie in Einzelfällen bereits heute 100% beträgt. Lautstark wird eine Benachteiligung gegenüber staatlichen Schulen behauptet. Insofern kommt damit der Deregulierungsdruck, welcher mit GATS auf die Bundesländer zukommt, den freien Trägern entgegen. Denn im Rahmen des Subsidiaritätsmodells wird die Neuordnung des Bildungsmarktes für sie eine Ausweitung ihrer Handlungsfreiheit bringen, möglicherweise sogar bei verbesserter Finanzierung durch die öffentliche Hand.

GATS sieht für Deutschland das »Problem«, dass das traditionelle, staatlich finanzierte Regelschulsystem wettbewerbsverzerrende Auswirkungen habe. Diese Kritik, ursprünglich aufgebracht von international agierenden Unternehmen, wird von den freien Trägern als argumentative Grundlage für Angriffe auf die derzeit gängige Finanzpraxis und die Forderung nach höheren Zuschüssen herangezogen. Ähnlich wie die Notwendigkeit einer Öffnung des »Bildungsmarktes« wird der Bedarf an Weltanschauungsschulen mit dem uneingeschränkten Zugang zur Ressource Bildung und einem Recht der SchülerInnen bzw. ihrer Eltern auf ein pluralistisches Angebot begründet.

Neuer religiöser Bildungsmarkt?

Hinter solchen Plädoyers für Pluralismus verbirgt sich das kalte Kalkül, dass von einer Stärkung der Stellung privater Schulanbieter in Deutschland zunächst in erster Linie Waldorf- und Bekenntnisschulen profitieren dürften. Sie verfügen nicht nur über eigene Ausbildungsstätten für Lehrkräfte sondern auch über die Strukturen und die Finanzmittel, ihr ohnehin schon beachtliches Netz an pädagogischen Anstalten auszudehnen. Aus jahrelanger Verhandlungspraxis wissen sie zudem, wie Kommunen oder Landkreise über den Tisch gezogen werden. Diese »Wettbewerbsvorteile« werden den weltanschaulich fixierten Schulen einen Vorsprung vor der kommerziell ausgerichteten Konkurrenz sichern. Auch wenn diese eines Tages aufgeholt haben wird: GATS wird dazu führen, dass der Einfluss von Kirchen und esoterischen Vereinigungen auf Bildung und Erziehung steigt.

Denn die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips entlastet den Staat nicht nur von bestimmten Aufgaben; indem diese an freie Träger delegiert werden, schränkt die öffentliche Hand auch ihre Steuerungsmöglichkeiten ein. Unter dem Deckmantel der Liberalisierung fällt die notwendige Kontrolle von Lern- und Lehrinhalten. »Die Beseitigung dieser Hemmnisse durch das GATS-Abkommen hätte zur Folge, dass in den Bildungsbereichen der national-staatliche Handlungsspielraum – z.B. zur Schaffung und Sicherung von Standards im öffentlichen Interesse oder zur Verhinderung unerwünschter sozialer Auswirkungen – drastisch minimiert würde.« (Lohmann, S. 46).

Gerade bei Schulträgern, die eher einem religiösen denn einem pädagogischen Konzept folgen, wird dies zum besonderen Problem. Generell stellt sich angesichts der Vorstellung, die Bildung als Ressource und die Unterrichteten als »KundInnen« versteht, die Frage, welcher Stellenwert dem Kind zukommt, wie es sich aus sozialpsychologischer Sicht entwickeln kann (Ebd. S. 47). Die auf religiöser oder esoterischer Grundlage lehrenden Schulen erheben zwar den Anspruch, aufgrund ihrer Orientierung an christlichen Werten, Ganzheitlichkeit usw. mehr zu bieten als die bloße Vermittlung von Wissen. Doch welche Werte vermitteln diese Bildungseinrichtungen an die SchülerInnen? Es erscheint mehr als fragwürdig, die Erziehung junger Menschen an LehrerInnen zu übertragen, die mit mehr oder minder missionarischem Eifer religiöse oder okkulte Auffassungen vertreten. Kein Karma leitet irgendjemanden zur Demokratie; schicksalsbehaftete Vorstellung von Krankheit und Tod, stressfreies Lernen in musischer Atmosphäre, Familienaufstellung nach Hellinger und das Kruzifix im Klassenzimmer sind keine emanzipatorischen Erziehungsmethoden.

Fazit:

Die These lautet nicht, dass es ein ideales staatliches Schulsystem gibt, welches nun mit falschen Alternativen konfrontiert und demontiert wird. Das staatliche Schulsystem bietet ebenso viele Lücken, wie es alternative Träger geben wird. Es ist sicherlich falsch zu behaupten, dass mal alles besser war. Im Mittelpunkt steht eine entscheidende Frage: Wie können Kinder in ihrer Schulzeit zu mündigen BürgerInnen erzogen werden? Dass GATS hier den Böcken das Tor zum Schulgarten öffnet, liegt leider auf der Hand.●

Dieser Beitrag wurde auch in leicht veränderter Form in der Zeitschrift MIZ abgedruckt.

Weiterführende Literatur:

AStA der Ruhr-Universität Bochum: Education is not for Sale. Der Reader zu GATS und Studiengebühren. Bochum 2001.

Fritz, Thomas/Scherrer, Christoph: GATS: Zu wessen Diensten? Öffentliche Aufgaben unter Globalisierungsdruck. Hamburg 2002.

Lohmann, Ingrid: »Welthandel mit Bildung. Das General Agreement on Trade in Services« (BdWi-Studienheft »Bildungsfinanzierung«)

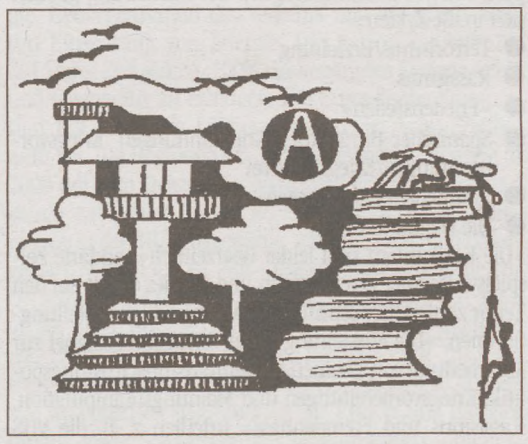
FORTSETZUNG VON SEITE 8

darstellungen betonen sie daher auch immer wieder, wie wichtig ihnen der Kampf gegen die Herrschaftsstrukturen ist, dabei finden vor allem der Staat und das Patriachat als Ausdrucksformen von Herrschaft eine Erwähnung.

Die Schule selber beruht organisatorisch auf dem Kollektiv und der Kooperative Paideia. Die Finanzierung der Schule läuft über die Kooperative, die sich aus einzelnen Mitgliedern und den Eltern der Kinder zusammensetzt. (Von Seiten der Eltern werden die Kosten für das Essen, Kopien und Schulmaterial abverlangt.) Die Kooperative hat für die Finanzierung des Konzeptes zu sorgen und genießt Informationsrecht. Mitbestimmungsrecht hat die Kooperative bei der Gestaltung des Schulalltages nicht. Zusätzliche Unterstützung erhält die Freie Schule von anderen anarchistischen Gruppen und Projekten wie z.B. den Mujeres por Anarquia, einem Zusammenschluss von Anarchistinnen aus Meridan, und der Mujeres Libre Gruppe in Madrid.

Das Kollektiv besteht aus allen Personen, die am Schulleben direkt partizipieren – Lehrpersonal, Verwaltungsangestellte und SchülerInnen. Alle Mitglieder des Kollektives haben die selben Rechte und Pflichten – dazu gehört u.a. Küchendienst, Reinigung der Räume, Protokollführung bei den regelmäßigen Plena. Formell besteht zwar noch eine verantwortliche Person für den Schulbetrieb als staatlich verordnete Pflicht, aber die Entscheidungen, die die Schule betreffen von Anschaffungen von Schulmaterial, über Reparaturarbeiten bis zum Essensplan werden kollektiv getroffen.

Die SchülerInnen selber sind in Klassen eingeteilt, die zusammen aufwachsen und in Hinblick auf ihr Lernverhalten und Interessen ein relativ großes Maß an Autonomie besitzen. Die Klassengröße beträgt zwischen acht und dreizehn SchülerInnen. Wer sich für ein Thema interessiert, recherchiert und stellt seine / ihre Ergebnisse



der Klasse vor. Benotungen dafür oder den Zwang dazu gibt es nicht. Bei dem Übergang in eine höhere Schule müssen sie jedoch ein staatlich verordneten, benoteten Test über sich ergehen lassen. Dabei schneiden die meisten SchülerInnen allerdings mit überdurchschnittlich guten Ergebnissen ab. Der Schulalltag selber geht von 10 bis 18h. Neben dem Lernen im Rahmen der Klassengemeinschaft bieten das Lehrpersonal und einige Eltern auch noch Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themenbereichen an – teilweise auf direkten Wunsch der Lernenden.

Aufgaben wie das Putzen von Räumen oder den wöchentlich wechselnden Küchendienst übernehmen Klassen als kollektiv.

Die Geschichte der Schule selber lässt sich nach Angaben des Kollektives in folgende fünf Abschnitte fassen:

- 1978 bis 1981:
  In dieser Phase ist die Schule eine von drei Lehrerinnen betriebene Vorschule.
- bis 1990:
  In dieser Phase wächst die Schule auf im Schnitt 27-32 Kinder an. Die Kooperative und das Kollektiv Paideia werden ins Leben gerufen.
- bis 1994:
  In dieser Phase werden einige formelle Schritte getätigt. Außerdem geht von Seiten der Schule eine Kampagne für die Alphabetisierung in ihrer Region aus.
- bis 1998 :
  Die Schule erlebt eine Problemphase, aber gleichzeitig werden große Fortschritte in Hinblick auf die Weiterentwicklung der Pädagogikkonzepte gemacht. In dieser Phase entsteht u.a. auch die Paideia nahestehende Gruppe »Mujeres por Anarquia«.
- bis heute:
  Die Schule hat sich von den Problemen einigermaßen erholt und konnte Anfang Januar ihr 25 jähriges Bestehen verkünden – trotz einiger Versuche staatlicher Seite das Projekt unter dem Vorwand eines Verkehrsprojektes, dass direkt durch das Gelände führen soll, Paideia zu schließen.●

Kontakt : Esuela Libre Paideia, AC 282, E-06800 Merida
www.paideiaescuelalibre.org;
email: info@paideiaesculealibre.org
Tel: 0034-924371803 oder: 679203071
Die verwendete Literatur kann direkt über Paideia bezogen werden. In deutscher bzw. englischer Übersetzung liegt meines Wissens nach, noch nichts vor.

Literaturliste (Auswahl):

Arachas – Boletín de la Escuela Libre Paideia, Merida 2002.

Colectividad Paideia: Paideia – Escuela Libre, Merida 1999.

Luengo, Josefa Martïn: Desde nuestra escuela Paideia, Mostolas 1990.

Luengo, Josefa Martín »Colectivo Paideia«: La Escuela de la Anarquía, Madrid 1993.

(1) Den Begriff füllt Luengo mit dem Definition aus dem Buch: »Was ist Anarchie?« von B. Cano Ruiz. Demnach handelt es sich um eine Ethik, die im gegenseitigem Konsens die Interessen des Individuums mit denen des Kollektivs in Einklang zu bekommen versucht. (vgl. Luengo 1993, S. 52f.)

(2) Rousseau legte in seinem Erziehungsroman »Emil« (Reclam Verlag) ein Pädagogikkonzept vor, das im Rahmen der 68er-Bewegung wieder verstärkt rezipiert wurde.

Alternativen zum Bildungsmainstream

Bildung für Alle ?

Alternative-Bildungs-Initiative!

Vielen Menschen ist nach Ihrer auferzwungenen, schulischen Staatsbildung außer gewissen Grundfertigkeiten und etwas allgemeinen Wissens kaum etwas in Ihrem Gedächtnis haften geblieben. In meiner Erinnerung findet sich, bei einem Blick auf die Zeit zurück, außer ein paar geschichtlichen und geographischen Daten nichts was sich in meinem Leben als wirklich relevant herausgestellt hat. Wirkliches Lernen, in Bezug auf meine persönlichen Interessen, setzte außerhalb von der Institution Schule ein.

Michael Deutschewitz, Redaktion Heidelberg ● Der Blickwinkel staatsschulischer Bildung ist einseitig geprägt. Es wird, an den Menschen vorbei, ein Modell von Zwangsbildung nach für alle gleich gefassten Inhalts vorgegeben. Lernen in diesem Konzept strikter Autorität, Zwang und geistigem Konformismus lähmt jegliche Motivation, schließt Kreativität, persönliche Bedürfnisse und Interessen gänzlich aus. Lernen und Bildung wird zu einem gleichgeschalteten Einheitsbrei.

Weitergehend lässt sich festhalten, dass alle staatsschulischen Bildungsmodelle die Stärkung und Erhaltung des Staates als primärstes Ziel beinhalten. Diese »Bildung« erzieht zu normiertem Verhalten, legt über die geistige wie auch praktische Bildung stets den Mantel regelkonformen Verhaltens, Denkens und Wissens. Die Ausschaltung des Staates und dessen Monopol auf Bildung hat daher meines Erachtens oberste Priorität.

Dies sind einige der Ansätze, die in der Vergangenheit Gegenmodelle und die Forderungen nach einer grundsätzlichen Veränderung an den bestehenden Verhältnissen hervorbrachten, wie die Antipädagogik. Diese Gedanken aufgreifen tut auch ein neues radikales linkes Bildungsprojekt, welches ich lebe und gestalte und als Teil in diesen Schwerpunkt einbringe.

Motivation zum Lernen gegen Verwertungslogik der Bildung

Gegen das schablonenhaftige Modell der Staatsbildung und die Institution der Schulen als »Vollstreckungseinheit« richten sich gerade in den letzten Jahren wieder verstärkt einige Menschen und Initiativen. Viele Projekte richten dabei Ihre Konzentration auf die unbedingt notwendige Kritik an der Schulpflicht.

Ich möchte hier als Beispiel, einen weiterführenden Gegenentwurf, die bereits in CONTRASTE vorgestellte Alternative-Bildungs-Initiative (A.B.I.) entgegenstellen und neue Ansätze dieser Initiative mit dem, nicht erst seit bekannt werden der Pisa-Studie, überholtem Lernmodell abgleichen.

Die Pisa-Studie verdeutlichte meines Erachtens nicht nur, dass ein aufoktruiertes Lernen jedwede Motivation und somit Lerneffekt nimmt, sondern machte einmal mehr auch die hinter der Staatsbildung stehende Verwertungslogik offenbar. Von Beginn an werden junge Menschen im Kampf der Konkurrenzen geschult, die Be-(Ver-)wertung des Wissens bzw. des zu Erlernenden werden allgegenwärtig in den Vordergrund gerückt.

Es wird selektiert in gute Schlaue und schlechte Dumme. Hierarchische Dominanzen und ein oben und unten werden von Beginn an in die Köpfe von SchülerInnen eingepflanzt und leben dort meist für den Rest des Lebens eine zerstörerische Eigendynamik.

Die A.B.I. stellt ein auf Selbstorganisation und freier Entfaltung basierendes Bildungsmodell dar. Es setzt nach dem abgehaltertem Pflichtschulsystem an und will der freien geistigen wie auch praktischen Entfaltung, an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen orientiert, eine Plattform bieten.

Anstelle des allgegenwärtigen »Herrschaftswissens« tritt tiefergehende, praktisch erleb' und erfahrbare Information. Das Projekt gestaltet sich in Form einer Bildungsreise, AnsprechpartnerInnen, Gruppen oder Kollektive werden frei ausgewählt. Somit wird der »Lehrplan« wird bei jedem Menschen anders gestaltet sein. Die Überwindung von, durch »äußerliche Einflüsse«, eingebrannten »Vorgabenschemas« ist als Teil eines solchen Bildungsprojektes wohl ebenfalls ein enormer Lernprozess. Doch nur ohne Zwang und Autorität als Vorgaben findet sich der eigentliche Antrieb für das, was für den einzelnen Menschen wichtig und relevant ist. Wissen soll aktiv in freien Zusammenhängen vermittelt werden. Utopien und Gegenmodelle zur normierten Realität werden im Ansatz der Alternativen-Bildungs-Initiative greifbar und können/sollen auch durchdacht und entworfen werden. Ein größtmöglicher Austausch der Studierenden mit Menschen aus unterschiedlichen linken Gruppen und Projekten und die Diskussionen mit unterschiedlichen Positionen bilden eine wesentliche Grundlage des Projektes. Analyse, Streitkultur und persönliche Auswertungen sollen als Grundlagen zum Weiterdenken dienen, praktische Fähigkeiten sollen erlernt und/oder verbessert werden und Gerüst einer weitmöglichen Abnabelung von den allgegenwärtigen Zwängen von Staat und Markt werden.

Dieses Wissen ist nicht zu benoten, sondern ständig weiter zu entwickeln. Die persönliche Verwertung davon ist ein Schritt zu größeren Möglichkeiten sich frei zu entfalten und Freiräume aufzutun.

Wie sich im Rahmen dieses Bildungsprojektes den ausgewählten Schwerpunkten genähert wird ist eine freie Entscheidung. Ebenso wie die Vereinbarungen, die mit den Menschen, welche der/dem Lernenden als »Lehrende« während einer frei zu bestimmenden Zeit getroffen werden. Dies ist wohl der entscheidende Faktor, wie aber auch Hemmnis zugleich. Wo die 10jährige (oder gar noch längere) autoritäre Befehl- und Gehorsamstruktur aufgehoben ist stellt mensch erst fest, was nötig ist um sich selbst zu organisieren und eigenverantwortlich nach vorne zu bringen. Doch genau das soll Schwerpunkt sein.

Wie auch schon bereits in CONTRASTE dazu berichtet wurde, soll in der nächsten Zeit die Vernetzung bezüglich theoretischer wie auch praktischer Ressourcen verbessert

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

werden, um den Menschen welche sich im Rahmen alternativer Bildung bilden wollen mehr Transparenz und Anlaufmöglichkeiten zu bieten.

Selbstorganisation und freie Bildung = Wissen als Waffe!

Staatliche Bildungsmodelle zwingen die Menschen in konstruierte Abhängigkeitsverhältnisse. Die nicht in Frage zu stellende Autorität der Lehrkräfte und deren Bemessungsskalen und Notenspiegel machen aus SchülerInnen robotergleiche AuswendiglernerInnen. Ein eigenverantwortliches Denken wie Handeln wird ausgehebelt und anstelle dessen tritt Fremdbestimmung. Junge Menschen werden mit Beginn der Schulpflicht genau zu dem herange(er)zogen was später der Aufrechterhaltung des ekelerregenden gesellschaftlichen Normzustands dient. Dies trifft ebenso auf die nach der Pflichtschulzeit folgenden Bildungswege zu, wenn auch in leicht modernisierter, scheinbar freierer Form.

Wie wichtig Selbstorganisation ist gerade was Bildung, in Theorie und Praxis gleichermaßen betrifft, macht eben gerade dieser Normzustand deutlich. Tiefer gehende, gar analytische Kritik ist nicht erwünscht, und daher nur in Nischen in der Gesellschaft anzutreffen. Obrigkeitshörigkeit dagegen allerorten, denn die lernt schon ein 6-jähriges Kind kennen, spätestens mit der Einschulung.

Die A.B.I. will ausbrechen aus dieser Zwangsjacke und eine Weiterbildung ermöglichen ohne Staat und Hierarchien. Den sich in diesem, nicht festgelegten, Rahmen bildenden Menschen Perspektiven aufzeigen, ihr Leben zu einer echten Alternative zum Bestehenden zu machen. Aufzeigen, wie mensch sich politisch, wie auch im Alltag organisieren kann, neue Methoden diskutieren und ausprobieren. Eine analytische Kritik am Bestehenden, das Wissen um Alternativen, bessere Selbstorganisation sind Waffen gegen die allgegenwärtigen Herrschaftsstrukturen.

Die Gegebenheiten werden sich wohl nicht in absehbarer Zeit radikal verändern, umso wichtiger scheint mir deshalb eine nicht staatliche Bildung, welche Wissen zum Gegengift der Herrschaft macht. Auch scheint es mir doch möglich zu sein, mit diesem Projekt zumindest zum Teil in-

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

nerlinke Differenzen zwischen unterschiedlichen Gruppen zu überwinden. Die Weitergabe und Verbreitung unterschiedlicher Positionen, die Aufnahme davon und letztlich die Auswertung selbiger sollte eigentlich ein Modell sein welches von vielen Menschen und Zusammenschlüssen mitgetragen werden kann.●

Kreativität statt KonformismusKooperation statt Konkurrenzdenken A.B.I. statt staatlichem Bildungsmonopol!
the SCR./action-patrol

AUSSTELLUNG

»Geschichte aus der Nähe«

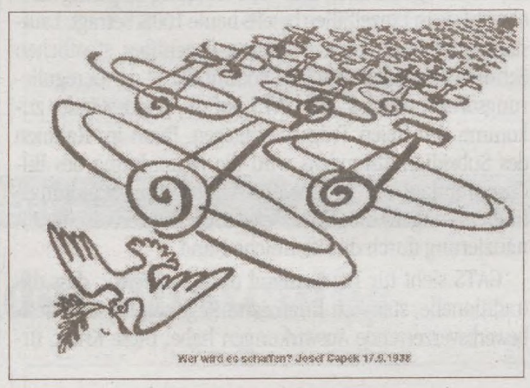
Die Ausstellung »Geschichte aus der Nähe: Politische Karikaturen aus der CSR« aus der Zeit von 1933 bis 1938 war vom 2.-25.05.03 in der Galerie der Tufa, Wechselstr. Trier im 2. OG zu besichtigen. Dr. Ulrich Grochtmann, der das Projekt wissenschaftlich betreut, hielt einen kenntnisreichen Vortrag zur Einführung.

Gerhard Kern, Redaktion Heidelberg ● Der tschechische Maler und Schriftsteller Josef Capek (1887-1945) hatte sich bis 1933 in erster Linie als Autor kunsttheoretischer und philosophischer Erörterungen, sowie von Romanen und Kinderbüchern einen Namen gemacht. Von da ab aber widmete er sich unter dem Eindruck der Entwicklung in Deutschland, des spanischen Bürgerkriegs sowie japani-

scher und italienischer Aggressionen vor allem der politischen Karikatur, der er zuvor relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt hatte.

Josef Capek wollte seine Zeitgenossen mit diesen Karikaturen wachrütteln und vor einem weltweiten, in seinen Ausmaßen kaum mehr vorstellbaren Konflikt warnen. Viele dieser Karikaturen muten wie ein verzweifelter Aufschrei an – gerichtet an ein abgestumpftes und tagtäglich weiter abstumpfendes Publikum -das, um eines scheinbaren Fortschritts willen, den fortschreitenden Niedergang menschlicher Kultur und Zivilisation, ja schließlich den fortschreitenden Niedergang der Menschheit in Kauf zu nehmen bereit ist.

Josef Capek hat für diese Karikaturen mit seinem Leben bezahlt: Nach fast sechsjähriger Haft in Konzentrationslagern verlieren sich schließlich seine Spuren kurz vor Kriegsende in Bergen Belsen.



Außer Karikaturen von Josef Capek enthält die Wanderausstellung Grafiken aus dem Prager »Sozialdemokrat« sowie aus der 1934 erschienenen satirischen Zeitschrift »Der Simpl«. Bis heute wurden diese Grafiken viel zu wenig beachtet; trotz (oder gerade wegen?) ihrer brennenden Aktualität. Sie werden in der Wanderausstellung durch zeitgenössische bisher kaum bekannte Texte und Erläuterungen ergänzt. Einige Texte wurden erstmals aus dem Tschechischen übersetzt, z.B. Gedichte Josef Capeks aus Konzentrationslagern. Die Ausstellung gliedert sich in die Zyklen:

- Terrorismus/Erziehung
- Rassismus
- »Friedensreden«
- Spanischer Bürgerkrieg/Kriegsahnungen, Kriegsvorbereitungen/Kriegstreiberei
- »Münchener Abkommen«
- Die Diktatorenstiefel

»Die Karikaturen sind leider überzeitlich«, erklärte beispielsweise Max von der Grün und verwies damit auf den Tenor zahlreicher schriftlicher wie mündlicher Stellungnahmen. »Die Ausstellung ist hervorragend geeignet zur Aufarbeitung von Themen wie Militarismus, Rüstungspolitik, Kriegsvorbereitungen und Meinungsmanipulation, Rassismus und Fremdenhass« urteilten z. B. die VHS Köln und die Kölner Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.

Anlässlich der Ausstellung erschienen:

- Dokumentenband: Geschichte aus der Nähe. Grafiken von Josef Capek u.a. aus der Zeit von 1933-1938. Herausgegeben mit zeitgenössischen Texten und Erläuterungen von Ulrich Grochtmann. (3. Aufl. Dortmund 1989)
- Mit Feder und Pinsel gegen Volksverdummung, Diktatur und Krieg. Grafiken aus der CSR von 1927-1938. Mit historischen Erläuterungen von Ulrich Grochtmann und Beiträgen von Uta Ranke Heinemann und Erhard Eppler (Dortmund 1988)
- Einzeldrucke (Postkarten, Plakate)

Die Wanderausstellung , zu der es auch einen Dia-Vortrag gibt, ist bestens geeignet für Schulen und Bildungsveranstaltungen jeglicher Art.

Veranstalter waren das **Sozialpolitische Projekt – Dörrwies e.V.** in Kooperation mit der **Heinrich-Böll Stiftung RLP** und die **Capek-Gesellschaft für Völkerverständigung und Humanismus** aus Hagen (Gerhard Hauptmann Str. 4, D-58093 Hagen, fon: 02331-54028)●

Hinweis:

Die Ausstellung geht danach nach Solingen zum 10. Jahresgedenken. Bei dem von rechtsextremen Gewalttätern verübten Brandanschlag am 29. Mai 1993 auf ein von türkischen Mitbürgern bewohntes Haus in Solingen starben fünf Menschen.

Rezension: Geschichte des Kommunistischen Bundes (KB) 1971-1991

Geschichten vom Trüffelschwein

Für den Verlauf der 70er Jahre in der Bundesrepublik besagen Schätzungen, dass rund 100.000 hauptsächlich junge Leute in der ein oder anderen Form direkt oder im Umfeld einer politischen Gruppe engagiert waren, die sich am Maoismus orientierte [1]. Die maoistischen Gruppen, Bünde oder Parteien sind als direkte Nachfolgegruppen aus dem Zerfall der Außerparlamentarischen Opposition Ende der 60er Jahre hervorgegangen. Sie suchten gegen die Neuformierung der moskau-orthodoxen Deutschen Kommunistischen Partei im Horizont des »chinesischen Referenzsystemes« auf ihre Weise den antiautoritären Impuls der StudentInnenrevolte fortzusetzen.

Markus Mohr ● Sechs größere von ihnen verteilten sich über bestimmte regionale Schwerpunkte in der Bundesrepublik. Während die größte maoistische Gruppe, der Kommunistische Bund Westdeutschlands, seine Schwerpunkte in Heidelberg, Frankfurt und Bremen besaß, war der Kommunistische Bund hauptsächlich in Hamburg und Schleswig-Holstein beheimatet.

Bislang ist dieses nicht ganz unbedeutende Kapitel des bundesdeutschen Linksradikalismus so gut wie unerforscht. Es existieren nur zu Einzelaspekten maoistischer Politik und Ideologie in der Bundesrepublik Darstellungen [2]. Das gilt auch für die Teile des jüngst erschienenen instruktiven Buches von Gerd Koenen »Das rote Jahrzehnt« [3]. Ohne selbst einen wissenschaftlichen Anspruch zu formulieren, handelt Koenen das Binnenleben der größten maoistischen Gruppe in der BRD, des Kommunistischen Bund Westdeutschlands aus einer von ihm strategisch geschickt eingenommenen Opferperspektive ab. Die Forschungslücke über die maoistischen Gruppen in der BRD der 70er Jahre ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass sich aus diesem politischen Umfeld eine große Anzahl von reputierlich gewordenen Politikern hauptsächlich der Grünen Partei und in den 90er Jahren der PDS in Landes- und Bundesparlamenten rekrutiert haben.

Michael Steffen hat nun im Rahmen einer bei Georg Fülberth in Marburg betreuten Dissertation das Wagnis unternommen, sich zunächst durch den unübersehbar wirkenden Blätterwald bedruckten Papiers eines der größten maoistischen Bünde in den 70er Jahren zu schlagen. Das Bonmot seines Doktorvaters vom »Trüffelschwein« aufgreifend, hat er die »Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes« in den Jahren 1971 bis 1991 untersucht. Eine gekürzte Fassung wurde nun publiziert, die Langfassung ist im Internet zugänglich [4]. Steffen zeichnet den Werdegang des Kommunistischen Bundes chronologisch in vier größeren Kapiteln nach. Sie reichen von der Etablierung dieser Gruppe »als regionales Zentrum der (marxistisch-leninistischen) ML-Bewegung« bis zum Jahre 1975, gefolgt von dessen Engagement »im Kontext der neuen sozialen Bewegungen«, hauptsächlich in der Anti-AKW-Bewegung im Jahre 1977, und der sich für den KB direkt daran anschließenden, von ihm wesentlich initiierten »Alternativen Wahlbewegung«.

In diese Zeitetappe fällt auch der organisatorische Höhepunkt des KB. Im Jahre 1977 waren rund 2.500 Aktivisten in der ein oder anderen Form an diese Gruppe angebunden, und der von dieser Organisation zweiwöchentlich vertriebene *Arbeiterkampf* kann mit weit über 20.000 abgesetzten Exemplaren als zentrales Medium einer linken Gegenöffentlichkeit betrachtet werden, die erst Jahre später mit der *Tageszeitung (taz)* ähnlich groß werden sollte. In den letzten beiden kürzeren Kapiteln beschreibt Steffen dann den »Niedergang der ML-Bewegung«, die Spaltung des KB im Jahre 1979 und seine in den 80er Jahren erfolgte »Marginalisierung«.

Nach rund einem Jahrzehnt Politaktivismus markieren die in einem Klima totaler staatlicher Repression erlittenen Ereignisse des »Deutschen Herbstes« 1977 eine Zäsur, die sich nicht nur auf die Außenwirkung dieser Gruppe, sondern auch auf das Binnenleben der Organisation auszuwirken begann: Der zuweilen pathologische Züge tragende Arbeitsalltag in der Organisation wurde zunehmend weniger ertragen, es kam zu enormen Mitgliederverlusten, und innerhalb der verbleibenden KB-Familie brach in den Jahren 1978/79 etwas auf, was man heute gemeinhin eine Sexismusdebatte nennen würde. Darin wurde das Problem prügelnder Genossen genauso thematisiert wie die Relevanz der »Frauenfrage im Kapitalismus«. Die vehemente Ablehnung von »Grauzonen des Feminismus« innerhalb der eigenen Organisation wurde dann eine der Startrampen für denjenigen Teil des KB, der sich in als Gruppe Z in Richtung der sich formierenden Partei die Grünen abspaltete. Doch deren innerhalb der Grünen Partei erhofftes – ökosozialistisch genanntes – Projekt zerschellte – ähnlich wie der Niedergang des KB in den 80er Jahren unvermeidlich war.

Für den Zeitraum der 80er Jahre waren dem KB nur noch etwa 300 Leute zuzurechen. Nach der Selbstauflösung der DDR und dem Golfkrieg in der ersten Hälfte des Jahres 1991 beteiligten sich dann noch ungefähr 200 Personen an der Auflösungsdebatte dieser Organisation. Zentral für die Einsicht in die Binnenverhältnisse der, wie alle linksradikalen Gruppen jener Zeit, abgeschottet kommunizierenden Gruppe waren für den Verfasser Interviews und Gespräche mit weit über 50 führenden AktivistInnen. Sie eröffneten ihm die Möglichkeit, in seiner Darstellung zwischen den nach außen proklamierten Normen dieser politischen Gruppe und Elementen ihrer Wirklichkeit zu unterscheiden. Im Schlussteil des Buches finden sich 58 mehr oder weniger ausführliche »biographische Anmerkungen zu leitenden Kadern des KB«. Dieser Abschnitt macht deutlich, dass diese Dissertation das Wirken der Organisation hauptsächlich aus den nachträglich eingenommenen Perspektiven ihres Führungspersonals beleuchtet, was seine Tücken hat. Denn methodisch wirft ein derartiger, mit Hilfe politisch hoch motivierter politischer Akteure eröffneter Zugang das Problem der Kontrolle der so gewonnenen Aussagen auf. Hier können sich schnell in abgeschlossen tätigen Organisationen zirkulierende Gerüchte und Kolportagen zu Aussagen verdichten, die zur gravierenden Frage der Überprüfbarkeit führen. So wies das durch seine ehemalige Funktion als Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag heute wohl prominenteste Mitglied des Kommunistischen Bundes, Thomas Ebermann, eine über ihn in der vorliegenden Arbeit getroffene und hinsichtlich der Quellen auch nicht weiter belegte Aussage zurück, er sei Mitte der 70er Jahre in Luanda von der dort an die Macht gekommenen Befreiungsbewegung »mit militärischen Ehren« empfangen worden. Er sei, so Ebermann, dort auch nicht mit »mit zivilen Ehren empfangen« worden, weil er Zeit seines Lebens »weder (...) in Luanda noch in Angola« gewesen sei [5].

Besonders gut gelungen erscheint dem Rezensenten an der Darstellung Michael Steffens sowohl die Beschreibung der Auseinandersetzung des KB mit den anderen ML-Gruppen in den 70er Jahren als auch deren politische Einordnung zu sein. Hier bringt der Autor einiges ans Licht und Aufklärung in das nur schwer zu entwirrende Gestrüpp des westdeutschen Maoismus der 70er Jahre. Die Dissertation von Steffen kann dabei sowohl als ein Beitrag zur Historisierung der 68er-Bewegung als auch zur Elitenbildung der politischen Klasse in der Bundesrepublik gelesen werden. Zudem thematisiert die Arbeit das spannungsreiche Verhältnis einer zentralen maoistischen Gruppe zu den Neuen sozialen Bewegungen, zumindest für den Verlauf der 70er Jahre.

Dabei liegt der Untersuchung die These zu Grunde, dass der KB »einen ausgezeichneten Riecher bei der Auswahl und Operationalisierung gerade solcher Themen [besaß], mit denen die Traditionslinke [...] schon aus rein ideologischen Gründen nichts zu tun haben wollte, wie etwa die Geschlechterfrage oder die Problematik neuer Technologien« (S. 9). Diese Interpretation mag aus der hier eingenommenen Perspektive der Traditionslinken nicht ganz verkehrt sein, kann aber aus der Sicht der Frauen- und Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre sehr wohl in Frage gestellt werden.

Leider sucht man vergeblich nach einem kritisch reflektierenden Schlusskapitel über den KB, der gemessen an seinen ursprünglich formulierten Zielen politisch ganz offenkundig gescheitert ist. Dabei hätte doch der für die Arbeit gewählte Titel in Form der Trüffelschwein-Metapher einigen Interpretationsanstrengungen Raum geboten. Das Trüffelschwein ist ein Tier, das – an der Leine geführt – mit großer Kraft Leckerbissen sucht und findet, ohne jedoch davon selbst zu profitieren. In dem hier interessierenden Zusammenhang sind mindestens zwei Schlussvarianten dieser Geschichte denkbar. Im ersten Fall haben sich die Trüffelschweine nach dem Wegfall ihrer Organisation, basierend auf ihren dort in jahrelanger Arbeit erworbenen Qualifikationen für ihr heutiges Berufsleben, nicht ohne Gewinn privatisiert. In diesem Sinne könnte ein Großteil der präsentierten biographischen Skizzen über die leitenden Kader gelesen werden. Insofern teilen sie auch individualbiographisch das Schicksal aller revolutionären Organisationen, die vor Erreichung ihres Zieles abgefangen werden: Sie tragen zur Modernisierung des einst innig abgelehnten Systems bei. In dem anderen Fall werden die Trüffelschweine am Schluss von ihren Herren einfach geschlachtet und aufgefressen. Kann man sagen, dass die Politik und Organisation dieser maoistischen Gruppe gemessen an den Ereignissen von 1968 ein Rückschritt war, eine kurzlebige Erscheinung, deren Ende man heute mit »Gut so!« kommentieren kann? Oder lässt sich die Politik dieser Organisation doch als Teil eines Maulwurf-Projektes zu seiner Zeit verstehen? Ein Projekt, das es in ähnlicher Form und in »besseren Zeiten« allemal verdient hat, wieder an die Oberfläche zu stoßen? Der Autor hat den Rezensenten mit der Beantwortung dieser auch politisch bedeutsamen Fragen nach seinem beeindruckend akribischen Durchgang durch zwanzig lange Jahre der »Politik und Organisation des KB« leider allein gelassen.●

Quelle: H-Soz-u-Kult (http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de)

Anmerkungen:

[1] Jochen Staadt, Der Versuch, sich an der Glatze aus dem Sumpf zu ziehen. Die K-Gruppen, in: Gabriele Dietz u.a. (Hgg.), Wild + Zahm. Die Siebziger, Berlin 1997, S. 74-77.

[2] Vgl. Jürgen Schröder, Ideologischer Kampf vs. Regionale Hegemonie. Ein Beitrag zur Untersuchung der 'K-Gruppen', (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 40) Berlin 1990; Andrea Ludwig, Neue oder deutsche Linke? Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen, Opladen 1995.

[3] Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt, Köln 2001.

[4] Volltext-PDF im Internet unter: http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2002/0060/

[5] Thomas Ebermann, Damals, in: Konkret Nr.2/2003, S. 22/23.

Michael Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991. Berlin 2002; Verlag Assoziation A; 409 S.; EUR 24,00

FORTSETZUNG VON SEITE 6

ge Stop aller Atomanlagen und am Besten weltweit. Der – wahrscheinlich sogar unnötige – Zugeständnisse machende von den EVUs mit Rot/Grün erreichte Atomkonsens ist kein gutes Zeichen für eine positive Entwicklung. Zur Zeit wird nicht weitergebaut. Es wird von einer Ergebnis offenen Denkpause gesprochen und von einer erneuten Standortsuche für ein Endlager. In Gorleben sind inzwischen 2,4 Milliarden Mark investiert worden. Es ist nur zu hoffen, dass hier nicht gutes Geld schlechtem hinterher geworfen wird.

Regionalentwicklung der besonderen Art

Als ich gegen Mittag bei der in einem alten gemütlichen Bauernhaus untergebrachten »Ökumenischen Aktions- und Lebensgemeinschaft« in Wustrow eintraf, war der aus Hamburg stammende Dieter Schaarschmidt gerade dabei, für die Angehörigen der Gemeinschaft mit vier (!) Pfannen zugleich Kartoffelpfannkuchen zu backen. Der 45jährige gelernte Zimmermann und Energieberater, den ich seit 1995 von einer gemeinsamen Fahrt zur weltweiten Ökodorfkonferenz in Findhorn, Schottland, kenne, ist seit 23 Jahren im Wendland und aktiv beim Widerstand gegen Endlager und Atom, wesentlicher Organisator vieler Aktionen und wird auch als »Motor im Wendland bezeichnet. Außerdem hat der grüne Kommunalpolitiker – der für seine Umweltschutzaktivitäten zwischen Lüneburg und Salzwedel bekannt ist – gezeigt, dass man Energie auch anders erzeugen kann als mit Kernkraft. Seine Wendland Wind GmbH hat inzwischen drei große Windräder mit je 600 KW und einem Investitionsvolumen von 3,5 Mio. DM im Nachbardorf laufen. Ein erstes Windrad wurde an der norddeutschen Küste gebaut, da im Wendland die Genehmigungsprozedur zu lange dauerte. Der Bau einer weiteren, in einem anderen Nachbardorf geplanten Anlage mit zwei Rotoren, verzögert sich wegen Problemen mit dem Landschaftsschutz.

Es geht aber nicht nur um Wind, sondern um erneuerbare Energie überhaupt. Entsprechende Aktivitäten werden vom Verein »WendenEnergie« koordiniert, in dem Schaarschmidt auch aktiv ist. Es geht hier um Holz-Biomasse-Kraftwerke, Biogas (ein Unternehmer hat in Gorleben schon eine bedeutende Firma aufgebaut), Solarenergie, Neuorganisation des Verkehrs und vor allem auch um Einsparung von Energie. Die Region hat sich bis 2015 zum Ziel gesetzt, 100% der benötigten Energie selbst und regenerativ zu erzeugen. Die Europäische Kommission hat den Kreis Lüchow/Dannenberg beim Wettbewerb der 100 Regionen für 100% erneuerbare Energie in 2000 mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Das Wendland wurde von Renate Künast als eine von 18 Ökomodellregionen in der BRD ausgewählt, was natürlich mit Fördergeldern verbunden ist. Mit Unterstützung durch die vor Ort sehr aktive Lokale Agenda 21 beteiligt man sich auch an der EU-»Campaign for Take Off«, bei der es auch um neue Energie geht und die noch bis 2003 läuft. Im Rahmen eines »Altener«-Projekts der EU, an dem so gut wie alle wesentlichen Institutionen der Region und darüber hinaus sowie Schaarschmidts Beratungsbüro »ReEnergie« beteiligt sind, wird die Energiesituation des Kreises insgesamt untersucht. Damit nicht genug, ist Dieter Schaarschmidt, der einen auf Pflanzenöl laufenden Dreizylinder Lupo fährt, auch aktiv bezüglich Weiterbildung im Bereich erneuerbare Energie. Durch die Aktivitäten werden natürlich zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. In gewisser Weise ist wohl nicht verwunderlich, dass Holzhäuser der bekannten Marke »81,5«, die nur wenig Heizenergie brauchen, aus der Gegend kommen. Eine nationale Initiative Strohballenbau hat sich hier kürzlich gegründet.

Es versteht sich fast von selbst, dass die Biolandwirtschaft in der Gegend erheblich an Boden (im wahrsten Sinne des Wortes) gewonnen hat und weiter gewinnen will. Auch bis 2015 sollen insgesamt 50% Bioanbau sein und alle Tiere zu 100% artgerecht gehalten werden. Die »Landpartie« ist eine Veranstaltung, bei der jedes Jahr zwischen Himmelfahrt und Pfingsten rund 20.000 BesucherInnen in die Region kommen. Eigens dafür gibt es einen 150seitigen Reiseführer zu den kulturellen Highlights, einschließlich Kunst und Kunsthandwerk in den Städten, Dörfern und auf den Höfen. Ohnehin tut sich in der lebendig gewordenen Region einiges. So kommen unter anderem Rockgruppen aus dem Ausland, die man sonst nur in großen Städten erwarten würde.

Schlussbetrachtung

Vor dem Hintergrund der Bevölkerungssituation und der von den strahlenden Resten ausgehenden Gefahr war die Gegend ein guter Nährboden für alternative Entwicklungen. Kritischer Geist, Intelligenz, Kreativität und Aktivität schufen Erstaunliches. Es kann festgestellt werden, dass die Region unter dem Druck der von außen gekommenen Bedrohung nicht nur energetisch umrüstet, sondern die hier lebenden Menschen ein anderes Politikverständnis und ein anderes Bewusstsein bekommen haben – der Weg war das Ziel.

Wahrscheinlich haben die exogenen Widrigkeiten die Menschen zusammenrücken lassen, was zu mehr zwischenmenschlicher Wärme geführt hat. Viele Menschen kennen sich wegen der gemeinsamen Aktionen jetzt besser und gehen positiver miteinander um. Die Lebensqualität in der Region ist gestiegen. Nirgendwo gibt es so viele Gemeinschaften wie hier. Ein vergleichbares Phänomen mit diesen Ausmaßen hat es meines Wissens in Deutschland noch nicht gegeben. Dieter Schaarschmidt bekundet, dass er Ehrfurcht vor der Natur und allem Lebendigen habe und er angetrieben werde von dem Wunsch, dass auch in ferner Zukunft noch Leben auf der Erde möglich sei. Vor dem Hintergrund seines jahrzehntelangen und erfolgreichen Engagements letztlich für den Erhalt der Natur und das Wohlergehen der Menschen in der Region, möchte ich nicht weniger als ihn für den Alternativen Nobelpreis vorschlagen.

Im Büro der Bürgerinitiative in Lüchow bekam ich weitere Informationen von Lucia Wente und Francis Althoff. Beide sind ein gutes Beispiel für aktive ZuwanderInnen von außen: Frau Wente kommt aus Baden-Württemberg, Herr Althoff aus dem Ruhrgebiet. Vor dem Gesamthintergrund kommen mir unter anderem die künstlichen Skipisten im Rhein-/Ruhrgebiet, die auch im Sommer mit immensem Energieaufwand Schnee vorhalten, einigermaßen pervers vor. Abschließend soll daran erinnert werden, dass durch Ausschalten der Standbyschaltung an Geräten ein AKW weniger laufen könnte. Die Weihnachtsbeleuchtung während des Monats Dezember verbraucht den Strom eines weiteren Kraftwerks. In Deutschland wird viel zu viel Strom hergestellt. Insgesamt kommen nur 20% der Elektrizität aus Kernkraftwerken. Wenn alle AKWs abgeschaltet würden, hätten wir immer noch eine Reserve von 15% – und weniger Gefahr durch Strahlung. Die ultimative Lösung kann nur heißen: AKWs abschalten.●

innova – Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, Leipzig

Neue Arbeitsplätze in Genossenschaften?

Sind Genossenschaften für Erwerbslose eine Alternative zu aussichtsloser Jobsuche oder Gründung einer Ich-AG? Bieten sie Möglichkeiten, selbstbestimmte Arbeitsplätze zu schaffen? Lässt sich der Kollektivgedanke selbstverwalteter Betriebe heute neu beleben? Die Antwort wird aus der Praxis kommen, und es gibt Ansätze, eine solche Praxis zu befördern: Die bundesweit tätige Entwicklungspartnerschaft innova ist eins von 110 EQUAL-Projekten in Deutschland. Sie entstand auf Initiative des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. und des NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V., und unterstützt Erwerbslose bei der Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze in Genossenschaften.

Elisabeth Voß, Red. Genossenschaften ● Das Konzept der Entwicklungspartnerschaft *innova* sieht vor, in Kooperation mit Bildungsträgern neunmonatige arbeitsamtsfinanzierte Fortbildungen durchzuführen. In dieser Zeit arbeiten Erwerbslose eine vorher nur grob skizzierte Geschäftsidee aus, und gründen am Ende der Fortbildung gemeinsam eine Genossenschaft, in der sie sich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. In den Fortbildungen soll das Wissen erworben werden, das erforderlich ist, um gemeinsam mit anderen ein Unternehmen zu führen. Dazu gehören neben den jeweiligen Fachkenntnissen auch betriebswirtschaftliches Grundwissen, Kenntnisse über Arbeitsorganisation, Einkauf und Materialwirtschaft, Marketing usw., sowie Kommunikation und Entscheidungsfindung in Gruppen.

Die Gründung eines Unternehmens ist ohnehin eine große, meist langwierige Aufgabe, in diesem Fall noch erschwert dadurch, dass innerhalb eines überschaubaren Zeitraums eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen geschaffen werden sollen, und das mit Menschen, die teilweise schon länger nicht mehr erwerbstätig waren. Darum sollen die Modellprojekte nach dem Muster der gestützten Selbsthilfe entwickelt werden, indem ein interessiertes Umfeld aufgebaut, und möglichst auch direkt in die Genossenschaft eingebunden wird. Das können andere Firmen sein, die mit der Genossenschaft dauerhafte Geschäftsbeziehungen aufbauen als Lieferanten, Kunden oder Kooperationspartner, aber auch private oder öffentliche Einrichtungen, oder interessierte Einzelpersonen.

Bausteine des Projekts

Der Aufbau eines unterstützenden Umfelds ist eine der Aufgaben der ProjektentwicklerInnen der *innova*, die die Modellprojekte von der ersten Idee, über die Fortbildung, bis zur Gründung und ersten Phase der Geschäftstätigkeit begleiten. Sie werden in ihrer Arbeit unterstützt vom innova-Team, insbesondere von der wissenschaftlichen Leitung, der Personalentwicklung und dem Gender Mainstreaming. Damit werden die Möglichkeiten eines EU-geförderten Projekts genutzt, Zeit und Ressourcen zur Verfügung zu haben für die Entwicklung von Konzepten und Standards für durchdachte Modellprojekte, die den jeweils aktuellen Erfordernissen angepasst werden.

In drei Teilprojekten bauen der *Sächsische Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens*, der *NETZ Bundesverband* und das *netz NRW* verschiedene Modellprojekte auf. Darüber hinaus wird die *innova* bundesweit eine Reihe von genossenschaftlichen Ausgründungen aus Beschäftigungsmaßnahmen begleiten. Das *Univation – Institut für Evaluation und wissenschaftliche Weiterbildung e.V.* führt die Evaluation durch. Zu einem späteren Zeitpunkt wird der *Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften e.V.* Schulungen zur Gründung von Genossenschaften anbieten.

Die Entwicklungspartnerschaft hat sich selbst als Genossenschaft *innova eG* gegründet. Neben den Teilprojektpartnern gehören ihr weitere Partner an, die das Vorhaben mit ihrem Know-how unterstützen: die *Bank für Sozialwirtschaft AG (BfS)*, der *Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (GdW)*, und natürlich der *Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens*. Ergänzend zu den konkreten Modellen werden im transnationalen Teilprojekt mit Partnern aus Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich und Schweden gemeinsame Vorschläge zur Ausgestaltung der Beschäftigungspolitik der EU erarbeitet und eine Datenbank erfolgreicher Unternehmenskonzepte eingerichtet.

Kahlschlag à la Hartz

Es sah alles ziemlich gut aus. Sechs Arbeitsämter hatten Kofinanzierungszusagen für die Fortbildung gegeben, auf deren Grundlage der EQUAL-Antrag von der EU bewilligt wurde. Nach einer Vorlaufphase (Aktion 1) begann das eigentliche Projekt im August 2002. Dann kam Hartz, und mit ihm die Kürzungen und drastisch verschärften Bedingungen der Arbeitsämter für alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, und damit auch für Fortbildungen. Die Verhandlungen zur konkreten Bewilligung der Bildungsmaßnahmen zogen sich in die Länge, immer neue Anforderungen wurden gestellt.

Im Herbst 2002 wurde immerhin eine Feststellungsmaßnahme durchgeführt im Muldentalkreis bei Borna, im Februar 2003 begann dort, und auch in Grimma jeweils eine Fortbildung. Mit viel Engagement sind die TeilnehmerInnen nun dabei, auf Grundlage sowohl regionaler Bedarfe, als auch ihrer eigenen Fähigkeiten und Interessen Geschäftsfelder zu entwickeln. Es sollen Dienstleistungen für BewohnerInnen und Unternehmen angeboten werden, z.B. Veranstaltungsservice, Vertrieb regionaler Produkte und weitere Tourismus-Service-Leistungen. Auch eine Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft ist geplant. An den anderen Standorten in Dresden, Köln, Baden-Württemberg und Berlin/Brandenburg wird immer noch mit den Arbeitsämtern verhandelt. Es sind aber auch Alternativen im Gespräch, z.B. Fortbildungen über die Sozialämter oder Kurse mit anderer Finanzierung.

Warum gerade Genossenschaften?

In der alternativökonomischen Szene gibt es heute über mehr als zwei Jahrzehnte Erfahrungen in kollektiver Ökonomie mit genossenschaftlich organisierten Unternehmen in verschiedensten Rechtsformen. Die selbstverwalteten Betriebe und Projekte der 1970er und 80er Jahren gingen von einer relativ privilegierten Situation aus, die KollektivistInnen waren überwiegend politisch motiviert. Es stellt sich die Frage, wie die dort gemachten Erfahrungen heute nutzbar gemacht werden können für und mit Menschen, die von Erwerbslosigkeit und Ausgrenzung betroffen sind. Dafür sind lebbare selbstverwaltete Wirtschaftsformen erforderlich, die weder Einzelne überfordern (wie mitunter in den Kollektivbetrieben der Alternativszene), noch unter dem Deckmäntelchen der Selbstverwirklichung neue Ausbeutungsformen schaffen (wie teilweise in der New Economy).

Kollektive Unternehmensgründungen haben oft eine bessere Tragfähigkeit als herkömmliche Gründungen, das Engagement der GründerInnen hilft gerade über die schwere Anfangszeit eines Betriebes hinweg. Es kann in Genossenschaften zwar zu Reibungsverlusten durch die Besonderheiten der Selbstverwaltung kommen, es gibt aber auch einen Zuwachs an Produktivität durch Partizipation. Letztlich kennen nur die Beschäftigten selbst die Feinheiten und Erfordernisse ihres Arbeitsplatzes im Detail, und sie werden dieses Wissen nur einbringen und umsetzen, wenn sie ihre Tätigkeit als ihr eigenes Anliegen begreifen – zum Nutzen des Betriebes und der Volkswirtschaft.

Um das Engagement und die Kreativität, also das volle Arbeitsvermögen zu erschließen, ist es notwendig, dass das Unternehmen überschaubar und transparent bleibt, damit die Einzelnen ihren Beitrag zum gemeinsamen Erfolg erkennen können. Ebenso sind ein gutes Betriebsklima und Übereinstimmung mit den gemeinsamen Zielen erforderlich. Das unternehmerische Denken und Handeln aller Beteiligten wird dann zu einem wirtschaftlichen Erfolgsfaktor, wenn es die Reibungsverluste und den Aufwand der Selbstverwaltung überwiegt.

Kein Allheilmittel

Alternatives Wirtschaften in Genossenschaften stellt kein Allheilmittel dar und wird die Krise nicht beseitigen – eine einfache Lösung gibt es ohnehin nicht. Aber die Erfahrungen aus der Selbstverwaltung beinhalten Potentiale zum Umgang mit der heutigen Krisensituation, die genutzt werden sollten. Dabei geht es nicht nur um Arbeitsmarktpolitik, sondern eher um gesellschaftliche Werte, nicht zuletzt um die Frage: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Die aktuellen Umwälzungen der sozialen Sicherung lassen befürchten, dass mit der ganzen Palette des »Fördern und Fordern« von Erwerbslosen, letztlich also mit der Drohung des teilweisen oder vollständigen Entzugs von Lohnersatz- oder Sozialleistungen, ein gesamtgesellschaftliches Duckmäusertum eingeläutet werden soll, mit entsprechendem Druck auch auf die heute noch Beschäftigten. Hartz und die Agenda 2010 weisen in die Richtung eines Gesellschaftsmodells mit wachsendem Niedriglohnsektor, deregulierten Beschäftigungsverhältnissen, Individualisierung allgemeiner Lebensrisiken und zunehmender Armut.

Der genossenschaftliche Gedanke, den eigenen (wirtschaftlichen) Nutzen gemeinsam mit anderen zu erreichen, ist zumindest ein Ansatz einer anderen Gesellschaft. Gleichberechtigung der Mitglieder, gemeinsames Eigentum, gemeinsame Entscheidungsfindung und Kooperation erfordern eine innere Haltung der Individuen und ein praktisches Alltagshandeln, das sich deutlich unterscheidet von dem, was mit dem Begriff »Ich-AG« sehr pointiert und über diese spezielle Form der Existenzgründung weit hinausgehend ausgedrückt wird.

Arbeitsplatzpotentiale

Eine Rechtsform allein schafft noch keine Arbeitsplätze. Aber wenn sich Menschen zusammentun und gemeinsam ihre wirtschaftlichen Interessen organisieren, kann vieles gemeinsam kostengünstig und effektiv organisiert werden, und in der Bündelung von Wissen, Kontakten und Ideen Synergieeffekte zum Nutzen aller Beteiligten hervorbringen. Wie jedes andere Unternehmen braucht auch eine Genossenschaft ein tragfähiges Unternehmenskonzept mit einem Geschäftsfeld, das sich am Markt behaupten kann. Da Erwerbslose meist nicht über viel Geld verfügen, also keine umfangreichen Investitionen tätigen können, werden solche Gründungen überwiegend in arbeitsintensiven Dienstleistungsbereichen stattfinden. Sie beziehen sich auf einen lokalen oder regionalen Markt, im Sinne dezentralisierter Arbeit statt zentralisierter Technologie.

In wirtschaftlichen Kooperationen von Betrieben und Projekten können gemeinsame Strukturen aufgebaut werden, z.B. für Marketing und Vertrieb, gemeinsame Angebotserstellung, Einkauf, Verwaltung, Telefonbereitschaft und Buchführung, Qualifizierung der MitarbeiterInnen, Finanzierung und Beantragung von Subventionen oder Projektmitteln, und gegenseitige Hilfe bei Auftragsspitzen. Darüber hinaus können gemeinsame Wirtschaftskreisläufe organisiert, und die Interessen alternativen Wirtschaftens in vernetzten Zusammenhängen in politische Debatten eingebracht werden.

Multi-Stakeholder-Genossenschaften

Eine Chance könnte in der Privatisierung bisher öffentlicher Leistungen liegen, wenn der Staat – statt sein Tafelsilber wahllos zu versetzen und damit lokalökonomische Ressourcen aus der Hand zu geben – bislang von ihm betriebene Unternehmen den in ihnen Beschäftigten, und den von deren Tätigkeit Betroffenen übergibt. Solche selbstverwalteten Einrichtungen oder Multi-Stakeholder-Genossenschaften (z.B. von Beschäftigten einer Kindertagesstätte, Eltern und evtl. auch der Kommunalverwaltung) sind flexibler als staatliche Einrichtungen. Dabei orientieren sie sich an den Interessen der Beteiligten, sind wichtige Bestandteile lokaler Wertschöpfungsketten mit positiven ökonomischen und Arbeitsplatzeffekten auch für ihr direktes Umfeld, und stellen praktische Gegenmodelle zum grenzenlos zentralisierenden GATS dar.

Auf keinen Fall darf jedoch mit solchen Konstruktionen der Staat aus seiner Verantwortung entlassen werden. Soziale, kulturelle und Infrastrukturleistungen können nur dauerhaft in hoher Qualität angeboten werden, wenn zumindest eine teilweise öffentliche Finanzierung dafür bereitgestellt wird. Dabei kommt der Vergabe öffentlicher Aufträge eine bedeutende Rolle für das Funktionieren von Unternehmen mit sozialer Zielsetzung zu. Diese kann an bestimmte z.B. soziale oder auch ökologische Voraussetzungen des Unternehmens, das den Zuschlag bekommt, geknüpft werden. In diesem Zusammenhang ist mindestens eine Transparenz von Vergabeentscheidungen, besser noch Mitentscheidung der betroffenen BürgerInnen zu fordern.

Auch zum Erhalt bestehender Arbeitsplätze können Genossenschaften einen Beitrag leisten, wenn für das oft ungelöste Problem der Unternehmensnachfolge die Möglichkeit der gemeinschaftlichen Übernahme durch die Belegschaft in die Diskussion gebracht, und entsprechende Beispiele erfolgreich umgesetzt werden.

Missbrauchsgefahr

Es besteht heute ein erhebliches Risiko, dass alternatives Wirtschaften und Selbsthilfe romantisiert und für Sparpolitik, Deregulierung und Privatisierung missbraucht wird. Wo öffentliche Finanzierungen für Leistungen im sozialen Bereich systematisch abgebaut und Einrichtungen privatisiert werden, kann auch alternative Ökonomie die daraus entstehenden Probleme nicht lösen. Genossenschaftliche Unternehmen eignen sich nicht als Billiganbieter und sollten sich nicht als solche missbrauchen lassen, und ehrenamtliche Tätigkeiten können soziale Dienstleistungen von Fachkräften nicht dauerhaft ersetzen.

Einer Instrumentalisierung von Selbsthilfe sollte entgegengetreten werden. Nachhaltig wirtschaftlich tragfähige Strukturen sind nicht zum Nulltarif zu haben, insbesondere dürfen soziale Sicherung und Daseinsfürsorge nicht auf Selbsthilfe und alternative Modelle reduziert werden. Denn es gibt Menschen, die nicht bereit oder fähig sind zu Selbstverwaltung und bürgerschaftlichem Engagement, und das ist ihr gutes Recht. Insofern impliziert Selbsthilfe als freiwilliges Engagement immer auch die Ausgrenzung der nicht an ihr Beteiligten. Neben der Betonung der Potentiale von alternativem Wirtschaften ist es ebenso wichtig, die Grenzen klar zu definieren.

Die viel beschworene Selbstverantwortung – heute gerne als Argument für die Einsparung von Sozialleistungen zur Eindämmung einer behaupteten Versorgungsmentalität benutzt – wird im Kontext der gegenwärtigen Debatten zum Umbau des Sozialstaats zum neoliberalen Kampfbegriff. Für einen solchen Missbrauch sollten Genossenschaften sich nicht hergeben.●

Kontakt:
innova – Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, Konstantinstr. 12, D-04315 Leipzig, Tel.: (03 41) 681 09 85, Fax: 681 17 86, info@innova-eg.de, www.innova-eg.de

Gemeinschaftsinitiative EQUAL:

Finanziert durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), erprobt diese Initiative neue Mittel der Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten im Arbeitsleben und bei der Arbeitsuche. Transnationale Zusammenarbeit, Innovation, Empowerment, thematischer und partnerschaftlicher Ansatz, Verbreitung und Integration in die »Mainstream«-Politiken und Praktiken sind die Schlüsselprinzipien von EQUAL. Die Aktivitäten werden an vier Pfeilern ausgerichtet: Beschäftigungsfähigkeit, Unternehmergeist, Anpassungsfähigkeit und Chancengleichheit für Frauen und Männer. Die Problematik der Asylbewerber wird ebenfalls berücksichtigt.
http://europa.eu.int/comm/employment_social/equal/index_de.html

Berlin: Förderung von Genossenschaften

In Berlin werden neuerdings auch Genossenschaften nach dem ARP (Arbeitsmarktpolitisches Rahmenprogramm) gefördert, d.h. auch kollektive ExistenzgründerInnen aus der Erwerbslosigkeit können bei der Investitionsbank ein zinsverbilligtes Darlehen beantragen, sowie die Übernahme der Kosten für Weiterbildung und Coaching (in geringem Umfang und überwiegend erst nach erfolgter Gründung), was bisher individuellen ExistenzgründerInnen vorbehalten war. Aber eine Gründungsförderung allein reicht nicht aus. Gerade bei Gründungen aus der Erwerbslosigkeit ist in aller Regel ein längerer Vorbereitungsprozess erforderlich, um die notwendigen Kenntnisse zu erwerben, und als Gruppe gemeinschaftlicher UnternehmerInnen zusammenzuwachsen und ein gemeinsames Konzept zu entwickeln.
http://tinyurl.com/bjkk

TAGUNG IN LEIPZIG

Hilfe zur Selbsthilfe

– Genossenschaftliche Lösungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Anlässlich des 80. Internationalen Genossenschaftstages am 5. Juli findet vom 4. bis 6. Juli 2003 eine Tagung in Leipzig statt. Sie soll Antworten ermöglichen auf Fragen wie: Lassen sich durch die Unterstützung genossenschaftlicher Unternehmensgründungen neue Arbeitsplätze schaffen oder stellt die Übertragung von wirtschaftlicher Selbstverantwortung auf Menschen ohne Beschäftigung eine Überforderung dar? Erweisen sich in der Aufbauphase geförderte Unternehmen von am Arbeitsmarkt Benachteiligten nur als Strohfeuer? Gibt es sinnvolle Wege, um die gemeinsame Unternehmensgründung von Arbeitslosen nachhaltig anzustoßen?

Ute Schatte, Red. Genossenschaften ● Wirtschaftliche Gruppenselbsthilfe und Genossenschaften werden bereits seit über einem Jahrhundert immer wieder als Synonym verwendet. Tatsächlich gründeten sich viele Genossenschaften als Hilfseinrichtungen für wirtschaftlich benachteiligte Gruppen. Entsprechend bezeichnet man sie auch heute oftmals noch als »Kinder der Not«. Zielsetzung der Mitglieder war die »Verbesserung einer schwachen Marktposition und damit die Verbesserung einer individuellen Ertrags- und Verbrauchslage« (Seraphim).

Auch die Diskussion um die genossenschaftliche Selbsthilfe, ob sie ohne jegliche fremde Hilfe auskommen oder ob sie Unterstützung erfahren sollte, begleitet die Geschichte der Genossenschaften seit Beginn an. Bekannte Meinungsgegenpole waren hier Hermann Schulze-Delitzsch und Ferdinand Lassalle. Während Lassalle sich für finanzielle Unterstützung durch den Staat einsetzte, sah Schulze-Delitzsch darin die Gefahr des Scheiterns angelegt. Er befürchtete, dass durch Fremdhilfe Eigeninitiative und Engagement nicht ausreichend zum Tragen kommen.

Benachteiligungen abbauen

Sicher ist heute, dass sowohl im landwirtschaftlichen Sektor als auch in der Wohnungswirtschaft ohne Fremdhilfe die heute wichtige genossenschaftliche Infrastruktur in beiden Branchen nicht entwickelt worden wäre. Selbstverständlich ist gegenwärtig auch, dass jedem Unternehmensgründer vielfältige Unterstützungsleistungen von der Beratung bis hin zur Anschubfinanzierung zur Verfügung gestellt werden. Warum sollten Genossenschaftsgründungen hiervon ausgeschlossen bleiben? Gibt es besondere, für diese Unternehmensform geeignete Unterstützungsmöglichkeiten, die ihre dauerhafte Etablierung am Markt erleichtern? Liegen in der Gruppe Chancen, die für Arbeitslose Möglichkeiten zur langfristigen Beschäftigung bieten? Ist die Sozialwirtschaft ein Sektor, der aufgrund seiner bisherigen Entwicklung sich als zukünftiges Betätigungsfeld anbietet? Diesen und einer Reihe weiterer zentraler Fragen soll in der Tagung nachgegangen werden, um zu klären, ob und wie die Chancen der Gruppenselbsthilfe erfolgreich genutzt werden können.

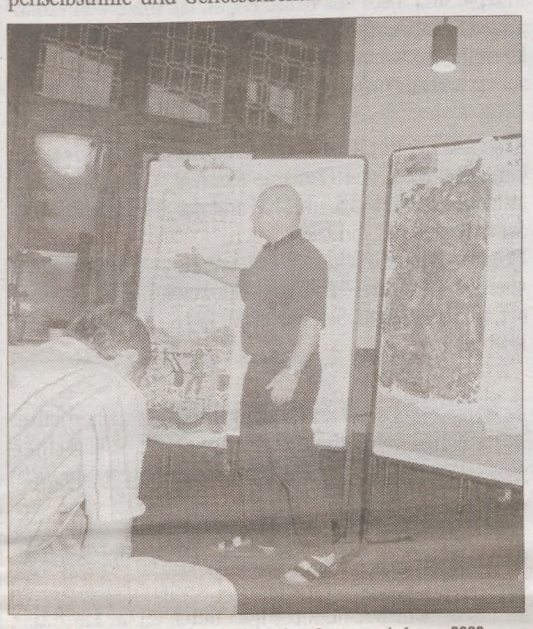
Dabei wird ein intensives Augenmerk auf vier Bereiche geworfen, die für genossenschaftliche Unternehmensgründungen von zentraler Bedeutung sind. Gut durchdachte Geschäftsideen – möglichst von außen begutachtet und beraten – verbessern die Überlebensmöglichkeiten. Finanzierungsfragen gehören zum Standardproblem jeder Gründung. Qualifizierung und die Festigung des Gruppenzusammenhalts sind weitere wichtige Bereiche, durch die sich die Gruppenselbsthilfe erfolgreich anstoßen und begleiten lässt. Entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten sollen durchleuchtet werden, um so vielfältige Anstöße für die Politik und die wirtschaftliche Praxis geben zu können, wie Genossenschaften einen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten können.

Organisatorisches

Durchgeführt wird die Tagung von der innova eG in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., netz e.V. und Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ). Sie ist gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Equal. Tagungsort Leipzig -Breitenfeld im Breitenfelder Hof, Lindenallee 8, D-04158 Leipzig.

Der Teilnahmebeitrag beträgt 40,00 EUR incl. Essen und Übernachtung ohne Tagungsgetränke, für Arbeitslose 30 EUR, für Kinder 20,00 EUR. Während der Seminarzeiten wird Kinderbetreuung angeboten. Bitte Bedarf bei der Anmeldung vermerken. Die Anmeldung ist erst verbindlich durch Einzahlung des Teilnahmebeitrages auf Kto. 34 633 00, BLZ 860 205 00 bei der Bank für Sozialwirtschaft.

Anmeldung und Informationen:
innova eG, Konstantinstr. 12, D-04315 Leipzig
Tel.: (03 41) 681 09 85, Telefax 681 17 86
E-Mail: ute.schatte@innova-eg.de
www.innova-eg.de●



Kreatives Miteinander während der Alternativen Genossenschaftstage 2002 (Elmar Sing mit Wandzeitung)

Konzentriertes Zuhören auf den Alternativen Genossenschaftstagen 2002 (ZuhörerInnen)

AKTUELLES SEMINARPROGRAMM

Freitag, 04. Juli 2003

16.00 Uhr Begrüßung / Einführung in die Tagung
16.15 Uhr **Geschichte und Theorie der genossenschaftlichen Selbsthilfe – Gründe für Entstehung, Erfolge und Misserfolge**
Prof. Dr. Dr. Juhani Laurinkari, Universität of Kuopio, Finnland
17.15 Uhr **»Assoziative Solidarität« – Perspektiven der Genossenschafts-Bewegung**
Prof. Dr. Eckart Pankoke, Universität Duisburg-Essen
19.30 Uhr **Lassen sich durch genossenschaftliche Unternehmensgründungen verstärkt Arbeitsplätze schaffen?**
Gemeinsame Diskussion nach der Fishbowl-Methode

Samstag, 05. Juli 2003

09.00 Uhr **Empowerment – Erfahrungen mit der Aktivierung von Betroffenen zur genossenschaftlichen Selbsthilfe**
Prof. Dr. Susanne Elsen, Fachhochschule München
09.45 Uhr **Risiken und Fallstricke genossenschaftlicher Existenzgründung am Beispiel von HausGemacht**
Marion Schöne, Vorstandsvorsitzende HausGemacht, Hauswirtschaftliche Dienstleistungsgenossenschaft eG, München
10.45 Uhr **Erfahrungen mit der Neugründung einer Genossenschaft für Langzeitarbeitslose und Pläne für die zukünftige Gestaltung**
Klaus Havenstein, Haus und Garten eG, Kirchzarten, und Jürgen Dangel, Diakonisches Werk Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
11.30 Uhr **Gegenwärtiger Stand der EQUAL-Projekte in Deutschland unter dem Blickwinkel »Hilfe zur Selbsthilfe«**
Dr. Michael Heister, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Leiter Technische Hilfe der Nationalen Koordinierungsstelle EQUAL
14.30 Uhr **Arbeitsgruppen**
AG 1
Geschäftsideen als Grundlage jeder Teamgründung
Elisabeth Voss
AG 2
Inhalte und Formen genossenschaftsförderlicher Qualifizierung
Dr. Wolfgang Holland-Merten
AG 3
Nur mit Moos geht's los – Finanzierung für den Weg zur Genossenschaft
Dr. Burghard Flieger
AG 4
Supervision und Coaching – Stabilisierung gemeinschaftlicher Unternehmensgründungen
Anne Werthmann
17.30 Uhr **Aktivierende Arbeitsmarktpolitik – Welche Instrumente der Arbeitsämter lassen sich bei Umsetzung des Hartz-Konzepts für die (Gruppen-) Selbsthilfe nutzen?**
Prof. Jutta Allmendinger, Leitung des IAB, Nürnberg (angefragt)
20.30 Uhr Upton Sinclair: Coop – »Spontan«-Lesetheater mit SprecherInnen aus dem Kreis der Tagungsteilnehmer

Sonntag, 06. Juli 2002

09.00 Uhr **Selbsthilfegenossenschaften durch Qualifizierung auf den Weg bringen – Konzeption und Umsetzung eines EQUAL-Projekts**
Dr. Sonja Menzel, innova – Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften
10.00 Uhr **Gründungsunterstützung für Gruppenunternehmen und Selbsthilfegenossenschaften – Stand und Erfordernisse**
Dr. Andreas Eisen, Genossenschaftsverband Norddeutschland e.V., Hannover
Dr. Barbara Biesold, Genossenschaftsverband Sachsen (Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V., Dresden
Mathias Fiedler, Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg
12.00 Uhr **Genossenschaftliche Lösungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen – Illusion oder Zukunftschance?**
Dr. Burghard Flieger, innova – Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften
13.00 Uhr Mittagessen anschließend Abreise

Wiesbaden: Wohngenossenschaft feiert Gründung

Gemeinschaftlich Wohnen eG

Das Pariser Hoftheater war am 11. März die erste Baustelle der neuen Genossenschaft Gemeinschaftlich Wohnen. Gemeinsam mit vielen Gästen legten die 13 Gründungsmitglieder Hand an und gossen aus Zement einen Grundstein. Symbolisch mit vielen Verzierungen versehen, enthält der Stein alle guten Wünsche, die die Gäste dem jungen Unternehmen mit auf den Weg gaben.

Redaktion Heidelberg ● »Eigentlich wollten wir nur anders wohnen«, fasste Maria Wippel die 7-jährige Geschichte der Initiative zusammen, »aber um unser Wohnprojekt zu realisieren, mussten wir UnternehmerInnen und Unternehmer werden«. »Die Umgestaltung der Stadt Wiesbaden in die Stadt der Wohnprojekte kann damit beginnen,« freute sich Udo Schläfer vom Vorstand der Genossenschaft. Er betonte, dass neue Mitglieder willkommen sind und hohe Einlagen mit guten Renditen belohnt werden. Das Eigenheimzulagegesetz, das dies möglich mache, fördere Genossenschaftsmitglieder auch wenn sie nicht in einem Projekt wohnen wollen. Damit unterstützt der Staat die notwendige Kapitalbildung von jungen Genossenschaften.

Clemens Altschiller, Leiter des Wohnungsamtes beglückwünschte die Gruppe zu ihrem mutigen Schritt. Für Wiesbaden sei das neue Unternehmen eine »wichtige Energiequelle«. »Wiesbaden kann nicht nur von den fossilen Energieträgern seiner Vergangenheit leben«. Höhepunkt des Abends war die Auszeichnung der Genossenschaft im Rahmen eines bundesweiten Wettbewerb. Die Umgestaltung der Blücherstraße 17 in ein gemeinschaftliches und ökologisches Wohnprojekt wurde mit dem 1. Preis geehrt. Der Preis war von der Allianz Dresdner Bauspar AG und der Zeitschrift Capital zum Thema »Wohnort Innenstadt« ausgeschrieben worden. Dr. Andreas Rösner vom Vorstand des Bausparinstitutes, der den Scheck von 10.000 Euro überreichte, freute sich, dass mit dem Preis ein Projekt im Wiesbadener Westend ausgezeichnet wird. »Ich bin in die Blücherschule gegangen und habe einige Jahre im Westend gelebt«. Auch der Regionalleiter Rhein-Main der Dresdner Bank Klaus Byers und Birgit Langer, die den Wettbewerb für die Dresdner Bauspar AG betreute, gratulierten. Das Geld sei als Grundstock in der Kasse der jungen Genossenschaft sicher gut angelegt, meinten sie.

Die Initiative Gemeinschaftlich Wohnen wurde 1996 von Menschen in Wiesbaden gegründet, die sich ein anderes Wohnen in der Stadt wünschen. Im Laufe der Jahre ist daraus ein Konzept für ein generationsverbundenes Wohnprojekt entstanden. Ziel des Projektes ist sozial und kulturell gemischtes Wohnen von Jung und Alt. Die Gruppe möchte Nachhaltigkeit im Alltag verwirklichen: beispielsweise durch ökologisches Bauen und Wirtschaften, gemeinschaftliche Nutzung von Autos und soziale Verantwortung.

Seit einen Jahr beschäftigt sich die Initiative mit dem Gebäudekomplex Blücherstraße 17. Das Gebäude befindet sich im Besitz der Stadt Wiesbaden. Das Vorderhaus wurde 1992 saniert und ist bewohnt. Verschiedene Planungen, die hinteren Gebäudeteile zu sanieren, wurden wieder fallen gelassen. Seit über zehn Jahren steht dieser Teil fast komplett leer und verfällt zunehmend. In Zusammenarbeit mit dem Architekten Wilfried Kröger hat die Genossenschaft Gemeinschaftlich Wohnen einen Entwurf für die Sanierung und Umgestaltung des Mehrfamilienhauses zu einem gemeinschaftlichen und ökologischen Wohnprojekt entwickelt. Die Gruppe plant, das Gebäude von der Stadt zu erwerben.

Der neu geschaffene Grundstein soll möglichst bald das erste Wohnprojekt der Genossenschaft verzieren. Wo das entsteht, ist noch offen. »Wenn die Kaufverhandlungen mit der Stadt Wiesbaden erfolgreich sind, werden wir die Planung für die Blücherstraße 17 realisieren. Ansonsten geht die Suche nach einem Standort für das erste Modellprojekt der Genossenschaft weiter«, sagte Maria Wippel von der Genossenschaft Gemeinschaftlich Wohnen.●

Kontakt: Udo Schläfer, Rheinstraße 76, D-65185 Wiesbaden, Telefon 3082109 oder
E-mail: gemeinschaftlichwohnen@freenet.de.

Das Geld, die Arbeit, die Angst, das Glück

»Es liegt auf der Hand, dass das alles nicht gut gehen kann, die Erhitzung der Weltwirtschaft, die ungleiche Verteilung des Besitzes, der kriminelle Umgang mit der Natur, die zukunftsblinde Ausbeutung der Rohstoffe, das schier ungebremste Wachstum der Weltbevölkerung. Wer unsern Untergang voraussagt, hat beinah recht.« (S. 16) Übertreibt der Autor, oder ist er einer von jenen, deren Warnungen doch nicht gehört werden? Die modernen Propheten macht Urs Widmer ohnedies anderswo aus. Unser Geldsystem habe heute eine Abstraktionshöhe erreicht, dass dort die »Deuter« (Analysten) das größte Sagen hätten. »Den Vogelflug deuten sie nicht mehr, aber die Kurven, die der Dow Jones und der Dax und der Swiss-Market-Index und der Nasdaq fliegen, gleichen der Flugbahn von Bussarden und Geiern.« (ebd.). Allein der titelgebende Text macht diese Essaysammlung zu einem politischen Lesevergnügen.

Urs Widmer problematisiert die destruktive Wirkung des Geldes (»Es macht – Ausnahmen bestätigen die Regel – egoistisch, es vereinzelt die Menschen und hindert sie daran, sich als Mitglieder einer Gemeinschaft zu verstehen, in der keiner ohne den andern leben und überleben kann.« (S. 17), das undemokratische Wirtschaftssystem der Großkonzerne (grobschlächtiger Darwinismus, Durchsetzung der Starken, Gut-Böse-Denken, kein Aushalten von Ambivalenz) sowie die Erpressbarkeit der Menschen durch die Arbeitsmarktzwänge: »Ich weiß, dass wir gerne arbeiten, wenn unsere Arbeit einen Sinn macht, und dass irgendwann einmal, bald wahrscheinlich, von uns allen viel weniger Arbeit geleistet werden muss.« (S. 28) Es sei – so der Autor – gewiss auch wünschenswert, nicht verwerflich, wenn unsere Autos oder Kühlschränke von Robotern montiert werden. Verwerflich sei aber, »den Menschen, die das vorher getan haben, keine Mittel für ihr Leben zu geben« (ebd.) Dies sei menschenverachtend, ökonomisch dumm und politisch gefährlich.

Das Diktat einer Konkurrenzgesellschaft führt Widmer schließlich zur Verhinderung von Glück, welches für ihn nur gemeinsam mit anderen erreichbar und damit politisch sei: »Tiefer Friede seit mehr als fünfzig Jahren. Trotzdem leiden wir, und vielleicht sogar zunehmend, an Ängsten.« (S. 21) Es könne »kein einzelnes Glück im allgemeinen Unglück geben« bzw. – Adorno variierend – »kein richtiges Glück im falschen.« (S. 30)

37 Millionen Menschen, so zitiert der Autor eine Studie der Weltgesundheitsorganisation, laborieren in Europa an so genannten »beschäftigungsbedingten Krankheiten«.

Urs Widmer zählt zu den wenigen Verbliebenen – das machen auch die weiteren kürzeren Beiträge deutlich –, die sich utopischem Denken anvertrauen, noch erlauben sich vorzustellen, dass Leben und Wirtschaften auch ganz anders sein könnten. Wie wichtig dies ist, begründet er selbst. Wenn eine Gesellschaft von einem einzigen Denkmodell beherrscht werde, sei sie kaum mehr fähig, sich selber zu beobachten und zu kritisieren: »Sie ist blind für sich selber. Sie analysiert nicht mehr grundsätzlich, sondern bastelt allenfalls an kleinen Systemkorrekturen herum.« So gehe ihr auch das Gefühl für Moral verloren: »Statt Moral zu haben, moralisiert sie, um so heftiger, als sie den Verlust wahrhaftiger Moral ahnt. Wir sind politisch korrekt bis zum Gehtnichtmehr. Aber die Ungeheuerlichkeiten dieser Welt werden seltsam ruhig hingenommen.« (S. 26) Eine wohl treffende Zeitdiagnose!●

H.H.

Aus: PRO ZUKUNFT Nr. 2002/6, Herausgegeben von der Robert-Jungk-Bibliothek, Salzburg

Urs Widmer: Das Geld, die Arbeit, die Angst, das Glück. Zürich: Diogenes, 2002. 271 S., ISBN 3-257-06331-8, 20,50 EUR

Grundfragen des 21. Jahrhunderts

In zehn thematischen Blöcken (von Digitale Revolution über Arbeit bis Politische Krisen und das Prinzip Verantwortung) präsentiert der ehemalige Kulturdezernent der Stadt Nürnberg (1964-1990) kurze Texte prominenter Zeitgenossen zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen. Behandelt werden die strukturellen Nachhaltigkeitsdefizite unseres Wirtschaftens und Strukturprobleme der Demokratie ebenso wie der Terrorismus. Zwar nicht neu aber doch lesens- und bedenkenswert sind die Texte allemal, da viele Probleme und Gefahren nicht einmal in Ansätzen gelöst sind.●

A.A.

Aus: PRO ZUKUNFT Nr. 2002/6, Herausgegeben von der Robert-Jungk-Bibliothek, Salzburg

Grundfragen des 21. Jahrhunderts. Ein Lesebuch. Hrsg. v. Hermann Glaser, München: Dt. TB-Verl., 2002. 248 S., 12,50 EUR, ISBN 3-423-30847-8

Biopiraterie

Aus der Sicht der Industriestaaten, in denen auch die Nahrungsmittelproduktion hoch technisiert ist, erscheint die Position von Vandana Shiva vielleicht romantisierend oder sogar antiquiert: In ihrem jetzt auf deutsch erschienenen Klassiker »Biopiraterie« setzt sie auf die strikte Kontrolle über grundlegende Lebensbereiche durch die kommunale und regionale Gemeinschaft. Nahrungsproduktion, Saatzucht, Wasserversorgung, Bildung und andere öffentliche Aufgaben gehören für die Autorin in die direkte Obhut der Menschen. Nur eine solche emanzipatorische Perspektive könne gleichzeitig Demokratie Artenvielfalt, soziale und ökologische Nachhaltigkeit garantieren.

Dagegen erweise sich das, was Regierungen im Norden, multinationale Konzerne und internationale Organisationen wie Weltbank, IWF und WTO als »Freiheit« anpreisen, aus Sicht des Südens als »neue autoritäre Struktur«. Nach den ersten beiden Wellen der Globalisierung, der tatsächlichen Eroberung, die vor 500 Jahren begann, und der »Entwicklungshilfe«-Politik nach 1960, folge nun »eine säkulare Neuauflage des gleichen Kolonisationsvorhabens« – nicht mit Eroberern und Missionaren, sondern mit Patenten und geistigen Eigentumsrechten.

Vandana Shiva legt aus ökofeministischer Sicht die neue Qualität dieser »dritten Welle« dar: »Jetzt braucht das Kapital neue Kolonien«, und »diese neuen Kolonien sind die Innenräume von Frauen, Pflanzen und Tieren«. Damit gehe auch eine Entwertung von Frauenarbeit und bäuerlicher Arbeit in der Dritten Welt einher. Diese lokalen, vielgestaltigen Strukturen seien der Weltwirtschaft vor allem deshalb ein Dorn im Auge, weil sie sich der Verwertbarkeit durch zentralisierte Ökonomien entziehen: Sie produzieren zwar, tragen aber nichts zur »weltwirtschaftlichen Entwicklung« bei.

Als Mittel, um den Zugriff auf diese Ressourcen zu sichern, wird die Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte – eben die »Biopiraterie« – beschrieben. Dieser Zugriff geht nach Vandana Shiva soweit, dass ganze Gesellschaften erschüttert, Demokratien in Frage gestellt und bisherige Freiheiten einem Konzept von »Zwang und Gewalt« unterworfen werden. Als Gegenkonzept empfiehlt die Autorin das 1993 vom »Dritte Welt Netzwerk« entwickelte »Prinzip der gemeinschaftlichen Rechte«.

Erkenntnis steigernd ist das Buch auch für westliche Globalisierungskritiker: Es setzt nicht auf eine »Globalisierung von unten«, wie sie von vielen nördlichen Netzwerken gefordert wird. Vielmehr steht die »Fähigkeit zur Selbstorganisation« im Vordergrund und die Notwendigkeit eines »alternativen wirtschaftlichen Paradigmas«.●

Dirk Krüger

Aus: Der Rabe Ralf, April/Mai 03

Vandana Shiva: Biopiraterie – Kolonialismus des 21. Jahrhunderts. Unrast Verlag, Münster 2002, 156 Seiten, 14 EUR

Buchenwald – Ein Konzentrationslager

Die CD-ROM »Buchenwald – Ein Konzentrationslager« ist das Vermächtnis ehemaliger Buchenwalder Häftlinge aus dem In- und Ausland. Ihre Berichte aus eigenem Erleben bilden die Grundlage dieser Dokumentation. Sie schildern die Geschichte eines der größten deutschen Konzentrationslager und zugleich eine Geschichte von Solidarität und Widerstand.

Etwa 450 Bilder und Dokumente illustrieren die Texte der überlebenden Widerstandskämpfer und Häftlinge. Sie selbst kommen in über 50 Audio- und Videosequenzen zu Wort. Unterrichtsmaterialien für die Vorbereitung eines Besuches in der Gedenkstätte Buchenwald, über 100 ausführliche Personenportraits, eine interaktive Lagerkarte, eine Chronik der Lagergeschichte, ein ausführliches Glossar und weiterführende Informationen ermöglichen weitere Zugänge zum Thema.

Das Besondere an dieser CD-ROM ist, dass sie bewusst aus der Perspektive der überlebenden Häftlinge die Situation des Lagers darstellt. Sie liefert nicht nur allgemeine historische Fakten und Zusammenhänge, sie zeigt auch, wie es den organisierten politischen Häftlingen möglich wurde, sich dem Vernichtungswillen der SS entgegenzustellen und mit der Selbstbefreiung am 11. April 1945 über 21.000 Häftlinge, unter ihnen 904 Kinder, vor der Vernichtung zu bewahren.●

diego

Willy Schmidt, Christoph Leclaire, Andrea Meschede, Ulrich Schneider: Buchenwald – Ein Konzentrationslager. Multimediale CD-ROM, Pahl-Rugenstein Verlag, Mit Booklet, 24,95 EUR, ISBN 3-89144-335-8

Bert Hellinger im Kreuzfeuer der Kritik

Seit Jahren dominiert ein Name die Psycho- und Therapieszene: Bert Hellinger. Seine »Familien- und Organisationsaufstellungen« sind ein stark nachgefragter Markenartikel. Nicht nur gigantische Erfolge in esoterischen Kreisen kann er auf sein Konto verbuchen. Er ist fast allgegenwärtig. Wer Hellinger kritisiert ist beinahe schon ein Aussätziger. Dennoch gab es immer wieder Kritik, meist leise, verhalten, fast nicht wahrgenommen.

Das hat sich nun geändert. Die kritischen Stimmen werden lauter und es ist kein Zufall, dass nun dazu ein Buch von Colin Goldner herausgegeben wurde. Titel: »Der Wille zum Schicksal«. Darin tritt eine umfassende AutorInnenriege an, um Hellinger kritisch unter die Lupe zu nehmen. Der ehemalige, 1925 geborene Afrika-Missionar vertritt ohne Zweifel ein erzreaktionäres, patriarchales Weltbild. Das geht so weit, dass Frauen Vergewaltigungen »annehmen« und »bejahen« sollen. Wird die Frau durch die Vergewaltigung schwanger, so sei »aus dem Schlimmen etwas Gutes entstanden«.

Auch der inzestuöse Missbrauch an Kindern, von Vätern begangen, wird bei Hellinger der Mutter in die Schuhe geschoben. Diese sei ihren ehelichten Verpflichtungen nicht nachgekommen und habe so unbewusst das Kind dem Vater als »Ersatz« zugeschoben. Das Kind würde diese »Aufgabe« im Sinn des Ausgleichs der Familiendynamik »gerne« erfüllen. Dazu kommen bei Hellinger noch bedenkliche Aussagen zum Nationalsozialismus. Wer Partisanen erschossen hat, sei eben ein aufrechter deutscher Soldat, der Zweite Weltkrieg sei »notwendig« gewesen, Der Krieg, so Hellinger auf den Spuren des Heraklit, sei eben der Vater aller Dinge.

Ein weiterer Stein des Anstoßes: 1997 beging eine Frau nach Hellingers Familienaufstellung Selbstmord. Seine Therapie wird von ExpertInnen als unseriös gebrandmarkt. Die hier angedeuteten Kritikpunkte am »Guru der modernen Therapieszene« werfen die bange Frage auf, wie ein derartiger »Lehrer« einen so großen gesellschaftlichen Einfluss gewinnen konnte. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Wirken des ehemaligen Missionars ist überreif. Wer nicht zu dem umfassenden, von Goldner herausgegebenen Buch greifen möchte, kann sich auch mit einer Kurzzusammenstellung der Kritikpunkte in dem Werk von Claudia Barth informieren. Hier gibt es noch weitere Ausführungen, die sich auf die Thematik der rechten bis rechtsextremen Esoterik konzentrieren.●

Roman Schweidlenka
Logo Eso Info & Service

Colin Goldner (Hg): Der Wille zum Schicksal. Die Heilslehre des Bert Hellinger, Verlag Carl Ueberreuter, Wien 2003, 300 Seiten ISBN 3-8000-3920-6

Claudia Barth: Über alles in der Welt – Esoterik und Leitkultur. Eine Einführung in die Kritik irrationaler Welterklärungen, Alibri, Aschaffenburg 2003,206 Seiten, ISBN 3-932710-36-3

Kinder in religiösen und sektenartigen Gruppen

Wie geht es Kindern und Jugendlichen, die in besonderen religiösen, darunter auch engen, dogmatisch starren Milieus aufwachsen? Zu diesem Aspekt der internationalen Diskussion um sogenannte Sekten gibt es wenig Erfahrungswerte und relativ wenig Literatur. Da ist es nun umso erfreulicher, dass von zwei engagierten Wissenschaftlerinnen ein diesbezügliches Buch erschienen ist, das im wesentlichen das Ergebnis einer Dissertation an der Philosophischen Fakultät an der Universität Zürich ist.

Die beiden Forscherinnen setzen sich auf theoretischer und empirischer Ebene mit dem Leben im Alltag und mit den Sozialisationsbedingungen der betroffenen Kinder und Jugendlichen auseinander. Direkt und indirekt Betroffene schildern die Einflüsse, die verschiedene im Kreuzfeuer der Kritik stehende, teilweise totalitäre Gruppen auf junge Menschen, deren Eltern »Sekten«mitglieder sind, ausüben. U.a. werden dabei unter die Lupe genommen: Die Familie (ehemals: Kinder Gottes), Zeugen Jehovas, Hare Krishna, St. Michaelsvereinigung, Scientology, Universelles Leben.

Ein eigener Teil bietet Handlungshilfen im Umgang mit Mitgliedern religiöser Sondergruppen für Familienmitglieder, TherapeutInnen und PädagogInnen an. Die Adressen von Beratungsstellen in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich sowie eine erfreulich umfangreiche Bibliographie ergänzen diese umfassende Studie.●

Roman Schweidlenka
Logo Eso Info & Service

Stefanie Rauchfleisch, Franziska Weibel Rüf: Kindheit in religiösen Gruppierungen – zwischen Abgrenzung und Ausgrenzung, Edition Soziothek, Bern 2002, 395 Seiten, ISBN 3-03769-000-0

Friedensaussichten im Nahen Osten

Noch vor drei Jahren schien der Friede zwischen Israelis und Palästinensern nur eine Frage der Zeit. Die Verhandlungen vermittelten den Eindruck eines Prozesses, der zwar vielfach gefährdet und hintertrieben letztlich doch zu einer Lösung führen würde.

Frieden ist aber nur dann zu erreichen, wenn Gründe, Ursachen und politische Strategieüberlegungen für den Unfrieden klar benannt werden können und die Kräfte bloßzustellen vermögen, die am fatalen Status Quo des Unfriedens Interesse haben. Als Reaktion auf den Sechstagekrieg hat dies 1968 der aus Deutschland geflüchtete Publizist Paul Brass in seinem Beitrag ebenso dargelegt wie Noam Chomsky in einer Rede nach dem Ausbruch der zweiten Intifada.

Noam Chomsky beleuchtet in dem hier veröffentlichten Beitrag insbesondere die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber dem Irak, der Türkei, dem Iran und deren Rolle im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Er erinnert unablässig an die Verantwortung der Bevölkerung, der (jeweiligen) Regierungspolitik eine kritische Haltung entgegen zu setzen, anstatt Problemlösungen zu delegieren.

Analysiert Chomsky die aktuelle Situation, wird bei Brass die historische Dimension des Konflikts deutlich. Seine Analyse steht im Kontext der geopolitischen Machtverhältnisse Ende der sechziger Jahre. Die Auseinandersetzung ist für ihn Teil einer Unabhängigkeitsbewegung der ehemaligen Kolonialgebiete und der wachsenden Einflussnahme der beiden Supermächte auf die arabischen Staaten.

Doch besitzt sein Text, wie die Anmerkungen von Moshe Zuckermann, Historiker an der Universität Tel Aviv und entschiedener Kritiker israelischer Okkupationspolitik zeigen, nicht nur historischen Wert.●

diego

Chomsky, Noam / Brass, Paul / Moshe Zuckermann: Friedensaussichten im Nahen Osten. Israel und Palästina im Spannungsfeld internationaler Interessen. Herausgegeben von Wolfgang Haug, 96 Seiten, 7 EUR, ISBN: 3-931786-31-5

Back to the Wurzeln!

Zwei Neuerscheinungen über alte Gemüsesorten

Erdmandel und Knollenziest, Kerbelrübe und Rande, Puffbohne und Hirschhornwegerich, all das gibt's. Noch. Es handelt sich um alte Gemüsesorten, die in unseren Breiten durchaus einmal gebräuchlich waren und in Vergessenheit geraten sind.

Brigitte Barthe Pichler, Biologin von Hause aus, ist ihnen nachgespürt und hat die 120, die sie gefunden hat, in dem von Markus Zuber anschaulich bebilderten Band »Haferwurzel und Feuerbohne« zusammengestellt und porträtiert. Es ist ein Beitrag in Sachen Ökologie und vom Aussterben bedrohte genetische Vielfalt. Barthe Pichler ist auf dieses Thema spezialisiert. Sie arbeitete bei Arche Noah, einem österreichischen Verein zur Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt und gehört Pro Specie Rara an, einer schweizerischen Stiftung zur Erhaltung alter Kulturpflanzen und Nutztiere.

Nur gestreift hingegen wird die Geschichte der alten Gemüsesorten in dem Band »Wiederentdeckte Gemüse«, der Übersetzung des französischen »Les Légumes oublieés« von Élisabeth Scotto - sie bietet »95 Rezepte für Genießer«. Zum Beispiel eine Pottimarron-Suppe als Vorspeise, Kardonengratin als Hauptgang und als Nachspeise vielleicht eine Batatenkonfitüre. Als Beilage zu kaltem Fisch oder Fleisch werden Vogelaugen-Chillies und Auberginen in Essig empfohlen.

Vieles wird man im Handel schwerlich finden. In Barthe Pichlers Buch findet sich aber eine Anbautabelle. Scottos Rezepte sind meist aus Gemüsen, an die man, wenn man ausgefallene Adressen aufsucht, irgendwie doch herankommt. »Back to the roots« ist wörtlich zu nehmen, Wurzeln gilt es zu entdecken!●

Gudrun Mangold

Elisabeth Scotto: Wiederentdeckte Gemüse. 95 Rezepte für Genießer. Fotos von Christine Fleurent, Christian-Verlag München 2002, 182 S. m. 110 Farbfotos, 11,95 EUR (Preis der Orig.ausg. 34,75 EUR)

Brigitte Barthe-Pichler: Haferwurzel und Feuerbohne. Alte Gemüsesorten – neu entdeckt. Fotos von Markus Zuber, AT-Verlg Aarau, Schweiz 2002, 159 S., Farbfotos, 23,90 EUR

Pinkeln im Stau!

Sehr witzig geschrieben ist der Survivalguide für Frauen: »Pinkeln im Stau und andere Katastrophen«. Aber Vorsicht – so locker, flockig, frech werden die Alltagsnöte der Frauen in unserer männerfreundlichen Welt abgehandelt, dass aus einem Nur-Kurz-Mal-Nachschlagen-Wollen leicht eine amüsante Lektüre quer durch all die Lästigkeiten wird! Was macht frau mit einem verstopften Abfluss, was mit einem bindungsunfähigen Mann? Wie kommt frau an schnelles Geld und wie verliert sie einen Herpesbefall? Was ist das Geheimnis halterloser Tops und wie bekommt frau einen Parkplatz? Lisa Ortgies und Svea Große, die eine Moderatorin von Frau-TV, die andere Medizinerin, wissen es und sagen netterweise auch weiter. Ja, und was macht frau im Stau, die dringend pinkeln muss und all die Herren links und rechts von sich aussteigen sieht, gemächlich an die Leitplanke schlendern und dort gelassen drüberpinkeln? Gleich mehrere Beispiele zur Abhilfe bieten Ortgies und Große in diesem wie auch in den meisten anderen Fällen an: »Eine Juniorwindel (12-25 Kilo) – einfach vollpischern und in einer Tüte verstauen«. Oder eine Tupperdose. Zur Not gehe auch der Bezug des Erste-Hilfe-Kissens. Ist doch ganz einfach, wenn's frau weiß!●

Gudrun Mangold

Lisa Ortgies und Svea Große: Pinkeln im Stau und andere Katastrophen. Der Survivalguide für Frauen, Egmont vgs Verlagsgesellschaft, Köln, 2003, 128 S., 10,90 EUR

Vandana Shiva
Biopiraterie
Kolonialismus des 21. Jahrhunderts
Eine Einführung
Mit einem Vorwort von Uli Brand

Aus dem Englischen von Dana Aldea und Klaus Pedersen

156 Seiten, 14 Euro
ISBN 3-89771-416-7

Mit ihrem weltweit beachteten Buch »Biopiraterie« nimmt die indische Wissenschaftstheoretikerin und Ökofeministin Vandan Shiva Vandana Shiva grundlegend Stellung zum Biokolonialismus in Weiterentwicklung der 500jährigen Geschichte kolonialer Unterdrückung und greift das geltende Patentrecht auf der Basis seiner ethischen Fragwürdigkeit und der damit verbundenen heuchlersichen Positionen an, die die Patenteigentümer einnehmen.

Eine philosophisch ethische Einführung aus nicht westlichem Blickwinkel.

UNRAST Verlag
Pf. 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
info@unrast-verlag.de

PROJEKTE

Großkommune Gründungsgruppe sucht Menschen um im Raum zwischen Frankfurt a. M. und Basel eine Kommune mit 40 Menschen zu gründen.
www.kommfrei.de
Kontakt: ☎(0 76 34) 59 58 52

Nähe Köln/Bonn: In unserem kleinen Wohnprojekt werden wieder Zimmer frei! Zudem würden wir gerne noch größer werden. Leute mit Lust zum Zusammenleben und am Utopie entwickeln und -umsetzen willkommen.
Kontakt: oberelvennec@aol.com
☎(0 22 52) 8 14 29

JOBS

FÖJ-Stelle im Verein für Permakultur und Selbstversorgung in Verden, für alle 16-26 Jahre möglich ab 9/03, Nds. bietet 200E Taschen-& das Kindergeld. Gleichberechtigtes Arbeiten in kleinem Team. Seit '98 wird Waldgartengelände aufgebaut zur Selbstversorgung und als Modellprojekt auf 5ha.
☎(01 71) 156 56 20

SONSTIGES

Eigene Stromversorgung mit Solarzellen und Dampfmaschine im Ofen im Winter! Suche Interessenten für Pilotanlage / Sponsor für letzte Entwicklungsschritte.
☎(0 3 55) 869 73 74 (Nachricht auf AB hinterlassen)
E-Mail: dezentec@web.de

ARCHIVE

228 Adressen alternativer Archive und Informationen zu kritischer Geschichtsarbeit in neuer Broschüre. 40 S., 3,80 EUR, Weitere Info unter
www.archiv.gesellschaftsanalyse.de/reader.htm
Bestellung von Einzelexemplaren nur gegen Vorkasse 4,48 EUR in Briefmarken bei
ASTA Universität Bremen, Bibliotheksstrasse /StudentInnenhaus,
D-28359 Bremen

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2002 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

Wacht auf, Verdammte dieser Erde

(FORTZETZUNG FOLGT)

DA Direkte Aktion
Anarchsyndikalistische Zeitung
Mühlgasse 13,
60486 Frankfurt/Main
da-abo@fau.org

Die **iz3w** berichtet alle sechs Wochen über die Zumutungen des globalen Kapitalismus, über Soziale Bewegungen, Rassismus, Ökologie, Literatur und kritische Theorien.

52 S., Einzelheft € 4,-
Abo € 32,- /erm. € 26,-

informationszentrum 3. welt
Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

***Graswurzelrevolution*-Aktionsblatt:**
Aufruf an alle Soldaten; Just Say NO; Direkte gewaltfreie Aktionen international; BRD, NATO, EU & Irakkrieg; Armeen = Männerbünde; Krieg in Tschetschenien ... 100 Ex.: 15 €.
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim.
NO WAR **www.graswurzel.net** NO WAR

RISSE
ANALYSE UND SUBVERSION

FRIEDE
DEN ABZOCKERN,
KRIEG
DER SOZIALPARTNERSCHAFT

ABZOCKER MANAGER ALS BUHMÄNNER DER NATION | DER SOZIALSTAAT DIE VOLKS-GEMEINSCHAFT IM AUFWIND | DAS ENDE DER KRITIK ZUR DEMOKRATISIERUNG DES AUSNAHMEZUSTANDS | ANTI-WEF NATIONALER WIDERSTAND? | GRUPPE 47 BLIND FÜR DEN ANTISEMITISMUS | HOLOCAUSTKOMÖDIEN GEFAHR ODER CHANCE? | GEWALT, IRONIE UND OHNMACHT ZUR AUSSTELLUNG VON BRUCE NAUMAN | UND VIELES MEHR

Probeabo (2 Ausgaben) Fr 14.– / € 10.–
Abo (4 Ausgaben) Fr 36.– / € 26.–
inklusive Versandkosten

Risse Magazin
Postfach 3119 | CH-8021 Zürich

Internet | www.risse.info | abo@risse.info

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

grundrisse
zeitschrift für linke theorie & debatte

"Letztlich sollen aber alle Beiträge in den Grundrissen dazu dienen, die Reflexion der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung im Hinblick auf deren emanzipatorische Überwindung voranzutreiben."

Aus dem Editorial der Nr. 1

probenummer? Bestellungen an: grundrisse@gmx.net oder an "grundrisse", Antonigasse 100/8A - 1180 Wien,
weitere Infos: http://www.grundrisse.net

Die Tageszeitung **junge Welt**

Berlin, 1. Mai: Platz da für die NPD – Polizisten räumen die Straße von linken Gegendemonstranten

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung

Beschönigung der Verhältnisse ist ein Geschäft, dem sich die Medienindustrie fast ausschließlich widmet. Fernsehen ist in dieser Hinsicht Werbefernsehen. Manchmal überkommt es die Kopflanger von Freihandel und freiheitlich demokratischer Grundordnung aber und sie sprechen Klartext. Im *stern* fordert Hans-Ulrich Jörges: »Sozialhilfeempfänger müssen unter Androhung der Verelendung zur Arbeit gezwungen werden.« Sozialhilfeempfang rechnet ein vom *stern* Honorierter nämlich nicht zur Verelendung. Sätze wie der von Jörges illustrieren, daß der Krieg für Sozialabbau und Repression seine Helden vor allem an der Schreibtischfront der Konzernmedien hat.
In *junge Welt* soll Klartext aus der entgegengesetzten Perspektive zu lesen sein. In diesem Sinn nehmen wir in den Kriegen nach außen und dem nach innen Partei. Eine solche Haltung wird von keiner Partei oder sonstigen Institution subventioniert. Allein die Zahl der Abonnements entscheidet letztlich über die Existenz einer Zeitung wie *junge Welt*, einer Zeitung, die, wie wir finden, gerade jetzt eine wichtige Funktion hat. Wir bitten Sie, uns dabei durch ein Abonnement zu unterstützen.

Aktionsbüro
www.jungewelt.de

Ja, ich will die *junge Welt* für 10 Wochen ausprobieren.

Name/Vorname
Telefon
Straße/Nr.
PLZ/Ort

Dafür bezahle ich 16 Euro. Will ich die *junge Welt* danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls ich die *junge Welt* weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der Probewochen monatlich
O Normalabo: 25,80 Euro,
O Soliabo: 33,00 Euro,
O Sozialabo: 18,40 Euro.

Ich bezahle mein Abo O monatlich (nur mit Bankeinzug), O vierteljährlich (3 % Rabatt), O halbjährlich (4 % Rabatt), O jährlich (5 % Rabatt)
per O Rechnungslegung O Einzugsermächtigung
Das Abo soll ab Montag, den ..... beginnen.

Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:
Geldinstitut/Bankleitzahl
Kontonummer
Datum/Unterschrift

Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) schriftlich bei Ihnen kündige.

Coupon einsenden oder faxen an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 32,10178 Berlin; Fax: 0 30/53 63 55-44

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de

In dieser Ausgabe (4/03) u.a.:
- Kirsten Huckenbeck/Anton Kobel: »Entschleunigungsbedarf«, ein Gespräch um flexible Arbeitszeiten – das Leben »rund um die Uhr«
- Peter Balluff: »Haltet den Dieb, er hat mein Messer im Rücken«, über Tarifverträge in Zeiten gewerkschaftlicher Selbst- und Fremdabschaffungsversuche
- Horst Hembera: »Schwarz – Rot-Grün – Gelb: Entrechtung und Enteignung von Erwerbslosen in der aktuellen Arbeitsmarktpolitik«
- Anton Kobel: »Plan Delta gegen Menschenrecht«, Metro bekämpft gewerkschaftliche Organisierung in Türkei
- Anne Allex: »Von SBZ zu SWZ« – zur Standortbestimmung der PDS in der Elgersburger Erklärung
- Cobas: »Selbstorganisation«, Geschichte und Selbstverständnis der italienischen ‚Comitati di Base'
- Jeffrey Raffo: »Der Duft der weiten Welt«, Erfolge internationaler Gewerkschaftskampagne bei Brylane-Gucci-Yves St. Laurent

O Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
O Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

TOPTHEMA IM NEUEN HEFT

ZEITBOMBE
Giftgas bei BAYER.

STICHWORT BAYER

Widerstand gegen Konzernmacht.
Konkret, spannend, international.

Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

»Die Strafe, die züchtigt ohne zu verhüten heißt Rache.«
Albert Camus

Bitte spenden Sie »CONTRASTE« an Menschen in Haft zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »CONTRASTE«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Telefon 030-611 21 89, Telefax 030-61 62 98 99
E-Mail: freiabos@bln.de
www.freiabos.de

Zeitungen für Gefangene

Mendelson, Berlin, Foto: Martin Langer

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meschwitzstr. 2a, ☎ (0351) 802 99 23, E-Mail: abfallgut@yahoo.de; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org; 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; 90419 Nürnberg, Redaktion Franken, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 393 89 30, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(10 bis 17 Uhr)

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 27.-29.6.2003

Bildungsurlaub:
Gemeinschaftlich nachhaltig leben
Nachhaltiges Leben und Wirtschaften hat sich zum aktuellen Schlagwort entwickelt. Neben Politik, Industrie und Handel spielen auch wir KonsumentInnen eine entscheidende Rolle. Durch unsere Lebensweise und unser Konsumverhalten beeinflussen wir den Umweltverbrauch maßgeblich. Wie weit sind wir eigentlich von Nachhaltigkeit entfernt? Wie können wir ein gutes Leben gestalten, welches nicht auf Kosten des gesamten Planeten geht? Was bedeutet Nachhaltigkeit im sozialen Bereich? Was können gemeinschaftliche Lebens- und Organisationsformen zu einem rücksichtsvolleren Leben beitragen? Die Kommune Niederkaufungen ist involviert in eine Forschungsarbeit zum Thema Gemeinschaft und Nachhaltigkeit. Erkenntnisse aus der Forschung fließen in den Bildungsurlaub ein.
Termin: 29.9.-3.10.2003
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

KOMMUNIKATION

Streiten verbindet!?
Konfliktbewältigung zwischen Männern und Frauen
»Du kannst mich einfach nicht verstehen!«
»Männer sind vom Mars – Frauen von der Venus«
so lauten zwei der meist gelesenen Buchtitel über die Beziehung von Männern und Frauen. Und tatsächlich: Sehr häufig sind Begegnungen zwischen Männern und Frauen geprägt von Missverständnissen und aufreibenden Auseinandersetzungen oder von Sprach- und Verständnislosigkeit.
Häufig wird dabei sehr viel Energie vergeudet, die statt dessen eingesetzt werden könnte, um:

- Unterschiedlichkeiten zu akzeptieren und produktiv zu nutzen;
- gegenseitiges Verstehen zu fördern;
- Blockierungen aufzulösen und Lösungen zu suchen (und zu finden!), die die Wünsche und Bedürfnisse beider berücksichtigen.

Wir werden die eigenen Konfliktmuster und -strategien reflektieren. Alternativen dazu zu entwickeln und konstruktive Kommunikationsformen kennen lernen. Unsere eigenen positiven Erfahrungen mit der Gewaltfreien Kommunikation und mit Zwiegesprächen werden im Zentrum des Seminars stehen.
Ein Seminar nicht nur für Paare!
Termin: 26.-28.9.2003

Gewaltfreie Kommunikation und Yoga
Ein Weg zu innerer Klarheit
Termin: 19.-21.12.2003
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

SOMMERCAMP

Anarchistisches Sommercamp
Termin: 1.-10.8.2003 in Lutter
Info: www.a-camp.burg-lutter.de

BUKO

Staatstheorie-Seminar
In allen politischen Auseinandersetzungen geht es immer auch um die Rolle, die staatlichen Institutionen in den einzelnen Bereichen spielen. Alle sozialen Bewegungen haben ihre zumindest impliziten Staatstheorien. Je nach Staatstheorie unterscheiden sich auch die politischen Strategien gewaltig. Wenn man z.B. – wie Teile der globalisierungskritischen Bewegung – der Meinung ist, dass sich die Ökonomie – insbesondere die Finanzmärkte – gegenüber »der Politik« – gemeint sind damit meist die staatlichen Institutionen – verselbstständigt haben, dann wird man in erster Linie Forderungen aufstellen, die auf die Stärkung der Handlungsfähigkeit von staatlichen Instanzen bzw. umgekehrt auf die Schwächung der ökonomischen Mächte abzielen.
Wer andererseits der Meinung ist, dass sich Staat/Politik und Ökonomie im Prozess der neoliberalen Globalisierung nicht auf diese Weise voneinander trennen lassen, weil staatliche Politiken den Globalisierungsprozess begleiten, moderieren und transformieren, wird nur geringe Hoffnungen auf die emanzipatorischen Effekte der Stärkung von staatlichen Instanzen setzen und stattdessen die Autonomie emanzipatorischer sozialer Bewegungen zu stärken versuchen.
Ausgehend von eigenen Fragestellungen und Erfahrungen in der globalisierungskritischen Bewegung wollen wir uns unterschiedliche staatstheoretische Ansätze (u.a. Gramsci, Poulantzas, feministische Staatstheorien) erarbeiten. Des Weiteren soll ein Blick auf neuere Entwicklungen des kapitalistischen Staates (Internationalisierung, zunehmende Gewaltförmigkeit u.a.) geworfen werden. Das Seminar endet mit einer Reflexion darüber, wie die diskutierten staatstheoretischen Ansätze die politische Praxis anregen können.
Termin: 4.-6.7.2003, NRW
Information & Anmeldung:
BUKO-Geschäftsstelle
☎(0 40) 39 31 56

REGIONALENTWICKLUNG

Die Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung findet in diesem Jahr vom **22. bis 28. Juni 2003** in Germerode/Nordhessen zum Rahmenthema »Region und Regionalität« statt. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten die Beiträge Möglichkeiten wirtschaftlicher Eigenentwicklung und politischer Selbstorganisation von Regionen. Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist auf 30 Personen begrenzt, um intensiv betreutes Arbeiten zu gewährleisten. Wir empfehlen daher eine frühzeitige Anmeldung.
Information & Anmeldung:
University of Kassel
European Summerschool for Sustainable Regional Development
Moenchebergstr. 17
D-34109 Kassel
☎(05 61) 804 35 05, 804 24 85

WTO

Auf dem Weg nach Cancun
Freitag, 13. Juni, 20.00 Uhr
Stoppt die WTO in Cancun! – Menschenrechte statt Welthandelsdiktatur
Podium mit Lori Wallach/Public Citizen, USA und Marianne Hochuli/Erklärung von Bern, Schweiz
Englisch mit Übersetzung
Eintritt frei
Ort: DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20, Stuttgart

Freitag, 13. Juni, 16.30-18.30 Uhr
Samstag, 14. Juni, 9.30-18.30 Uhr
Was tun in Cancun?
Seminar mit Lori Wallach/Public Citizen, USA und Marianne Hochuli/Erklärung von Bern, Schweiz
Strategien der sozialen Bewegungen für gerechte Welthandelsregeln – gegen die Ausweitung des Freihandelsregimes der WTO bei der 5. Ministerkonferenz
Kosten: Euro 60,- / erm. 40,- / Schüler 20,- Ort: Forum 3, Gymnasiumstraße, Stuttgart-Mitte
Weltweit greifen die Abkommen der 1994 gegründeten Welthandelsorganisation mit zum Teil verheerenden Auswirkungen für Mensch und Umwelt in politische Entscheidungen und in das Leben der Menschen ein. Bei der 5. Ministerkonferenz der WTO in Cancun/Mexico, 10.-14.09.03, soll das Freihandelsregime durch die Ausweitung bestehender Abkommen und durch Verhandlungen über neue Abkommen drastisch erweitert werden. Vor allem wird in Cancun über die Aufnahme von Verhandlungen über brisante Themen wie Investitionsschutz, öffentliches Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht entschieden werden. Lori Wallach und Marianne Hochuli werden über die Inhalte und Gefahren dieser Verhandlungen und den weltweiten Widerstand dagegen sprechen. Lori Wallach (USA) Rechtsanwältin, Spezialistin für Handelsrecht. Direktorin von Public Citizen, Maßgebliche Organisatorin des Widerstands von Seattle 1999. Autorin u.a. von »The WTO«. www.citizen.org
Marianne Hochuli (Schweiz), Handelsspezialistin bei der entwicklungspolitischen Organisation »Erklärung von Bern«. Die EVB hat als eine der ersten Gruppierungen im deutschsprachigen Bereich auf die mit dem GATS verbundenen Probleme aufmerksam gemacht. www.evb.ch
Information und Seminaranmeldung:
Carol Bergin
☎(0 70 71) 5 2517, Fax 25 56 09
Carol.Bergin@t-online.de
www.unsere-welt-ist-keine-ware.de

JUNGE LINKE

Spektakel gegen Privatisierung
Auf dem Spektakel werden über 100 junge, politisch interessierte und engagierte Menschen zusammen in AGs arbeiten, Kultur genießen, quatschen, Aktionen planen, tanzen, Filme gucken ...
In diesem Jahr ist das Oberthema »Privatisierung«. In Deutschland wird der Zugang zu Bildung beschränkt, die Gesundheitsversorgung wird abgebaut, Krankheit zum privaten Risiko, die Rentenversicherung privatisiert usw. usf. Diese Entwicklung, die die Schere zwischen Arm und Reich weiter vergrößert, findet aber nicht nur hier, sondern überall und auch auf internationaler Ebene statt. Es geht u.a. um Wasserversorgung, Genpatente auf Pflanzen und Zugänge zu Märkten, Rohstoffen und Infrastruktur. Mit all diesen Themen und Fragen wollen wir uns beschäftigen und nach Möglichkeiten des Widerstands suchen.
Termin: 4.-6. Juli 2003, Bochum

Neoliberalismus und Globalisierung
Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Realsozialismus in den verbündeten Staaten entwickelt sich ein entfesselter Kapitalismus, wie er Jahrzehnte zuvor kaum vorstellbar war. Seine Ideologie ist der Neoliberalismus. Seine Strategie ist u.a. die Globalisierung. Das Seminar soll einerseits ein Angebot sein, diese Zusammenhänge besser verstehen zu können. Andererseits soll diskutiert werden, welche Alternativen wir eigentlich aufzeigen können und welche Umsetzungsperspektiven es hierfür gibt. Patentrezepte zur Überwindung des Kapitalismus können wir allerdings nicht versprechen.
Termin: 18.-20. Juli, Leichlingen

Cultural Studies
Die Auseinandersetzung mit kulturellen Themen ist in den letzten Jahren wieder wichtiger für die politische Theorie und Praxis geworden. Einer der Gründe für diese Entwicklung liegt auch in der Etablierung der »Cultural Studies«, die eine wissenschaftliche Analyse verschiedener kultureller Phänomene bieten. Die Attraktivität dieses Projekts liegt vor allem in dem explizit politischen Anspruch der Cultural Studies, aber auch in der Interdisziplinarität und des Zusammenbringens verschiedener methodischer und theoretischer Ansätze. Das Seminar soll einen ersten Überblick über das Projekt der »Cultural Studies« bieten und die wichtigsten Themenbereiche vorstellen. Im Vordergrund stehen dabei Möglichkeiten der Subversion im Alltag.
Termin: 18.-20. Juli 2003, Leichlingen
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen/Junge Linke NRW
Herner Str. 79, D-44791 Bochum
☎(02 34) 57 96 78 49, Fax 57 96 78 50
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
Web: www.jungdemokratinnen.de

Gründe der Herrschaft
»Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf.« »Ohne jemanden, der für Recht und Ordnung sorgt, würden sich doch alle gegenseitig an die Gurgel gehen.« »Die Polizei ist dein Freund und Helfer.« Wer kennt sie nicht, all diese Sprüche, die einem so begegnen, wenn man darüber reden will, dass Herrschaft immer eine kritikable Sache ist. Menschen, die in einer bürgerlichen Gesellschaft leben, finden die Beschneidung des Egoismus durch den Staat und seine Polizei richtig und wichtig, und meinen, sogar gute Argumente dafür zu haben. Die bürgerliche Herrschaft soll vernünftig sein, und wenn nicht vollständig gut, so doch zumindest »die beste aller möglichen Welten«. Das, was heute ein Volksvorurteil ist, hat eine Jahrhunderte lange Tradition in der frühbürgerlichen Rechtsphilosophie, zum Beispiel bei Hobbes, Rousseau, Kant und Hegel. Was heute unvermittelt daher kommt, wird dort versucht zu begründen.
Seminar über Versuche der frühbürgerlichen Rechtsphilosophie, eine vernünftige Gesellschaft zu begründen.
Termine: 11.-15.6.2003, Hannover
4.-6.7.2003, Berlin
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 28,
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
Web: www.junge-linke.de

ANARES BREMEN

»Nicht Marxistin und auch nicht Anarchistin«
Antje Schrupp liest aus ihrem Buch »Nicht Marxistin und auch nicht Anarchistin« Frauen in der Ersten Internationale, von Virginie Barbet bis Victoria Woodhull, Ulrike Helmer Verlag von 1999.
An der Ersten Internationalen (1846-1872) des legendären ersten Dachverbandes der ArbeiterInnenbewegung waren Frauen maßgeblich beteiligt. Die Autorin rollt diesen interessanten historischen Aspekt auf und stellt ihn – aus der Perspektive der Frauen – neu dar. Sie porträtiert auf sehr lebendige Art vier der beteiligten Frauen und zeigt auf, welche originellen Lösungen sie in der Beschäftigung mit den anarchistischen, marxistischen und frauenrechtlerischen Bewegungen entwickelten.
Termin: 13. Juni 2003, um 20 Uhr im Antiquariat & BuchCafé »Andere Seiten«, Brunnenstr. 15/16, D-28203 Bremen

MEDIEN

Headlines, Teaser, Nachrichten
Das Internet ist ein vorzügliches Medium für Ihre aktuellen Informationen. Aber auf einen Bildschirm passt nicht viel Text. Lernen Sie Methoden kennen, wie Sie Ihre Inhalte auf den Punkt bringen. Information, webgerecht aufbereitet, nutzt das Prinzip der zunehmenden Informationstiefe. Weitere Schwerpunkte in Absprache mit den Teilnehmern: Newsletter-Planung, redaktionelle Kriterien für das Webkonzept, Internet-Recht.
Termin: 26.-27.6.2003
Information & Anmeldung:
Jounalistenakademie, Postfach 19 04 18,
D-80604 München
☎(0 89) 167 512 06, Fax 13 14 06

KLIMASCHUTZ

Elbeflut 2002 – ein Menetekel?!
Die Elbeflut 2002 hat schlagartig deutlich gemacht: der Klimawandel ist keine Spekulation von Wichtigtuern, sondern bittere Realität. Er trifft nicht nur ferne Länder, sondern geht auch bei uns »ans Eingemachte«. Hauptverursacher sind die Industrieländer mit ihren hohen CO_2-Emissionen. Die auf den Klimakonferenzen ausgehandelten Reduktionen stoppen den Klimawandel nicht. Das macht auch das gerade erschienene Gutachten »Energiewende zur Nachhaltigkeit« des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) eindringlich deutlich, es zeigt aber auch gleichzeitig Wege auf, die durch den Einsatz erneuerbarer Energien eine globale Energiewende ermöglichen. Ergeben sich nun aus diesen Erkenntnissen sowie aus der Elbeflut Anstöße für die notwendigen, einschneidenden Veränderungen in der Energiepolitik, oder gehen wir nach kurzer Aufgeregtheit wieder zum »Alltagsgeschäft« über?
Daher möchten die Deutsche Gesellschaft Club of Rome, der BUND Hamburg, und der Hamburger Klimaschutz-Fonds (HKF), noch vor dem ersten »Jahrestag« der Elbeflut, zu einem Kolloquium einladen, zu dem sie einen Kreis kompetenter Referenten und Gesprächpartner gewinnen konnten.
Termin: 13./14. Juni 2003
HAUS RISSEN, Hamburg
Kontakt: Deutsche Gesellschaft Club of Rome, Rissener Landstr. 193, D-22559 Hamburg
☎(0 40) 81 90 7-51, Fax: 81 96 07 15

RADIKAL REISEN

Finnland
Helsinki und Turku
Wie in den letzten Jahren wird uns unser finnischer Partner Vasemminstonuoret (= Linke Jugend) einen interessanten und umfassenden Einblick in finnische linke Politik geben. Bei Treffen mit Gewerkschaftlern, Parlamentariern, Studentenvertretern und anderen NGOs werden wir v.a. über finnische Sozialstaats- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch Asylpolitik und den bevorstehenden NATO-Beitritt Finnlands diskutieren. Und neben all dem wird auch noch etwas Zeit für finnische Seen und Sauna bleiben.
Termin: 22.-31.08. 2003
Kosten: ca. 280 EUR

Russland – Moskau
Thema: Antisemitismus
Wieder einmal fahren JungdemokratInnen/Junge Linke in die russische Weite. In Diskussionen mit verschiedenen russischen Gruppen, u.a. dem Youth Human Rights Movement und der Anti-Defamation-League, wollen wir uns mit Antisemitismus in Russland beschäftigen. Dabei soll es sowohl um den historischen Antisemitismus, vor allem aber um den gegenwärtigen Antisemitismus gehen. Darüber hinaus wollen wir mit unserem Partner den Stand des Demokratisierungsprozesses diskutieren. Neben dem politischen Programm, ist aber auch genügend Zeit um die touristischen Attraktionen zu besichtigen oder an der Moskwa spazieren zu gehen.
Termin: 7.-20.09. 2003
ca. 390 EUR
Information & Anmeldung:
Jungdemokratinnen/Junge Linke,
Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
Web: www.jdjl.org
Weitere Termine im Web oder auf Anfrage

FRIEDENSWERKSTATT

Neues Seminarprogramm
Das neue Seminarprogramm 2003 der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. ist fertig. Angeboten werden Fortbildungen für LehrerInnen zur Gewaltprävention, Konflikt-und Zivilcourage-Trainings, sowie ein Grundkurs in Ziviler Konfliktbearbeitung und Gewaltfreie Aktion als einjährige Fortbildung. Das Seminarprogramm kann angefordert werden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Forststr. 3, D-73557 Mutlangen
☎/Fax (0 71 71) 7 56 61
E-Mail: post@pressehuette.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg